

Bolschewismus und Stalinismus

Leo Trotzki (1937), Revolutionärer Marxismus 52, November 2019

Reaktionäre Epochen wie die unsere zersetzen und schwächen nicht nur die Arbeiterklasse und isolieren ihre Avantgarde, sondern drücken auch das allgemeine ideologische Niveau der Bewegung herab und werfen das politische Denken auf bereits längst durchlaufene Etappen zurück.

Die Aufgabe der Avantgarde besteht unter diesen Umständen vor allem darin, sich nicht von dem allgemeinen, rückwärts flutenden Strom davontragen zu lassen – es heißt gegen den Strom schwimmen. Wenn ein ungünstiges Kräfteverhältnis es nicht erlaubt, die früher eroberten politischen Positionen zu wahren, gilt es, sich wenigstens auf den ideologischen Positionen zu halten, denn sie sind der Ausdruck einer teuer bezahlten vergangenen Erfahrung. Dummköpfen erscheint eine solche Politik als „Sektierertum“. In Wirklichkeit bereitet sie nur einen gigantischen neuen Sprung vorwärts vor, zusammen mit der Welle des kommenden historischen Aufschwungs.

Die Reaktion gegen den Marxismus und gegen den Bolschewismus

Große historische Niederlagen rufen unvermeidlich eine Umwertung hervor, die sich im Allgemeinen in zwei Richtungen vollzieht. Auf der einen Seite trachtet das Denken der wahren Avantgarde, bereichert um die Erfahrung der Niederlagen und mit Zähnen und Klauen das Erbe des revolutionären Gedankens verteidigend, auf seiner Grundlage neue Kader für die künftigen Massenkämpfe heranzuziehen.

Auf der anderen trachtet das über die Niederlage erschrockene Denken der Routiniers, Zentristen und Dilettanten, die Autorität der revolutionären Tradition zu zerstören, und kehrt unter dem Schein der Suche nach „Neuem“ weit zurück.

Man könnte eine Fülle von Beispielen ideologischer Reaktion anführen, die übrigens zumeist die Form der Prostration (Selbsterniedrigung) annimmt. Die gesamte Literatur der II. und III. Internationale wie ihrer zentristischen Satelliten vom Londoner Büro besteht im Grunde aus derartigen Beispielen. Nicht die Spur einer marxistischen Analyse. Nicht ein ernster Versuch, die Ursache einer Niederlage zu erhellen.

Nicht ein neues, eigenes Wort
über die Zukunft. Nichts als Schablone, Routine, Trug und vor
allem Sorge um
die eigene bürokratische Selbsterhaltung. Ein Dutzend Zeilen
eines beliebigen
Hilferding oder Otto Bauer genügen einem, um Verwesungsgeruch
zu spüren.

Von den Theoretikern der
Komintern ganz zu schweigen. Der verherrlichte Dimitroff ist
unwissend und
banal wie ein Krämer in der Kneipe. Das Denken dieser Leute
ist zu faul, um dem
Marxismus zu entsagen: sie prostituieren ihn. Nicht sie
interessieren uns
jetzt. Kehren wir zu den „Neuerern“ zurück.

Der ehemalige österreichische
Kommunist Willy Schlamm widmete den Moskauer Prozessen eine
Broschüre mit dem
sprechenden Titel „Diktatur der Lüge“. Schlamm ist ein
begabter Journalist,
dessen Interessen hauptsächlich auf Tagesfragen gerichtet
sind. Die Kritik der
Moskauer Schwindelprozesse sowie die Aufdeckung der
psychologischen Mechanik
der „freiwilligen Geständnisse“ gelingen Schlamm vortrefflich.
Doch nicht
zufrieden damit, will er eine neue Theorie des Sozialismus
aufstellen, die uns
in Zukunft vor Niederlagen und Schwindel behüten soll.

Da aber Schlamm durchaus kein
Theoretiker und sogar sichtlich mit der Entwicklungsgeschichte

des Sozialismus
wenig bekannt ist, so kehrt er unter dem Anschein einer neuen
Offenbarung ganz
zum vormarxistischen Sozialismus zurück, dazu in dessen
deutscher, d. h.
rückständigster, süßlichster und widerlichster Art.

Schlamm verzichtet auf die
Dialektik, auf den Klassenkampf, von der Diktatur des
Proletariats gar nicht zu
reden. Die Aufgabe der Umgestaltung der Gesellschaft läuft für
ihn auf die
Verwirklichung einiger „weniger“ Moralweisheiten hinaus, mit
denen er die
Menschen bereits unter der kapitalistischen Ordnung zu füttern
sich anschickt.

In Kerenskis Zeitung „Neues
Russland“ (ein altes Provinzblatt, herausgegeben in Paris)
wird
Willy Schlamms Versuch, den Sozialismus mit einer Spritze
sittlicher Lymphe zu
fetten, nicht nur mit Freude, sondern auch mit Stolz
aufgenommen: Dem ganz
richtigen Kommentar der Redaktion zufolge kommt Schlamm zu den
Prinzipien des
echt-russischen Sozialismus, der schon längst dem trockenen
und engherzigen
Klassenkampf die heiligen Grundsätze des Glaubens, der
Hoffnung und der Liebe
entgegenstellte.

Zwar stellte die Originaldoktrin
der russischen „Sozialrevolutionäre“ in ihren Prämissen nur

eine Rückkehr zum
Sozialismus des vormärzlichen Deutschlands dar. Es wäre jedoch
allzu ungerecht,
von Kerenski eine nähere Bekanntschaft mit der Ideengeschichte
zu fordern als
von Schlamm. Viel wichtiger ist der Umstand, dass der mit
Schlamm sich
solidarisierende Kerenski als Regierungsoberhaupt der Urheber
der Verfolgungen
gegen die Bolschewiki als Agenten des deutschen Generalstabs
war, d. h.
den gleichen Schwindel organisierte, gegen den Schlamm heute
mottenzerfressene
metaphysische Absolute mobilisiert.

Der psychologische Mechanismus
der gedanklichen Reaktion Schlamms und seinesgleichen ist sehr
einfach. Eine
gewisse Zeitlang nahmen diese Leute an einer politischen
Bewegung teil, die auf
den Klassenkampf schwor und in Worten an die materialistische
Dialektik
appellierte. In Österreich wie in Deutschland endete die Sache
mit einer
Katastrophe.

Schlamm zieht eine summarische
Schlussfolgerung: Dahin haben uns Klassenkampf und Dialektik
gebracht! Und da
die Auswahl der Offenbarungen durch die geschichtlichen
Erfahrungen und ... die
persönlichen Kenntnisse beschränkt ist, stößt unser Reformator
auf der Suche
nach Neuem auf bereits längst beiseite geworfenen Trödelkram,
den er tapfer

nicht nur dem Bolschewismus, sondern auch dem Marxismus entgeggestellt.

Auf den ersten Blick erscheint die von Schlamm vertretene Abart der ideologischen Reaktion allzu primitiv (von Marx ... zu Kerenski), als dass es sich lohnte, dabei zu verweilen. Allein, tatsächlich ist sie ungemein lehrreich: Gerade dank ihrer Primitivität bildet sie ein allgemeines Kennzeichen aller anderen Reaktionsformen, vor allem derjenigen, die sich in dem summarischen Verzicht auf den Bolschewismus äußert.

Zurück zum Marxismus?

Im Bolschewismus fand der Marxismus seinen grandiosesten geschichtlichen Ausdruck. Unter dem Banner des Bolschewismus wurde der erste Sieg des Proletariats errungen und der erste Arbeiterstaat errichtet. Diese Tatsachen wird keine Kraft der Welt mehr aus der Geschichte streichen. Aber da die Oktoberrevolution im gegenwärtigen Stadium zum Triumph der Bürokratie geführt hat, mit ihrem System der Unterdrückung, Raubherrschaft und Fälschung – zur „Diktatur der Lüge“, wie Schlamm treffend sagte – so sind viele formale und oberflächliche Geister zu der summarischen Schlussfolgerung geneigt: Man kann nicht den Stalinismus

bekämpfen, ohne auf
den Bolschewismus zu verzichten.

Schlamm geht, wie wir bereits
sagten, noch weiter: Der zum Stalinismus entartete
Bolschewismus ist selbst aus
dem Marxismus entstanden – man kann folglich nicht den
Stalinismus bekämpfen
und dabei auf den Grundlagen des Marxismus bleiben. Die
weniger Konsequenten,
aber Zahlreicheren sagen hingegen: „Man muss vom Bolschewismus
zum Marxismus
zurückkehren.“ Auf welchem Wege? Zu welchem Marxismus?

Bevor der Marxismus in der Form
des Bolschewismus „Bankrott“ gemacht hat, erlitt er in der
Form der
Sozialdemokratie Schiffbruch. Die Losung „Zurück zum
Marxismus“ bedeutet somit
einen Sprung über die Epoche der II. und III. Internationale ...
zur I.
Internationale? Aber auch diese erlitt seinerzeit Schiffbruch.
Es heißt also
letzten Endes zurückkehren ... zu den gesammelten Schriften
Marx' und Engels'
... Diesen heroischen Sprung kann man machen, ohne sein
Arbeitszimmer zu
verlassen oder auch nur die Pantoffeln auszuziehen.

Wie aber dann von unseren
Klassikern (Marx starb 1883, Engels 1895) zu den Aufgaben der
neuen Epoche
gelangen und dabei einige Jahrzehnte theoretischen und
politischen Kampfes

umgehen, darunter den Bolschewismus und die Oktoberrevolution?
Niemand von
denen, die Verzicht auf den Bolschewismus als eine historisch
„bankrotte“
Strömung vorschlagen, hat neue Wege gewiesen.

Die Sache läuft somit auf einen
einfachen Ratschlag hinaus, das „Kapital“ zu
studieren. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber das „Kapital“
haben
auch die Bolschewiki studiert und dabei gar nicht schlecht.
Das hat jedoch die
Entartung des Sowjetstaates und die Inszenierung der Moskauer
Prozesse nicht
verhindert.

Ist der Bolschewismus für den Stalinismus verantwortlich?

Ist es jedoch wahr, dass der
Stalinismus ein gesetzmäßiges Produkt des Bolschewismus ist,
wie es die gesamte
Reaktion annimmt, wie es Stalin selbst behauptet und wie es
die Menschewiki,
Anarchisten und gewisse linke Doktrinäre, die sich für
Marxisten halten,
meinen?

„Wir haben ja immer gesagt“,
sprechen sie, „seit dem Verbot der anderen sozialistischen
Parteien, der
Unterdrückung der Anarchisten, seit der Aufrichtung der

Bolschewikidiktatur in
den Sowjets konnte die Oktoberrevolution zu nichts anderem als
zur Diktatur der
Bürokratie führen. Der Stalinismus ist die Fortsetzung und
zugleich der
Bankrott des Leninismus.“

Der Fehler dieser Argumentation
beginnt bei der stillschweigenden Gleichsetzung von
Bolschewismus,
Oktoberrevolution und Sowjetunion. Der historische Prozess,
der im Kampf
feindlicher Kräfte besteht, wird hier durch eine Entwicklung
des Bolschewismus
im luftleeren Raum ersetzt.

Indes ist der Bolschewismus nur
eine politische Strömung, die zwar eng mit der Arbeiterklasse
verknüpft, aber nicht
mit ihr identisch ist. Aber außer der Arbeiterklasse
existieren in der UdSSR
über hundert Millionen Bauern, verschiedenartigste
Völkerschaften, ein Erbe von
Unterdrückung, Armut und Unbildung.

Der von den Bolschewiki
errichtete Staat spiegelt nicht nur das Denken und Wollen der
Bolschewiki
wider, sondern auch das Kulturniveau des Landes, die soziale
Zusammensetzung
der Bevölkerung, den Druck der barbarischen Vergangenheit und
des nicht weniger
barbarischen Weltimperialismus.

Den Entartungsprozess des Sowjetstaats
als eine Evolution des reinen Bolschewismus darstellen, heißt,
die soziale
Wirklichkeit ignorieren namens eines einzigen durch die reine
Logik von ihr
abgesonderten Elementes.

Es genügt eigentlich, diesen
elementaren Fehler beim Namen zu nennen, damit von ihm keine
Spur mehr
übrigbleibt. Der Bolschewismus selbst jedenfalls
identifizierte sich nie mit
der Oktoberrevolution noch mit dem aus ihr hervorgegangenen
Sowjetstaat.

Der Bolschewismus betrachtet
sich als einen Faktor der Geschichte, ihren „bewussten“ Faktor
– einen sehr
bedeutenden, aber nicht entscheidenden – „historischen
Subjektivismus“ haben
wir uns nie schuldig gemacht. Den entscheidenden Faktor auf
dem gegebenen
Fundament der Produktivkräfte sahen wir im Klassenkampf, dabei
nicht bloß im
nationalen, sondern im internationalen Maßstab.

Als die Bolschewiki an die
Besitzertendenzen der Bauern Zugeständnisse machten, strenge
Regeln für die
Aufnahme in die Partei aufstellten, diese Partei von fremden
Elementen
säuberten, andere Parteien verboten, die NEP (Neue Ökonomische
Politik)
einführten, zu Übergabe von Betrieben in Konzessionen Zuflucht

nahmen oder
diplomatische Abkommen mit imperialistischen Regierungen
trafen, zogen sie –
die Bolschewiki – Teilschlüsse aus der Grundtatsache, die
ihnen von Anfang an
klar war, nämlich dass die Machteroberung, so wichtig sie an
sich auch ist, die
Partei durchaus nicht zum allmächtigen Herrn des historischen
Prozesses machte.

Mit der Herrschaft über den
Staat besitzt die Partei allerdings die Möglichkeit, mit einer
ihr bis dahin
nicht zugänglichen Kraft auf die Entwicklung der Gesellschaft
einzuwirken,
dafür aber unterliegt sie auch selbst einer verzehnfachten
Einwirkung von
Seiten aller übrigen Elemente dieser Gesellschaft.

Durch die direkten Schläge der feindlichen
Kräfte kann sie von der Macht hinweggefegt werden. Bei
langwierigen
Entwicklungstempeln kann sie, sich an der Macht haltend,
innerlich entarten.
Gerade diese Dialektik des historischen Prozesses verstehen
die sektiererischen
Räsoneure nicht, die in der Fäulnis der Stalinbürokratie ein
vernichtendes
Argument gegen den Bolschewismus finden wollen.

Im Grunde sagen diese Herren:
Schlecht ist die revolutionäre Partei, die nicht in sich die
Garantie gegen
ihre eigene Entartung enthält. Angesichts eines derartigen

Kriteriums ist der
Bolschewismus natürlich gerichtet: Einen Talisman hat er
nicht. Doch dieses
Kriterium ist eben falsch.

Das wissenschaftliche Denken
verlangt eine konkrete Analyse: Wie und warum zersetzte sich
die Partei?

Niemand außer den Bolschewiki selbst hat bisher eine solche
Analyse gegeben.

Diese aber brauchten deswegen nicht mit dem Bolschewismus zu
brechen.

Im Gegenteil, in ihrem Arsenal
fanden sie alles Notwendige, um sein Schicksal zu erklären.
Die Schlussfolgerung,
zu der sie gelangten, lautete: Natürlich ist der Stalinismus
aus dem
Bolschewismus „erwachsen“, aber nicht logisch erwachsen,
sondern dialektisch:
nicht als revolutionäre Bejahung, sondern als
thermidorianische Verneinung. Das
ist durchaus nicht ein und dasselbe.

Die Grundprognose des Bolschewismus

Allein, die Bolschewiki mussten
nicht erst die Moskauer Prozesse abwarten, um nachträglich die
Ursachen für die
Zersetzung der herrschenden Partei der UdSSR zu erklären. Sie
sahen lange
vorher die theoretische Möglichkeit einer solchen

Entwicklungsvariante und
sprachen beizeiten davon.

Erinnern wir uns an die
Prognose, die die Bolschewiki nicht nur am Vorabend der
Oktoberrevolution,
sondern schon einige Jahre vorher aufstellten. Die besondere
Kräftegruppierung
im nationalen und internationalen Maßstab führt dazu, dass das
Proletariat in
einem so rückständigen Land wie Russland zuerst an die Macht
gelangen kann.

Doch eben diese
Kräftegruppierung lässt auch im Voraus erkennen, dass ohne
einen mehr oder
weniger baldigen Sieg des Proletariats in den
fortgeschrittenen Ländern ein
Arbeiterstaat in Russland nicht standhalten wird. Das auf sich
angewiesene
Sowjetregime wird zerfallen oder entarten, genauer: zuerst
entarten, und dann
zerfallen.

Ich persönlich habe mehr als
einmal darüber geschrieben, bereits seit 1905. In meiner
Geschichte der russischen Revolution (siehe
den Anhang zum zweiten Band: „Sozialismus in einem Lande?“)
sind diesbezügliche
Aussagen der Führer des Bolschewismus von 1917 bis 1923
gesammelt.

Alle laufen auf eines hinaus:

Ohne Revolution im Westen wird der Bolschewismus liquidiert werden, entweder von der inneren Konterrevolution oder durch Intervention von außen, oder durch beides zusammen.

Lenin insbesondere hat oft darauf hingewiesen, dass die Bürokratisierung des Sowjetregimes keine technische oder organisatorische Frage ist, sondern der mögliche Beginn einer sozialen Entartung des Arbeiterstaates.

Auf dem XI. Parteikongress vom März 1922 sprach Lenin über die „Unterstützung“, welche gewisse bürgerliche Politiker im besonderen der liberale Professor Ustraljew, seit der Zeit der NEP Sowjetrussland angedeihen zu lassen beschlossen. „Ich bin für die Unterstützung der Sowjetmacht in Russland“, sagt Ustraljew, „weil sie den Weg betreten hat, der sie zu einer gewöhnlichen bürgerlichen Macht hinführen wird.“

Die zynische Stimme des Feindes zieht Lenin dem „süßlichen kommunistischen Geschwätz“ vor. Mit strenger Nüchternheit warnt er die Partei vor der Gefahr: Alle Dinge, von denen Ustraljew spricht, sind möglich. Das muss man klar sagen. Die Geschichte kennt Wendungen aller Arten: Sich auf Überzeugung, Ergebenheit und andere vorzügliche

Seeleneigenschaften zu verlassen, ist in der Politik durchaus keine ernste Sache.

Die vorzüglichen Eigenschaften haben eine kleine Anzahl von Leuten, aber das historische Endergebnis bestimmen die gigantischen Massen, die, wenn die geringe Anzahl Leute ihnen nicht entgegenkommt, zuweilen mit dieser geringen Anzahl Leute nicht allzu höflich verfahren. Mit einem Wort: Die Partei ist nicht der einzige Entwicklungsfaktor und, in großen geschichtlichen Maßstäben, nicht der entscheidende.

„Es kommt vor, dass ein Volk ein anderes Volk besiegt“, fuhr Lenin auf demselben Kongress fort – dem letzten, der mit seiner Teilnahme stattfand –, „...das ist sehr einfach und allen verständlich. Aber was geschieht mit der Kultur der Völker? Das ist nicht so einfach. Ist das Siegervolk dem besiegten Volk kulturell überlegen, so zwingt es ihm seine Kultur auf, ist es aber umgekehrt, so pflegt der Besiegte dem Sieger seine Kultur aufzuzwingen.“

Ist nicht etwas Ähnliches in der Hauptstadt der RSFSR geschehen! Und ergab es sich nicht dort, dass 4.700 Kommunisten (fast eine ganze Division, und die allerbesten von allen) der

fremden Kultur unterlagen?“

Das wurde Anfang 1922 gesagt,
und zwar nicht zum ersten Mal. Die Geschichte wird nicht von
wenigen, wenn auch
„allerbesten“ Menschen gemacht; noch weniger: diese „besten“
können im Geiste
der „fremden“, d. h. der bürgerlichen Kultur entarten. Nicht
nur kann der
Sowjetstaat vom sozialistischen Wege abgehen, sondern auch die
bolschewistische
Partei unter ungünstigen historischen Bedingungen ihren
Bolschewismus einbüßen.

Aus dem deutlichen Verständnis
dieser Gefahr entstand die Linke Opposition, die sich
endgültig im Jahre 1923
bildete. Tagaus, tagein die Entartungssymptome registrierend,
trachtete sie,
dem heranrückenden Thermidor den bewussten Willen der
proletarischen Avantgarde
gegenüberzustellen. Allein, dieser subjektive Faktor erwies
sich als
unzureichend.

Die „gigantischen Massen“, die
nach Lenin den Ausgang des Kampfes entscheiden, wurden der
inneren Entbehrungen
und des zu langen Wartens auf die Weltrevolution müde. Die
Massen verloren den
Mut. Die Bürokratie bekam die Oberhand. Sie schüchterte die
proletarische
Avantgarde ein, trat den Marxismus mit Füßen, prostituierte
die

bolschewistische Partei. Der Stalinismus siegte. In Gestalt der Linken Opposition brach der Bolschewismus mit der Sowjetbürokratie und ihrer Komintern. Das ist der wirkliche Gang der Entwicklung.

Freilich, im formellen Sinne ist der Stalinismus aus dem Bolschewismus hervorgegangen. Die Moskauer Bürokratie fährt auch heute noch fort, sich Bolschewistische Partei zu nennen. Sie benutzt einfach die alte Banderole, um besser die Massen zu betrügen. Um so kläglicher sind die Theoretiker, die die Schale für den Kern und den Schein für das Wesen nehmen. Indem sie Stalinismus und Bolschewismus gleichsetzen, leisten sie den Thermidorianern den besten Dienst und spielen somit eine klare reaktionäre Rolle.

Bei der Entfernung aller anderen Parteien vom politischen Schauplatz müssen die entgegengesetzten Interessen und Tendenzen der verschiedenen Bevölkerungsschichten in dem einen oder anderen Grade in der herrschenden Partei zum Ausdruck kommen. In dem Maße, wie der politische Schwerpunkt sich von der proletarischen Avantgarde zur Bürokratie verschob, wandelte sich die Partei sowohl der sozialen Zusammensetzung wie auch der Ideologie nach.

Infolge des ungestümen Verlaufs
der Entwicklung erlitt sie in den letzten fünfzehn Jahren eine
sehr viel
radikalere Entartung als die Sozialdemokratie während eines
halben
Jahrhunderts. Die heutige „Säuberung“ zieht zwischen
Bolschewismus und
Stalinismus nicht nur einen blutigen Strich, sondern einen
ganzen Strom von
Blut.

Die Ausrottung der gesamten
alten Generation der Bolschewiki, eines erheblichen Teils der
mittleren
Generation, die am Bürgerkrieg teilgenommen hatte, und jenes
Teils der Jugend,
der die bolschewistischen Traditionen am ernstesten aufnahm,
beweist nicht nur
die politische, sondern durch und durch physische
Unvereinbarkeit des
Stalinismus und des Bolschewismus. Wie kann man das nicht
sehen?

Stalinismus oder „Staatssozialismus“?

Die Anarchisten ihrerseits
wollen im Stalinismus ein organisches Produkt nicht nur des
Bolschewismus und
des Marxismus, sondern des „Staatssozialismus“ überhaupt
sehen. Sie sind
einverstanden, die patriarchalische, bakuninsche „Föderation
der freien
Gemeinden“ durch eine zeitgemäßere „Föderation der freien

Räte“ zu ersetzen.

Aber sie sind nach wie vor gegen den zentralisierten Staat.

In der Tat: der eine Zweig des „staatlichen“ Marxismus, die Sozialdemokratie, wurde, als sie an die Macht kam, eine offene Agentur des Kapitals. Der andere erzeugte eine neue privilegierte Kaste. Es ist klar: Die Quelle des Übels liegt im Staate.

Unter einem breiten historischen Gesichtswinkel kann man in dieser Überlegung ein Korn Wahrheit finden. Der Staat als Zwangsapparat ist zweifellos eine Quelle politischer und moralischer Verseuchung. Das gilt, wie die Erfahrung zeigt, auch für den Arbeiterstaat.

Man kann folglich sagen, der Stalinismus ist das Produkt eines Zustandes der Gesellschaft, wo diese es noch nicht vermochte, die Zwangsjacke des Staates abzustreifen. Doch diese These, die zur Beurteilung des Bolschewismus oder des Marxismus nichts liefert, kennzeichnet nur den allgemeinen Kulturstand der Menschheit und vor allem das Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Nachdem wir uns mit den Anarchisten darüber geeinigt haben, dass der Staat, sogar der Arbeiterstaat, ein Erzeugnis der Klassenbarbarei ist, und dass die wahre

menschliche

Geschichte mit der Abschaffung des Staates beginnen wird,
erhebt sich vor uns

in all ihrer Macht die Frage: Welche Wege und Methoden sind
imstande, letzten

Endes zur Abschaffung .des Staates zu führen? Die jüngste
Erfahrung bezeugt, dass
es jedenfalls nicht die Methoden des Anarchismus sind.

Die Führer des spanischen

Arbeiterbundes (CNT), der einzigen bedeutenden anarchistischen
Organisation auf

der Erde, wurden in der kritischen Stunde bürgerliche
Minister. Ihren offenen

Verrat an der Theorie des Anarchismus erklärten sie mit dem
Druck

„außerordentlicher Umstände“.

Aber hatten nicht seinerzeit die

Führer der deutschen Sozialdemokratie dasselbe Argument
angeführt? Natürlich,

der Bürgerkrieg ist kein friedlicher, kein gewöhnlicher,
sondern ein

„außerordentlicher Umstand“. Doch gerade auf diese
„außerordentlichen Umstände“

bereitet sich jede ernsthafte revolutionäre Organisation vor.

Die Erfahrung Spaniens bewies

nochmals, dass man in unter „normalen Umständen“
herausgegebenen Büchern den

Staat „verneinen“ kann, dass aber die Bedingungen der
Revolution keinen Raum

für die „Verneinung“ des Staates lassen, sondern im Gegenteil
die Eroberung des

Staates verlangen.

Wir gedenken den spanischen
Anarchisten durchaus nicht vorzuwerfen, nicht mit einem
Federstrich den Staat
liquidiert zu haben. Die revolutionäre Partei ist, selbst wenn
sie die Macht
erobert hat (wozu die spanischen Anarchistenführer trotz des
Heldentums der
anarchistischen Arbeiter nicht imstande waren) durchaus noch
nicht der
allmächtige Herr der Gesellschaft.

Doch umso unerbittlicher klagen
wir die anarchistische Theorie an, die für friedliche Zeiten
ganz tauglich
schien, aber auf die man verzichten muss, sobald die
„außerordentlichen
Umstände“ ... der Revolution eintreten. In der alten Zeit
begegnete man
Generälen – wahrscheinlich begegnet man ihnen heute auch noch
– die meinten, am
schädlichsten für die Armee sei der Krieg. Kaum besser sind
die
„Revolutionäre“, die da klagen, die Revolution zerstöre ihre
Doktrin.

Die Marxisten sind sich mit den
Anarchisten bezüglich des Endzieles, der Liquidierung des
Staates, vollkommen
einig. Der Marxismus bleibt „staatlich“ nur, soweit die
Liquidierung des
Staates nicht vermittels der einfachen Ignorierung des Staates
erreicht werden

kann.

Die Erfahrung des Stalinismus widerlegt nicht die Lehre des Marxismus, sondern bestätigt sie auf umgekehrte Weise. Die revolutionäre Doktrin, die das Proletariat lehrt, sich in einer Lage richtig zu orientieren und sie aktiv auszunutzen, enthält selbstverständlich keine automatische Siegesgarantie. Doch dafür ist der Sieg nur mit Hilfe dieser Doktrin möglich. Diesen Sieg darf man sich außerdem nicht als einmaligen Akt vorstellen.

Es gilt, die Frage in der Perspektive einer großen Epoche zu fassen. Der erste Arbeiterstaat auf niedriger wirtschaftlicher Grundlage und vom Imperialismus umzingelt – verwandelt sich in die Gendarmerie des Stalinismus. Doch der wirkliche Bolschewismus erklärte dieser Gendarmerie den Kampf auf Leben und Tod.

Um sich zu halten, ist der Stalinismus gezwungen, heute geradezu einen Bürgerkrieg gegen den Bolschewismus unter dem Namen des „Trotzkismus“ zu führen, nicht nur in der UdSSR, sondern auch in Spanien. Die alte Bolschewistische Partei ist tot, aber der Bolschewismus erhebt überall seinen Kopf.

Den Stalinismus aus dem Bolschewismus oder aus dem Marxismus abzuleiten, ist ganz dasselbe, wie, im breiteren Sinne, die Konterrevolution aus der Revolution abzuleiten. Nach dieser Schablone bewegte sich stets das liberalkonservative und später das reformistische Denken. Die Revolution hat, kraft der Klassenstruktur der Gesellschaft, stets die Konterrevolution erzeugt.

Beweist das nicht, fragt der Pharisäer, dass die revolutionäre Methode irgendeinen inneren Fehler hat? Weder die Liberalen noch die Reformisten haben jedoch bisher „ökonomischere“ Methoden zu entdecken verstanden.

Aber wenn es auch nicht leicht ist, die Wirklichkeit des lebendigen historischen Prozesses zu verstehen, so ist es dagegen nicht schwer, den Wechsel seiner Wellen rationalistisch zu deuten, logisch den Stalinismus aus dem „Staatssozialismus“, den Faschismus aus dem Marxismus, die Reaktion aus der Revolution, mit einem Wort, die Antithese aus der These herzuleiten. Auf diesem Gebiet, wie auf vielen anderen, ist das anarchische Denken der Gefangene des liberalen Rationalismus. Das echte revolutionäre Denken ist unmöglich ohne Dialektik.

Die politischen „Sünden“ des Bolschewismus als Quelle des Stalinismus

Die Argumentation der Rationalisten nimmt zuweilen, wenigstens äußerlich, konkreteren Charakter an. Den Stalinismus leiten sie nicht aus dem Bolschewismus in seiner Gesamtheit, sondern aus seinen politischen Sünden ab. (Einer der deutlichsten Vertreter dieses Typus des Denkens ist der französische Autor eines Buches über Stalin, B. Souvarine.) Von den Tatsachen und Dokumenten her stellen Souvarines Arbeiten eine lange, gewissenhafte Forschung dar.

Jedoch die Geschichtsphilosophie des Verfassers überrascht durch ihre Vulgarität. Zwecks Erläuterung allen folgenden historischen Unheils sucht er nach dem Bolschewismus innewohnenden Fehlern. Der Einfluss der realen Bedingungen des geschichtlichen Prozesses auf den Bolschewismus existiert für ihn nicht. (Selbst H. Taine mit seiner Theorie des „Milieus“ stand Marx näher als Souvarine.) Die Bolschewiki – sagen uns Gorter, Pannekoek, einige deutsche „Spartakisten“ usw. – vertauschen die Diktatur des Proletariats gegen die Diktatur der Partei, Stalin vertauschte die Diktatur der Partei gegen die Diktatur der Bürokratie. Die Bolschewiki vernichteten alle Parteien außer ihrer eigenen, Stalin

erstickte die bolschewistische Partei im Interesse der bonapartistischen Clique.

Die Bolschewiki anerkannten die Notwendigkeit, an den alten Gewerkschaften und am bürgerlichen Parlament teilzunehmen. Stalin befreundete sich mit der Gewerkschaftsbürokratie und mit der bürgerlichen Demokratie. Derlei Gegenüberstellungen kann man nun anführen, so viel man will. Trotz ihrer äußerlichen Schlagkraft sind sie vollkommen leer.

Das Proletariat kann nicht anders an die Macht gelangen als in der Person seiner Avantgarde. Schon die Notwendigkeit einer Staatsmacht entspringt dem ungenügenden Kulturniveau der Massen und ihrer Verschiedenartigkeit. In der zur Partei organisierten revolutionären Avantgarde kristallisiert sich das Freiheitsstreben der Massen. Ohne Vertrauen der Klasse zur Avantgarde, ohne Unterstützung der Avantgarde durch die Klasse kann von Machteroberung keine Rede sein. In diesem Sinne sind die proletarische Revolution und die Diktatur Sache der gesamten Klasse, aber nicht anders als unter der Führung der Avantgarde. Die Sowjets sind nur die organisierte Form der Verbindung zwischen Avantgarde und Klasse. Dieser Form einen revolutionären Inhalt geben kann nur die Partei. Das ist durch die

positive Erfahrung der Oktoberrevolution und durch die negative Erfahrung anderer Länder (Deutschland, Österreich, schließlich Spanien) bewiesen.

Niemand hat praktisch gezeigt oder auch nur versucht, auf dem Papier zu erklären, wie das Proletariat ohne politische Führung durch die Partei, die weiß, was sie will, die Macht erobern könne. Wenn diese Partei die Sowjets politisch ihrer Führung unterwirft, so ändert diese Tatsache an sich ebenso wenig am Sowjetsystem wie die Herrschaft der konservativen Mehrheit am System des britischen Parlamentarismus.

Was das Verbot der anderen Sowjetparteien betrifft, so entsprang es jedenfalls nicht der Theorie des Bolschewismus, sondern war eine Maßnahme zum Schutz der Diktatur in einem rückständigen und erschöpften, von allen Seiten von Feinden umgebenen Land. Den Bolschewiki war von Anfang an klar, dass diese Maßnahme, die später durch das Verbot von Fraktionen innerhalb der herrschenden Partei selbst ergänzt wurde, eine gewaltige Gefahr ankündigte. Jedoch die Quelle der Gefahr lag nicht in der Doktrin oder Taktik, sondern in der materiellen Schwäche der Diktatur, in der Schwierigkeit der inneren und der Weltlage. Hätte die Revolution auch nur in Deutschland gesiegt, das Erfordernis, die anderen

Sowjetparteien zu verbieten,
wäre sofort hinfällig geworden. Dass die Herrschaft einer
einzigsten Partei
juristisch zum Ausgangspunkt für das stalinistische totalitäre
System diene,
ist ganz unbestreitbar. Aber die Ursache dieser Entwicklung
liegt nicht im
Verbot der anderen Parteien als einer zeitweiligen
Kriegsmaßnahme, sondern in
der Niederlagenreihe des Proletariats in Europa und Asien.

Dasselbe gilt für den Kampf
gegen den Anarchismus. In der heroischen Epoche der Revolution
marschierten die
Bolschewiki mit den wirklich revolutionären Anarchisten Arm in
Arm. Der
Verfasser dieser Zeilen erörterte häufig mit Lenin die Frage,
ob es nicht
möglich sei, den Anarchisten gewisse Gebietsteile zu
überlassen, damit sie im
Einverständnis mit der betreffenden Bevölkerung mit ihrer
Staatslosigkeit die
Probe aufs Exempel machen. Doch die Bedingungen des
Bürgerkriegs, der Blockade
und des Hungers ließen keinen Raum für derartige Pläne.

Der Kronstädter Aufstand? Aber
die revolutionäre Regierung konnte selbstverständlich nicht
den aufständischen
Matrosen eine die Hauptstadt beschirmende Festung „schenken“,
nur weil der
reaktionären Bauern- und Soldatenmeuterei sich einige
fragwürdige Anarchisten
angeschlossen hatten. Die konkrete historische Analyse der
Ereignisse lässt

keinen heilen Fleck an den Legenden, die Unwissenheit und Sentimentalität um Kronstadt, Machno und andere Episoden der Revolution geflochten haben.

Es bleibt nur die Tatsache, dass die Bolschewiki von Anfang an nicht nur Überzeugung, sondern auch Zwang anwandten, häufig von der schärfsten Art. Unbestreitbar ist auch, dass die aus der Revolution erwachsene Bürokratie darin ein Zwangssystem in ihren Händen monopolisierte. Jede Entwicklungsetappe, selbst wenn es sich um so katastrophenartige Etappen handelte wie Revolution und Konterrevolution, ergibt sich aus der vorhergehenden Etappe, wurzelt in ihr und trägt davon gewisse Züge.

Die Liberalen, einschließlich des Paares Webb, behaupten stets, die bolschewistische Diktatur stelle nur eine Neuausgabe des Zarismus dar. Sie verschlossen dabei die Augen vor solchen Kleinigkeiten wie der Abschaffung der Monarchie und der Stände, der Übergabe des Bodens an die Bauern, der Enteignung des Kapitals, der Einführung der Planwirtschaft, der atheistischen Erziehung usw.

Ganz ebenso verschließt das liberal-anarchistische Denken die Augen davor, dass die bolschewistische

Revolution mit all ihren Unterdrückungsmaßnahmen eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse im Interesse der Massen bedeutete, während Stalins thermidorianische Umwälzung der Sowjetgesellschaft im Interesse einer privilegierten Minderheit geschieht. Es ist klar, dass in den Gleichsetzungen des Stalinismus mit dem Bolschewismus nicht die Spur eines sozialistischen Kriteriums enthalten ist.

Fragen der Theorie

Einer der wichtigsten Züge des Bolschewismus ist sein strenges und anspruchsvolles, ja kämpferisches Verhalten zu Fragen der Doktrin. Lenins 26 Bände werden auf immerdar ein Muster höchster theoretischer Gewissenhaftigkeit bleiben. Ohne diese seine Grundeigenschaft würde der Bolschewismus nie seine historische Rolle erfüllt haben.

Das direkte Gegenteil davon ist auch in dieser Beziehung der grobe und ungebildete, durch und durch empirische Stalinismus. Bereits vor mehr als zehn Jahren erklärte die Opposition in ihrer Plattform: „Seit Lenins Tod wurde eine ganze Reihe neuer Theorien geschaffen, deren einziger Sinn ist, theoretisch das Abgleiten der Stalingruppe vom Wege

der internationalen proletarischen Revolution zu rechtfertigen.“

Vor einigen Tagen erst schrieb der amerikanische Sozialist Liston M. Oak, der an der spanischen Revolution teilgenommen hat: „In Wirklichkeit sind die Stalinisten jetzt die äußersten Revisionisten Marx und Lenins – Bernstein hat auch nicht halb so weit zu gehen gewagt wie Stalin in der Revision von Marx.“

Das ist ganz richtig. Man muss nur hinzufügen, dass Bernstein wirklich theoretische Bedürfnisse hatte: Er versuchte redlich, die reformistische Praxis der Sozialdemokratie mit ihrem Programm in Einklang zu bringen. Die Stalinbürokratie aber hat nicht nur nichts mit dem Marxismus gemein, sondern ihr ist überhaupt jegliche Doktrin oder jegliches System fremd.

Ihre „Ideologie“ ist ganz und gar von einem Polizeisubjektivismus durchdrungen, ihre Praxis vom Empirismus der nackten Gewalt. Dem eigentlichen Wesen ihrer Interessen gemäß ist die Usurpatorenkaste ein Feind der Theorie. Sie kann weder vor sich noch anderen ihre soziale Rolle verantworten. Stalin revidiert Marx und Lenin nicht mit der Feder der Theoretiker, sondern mit den Stiefeln der GPU.

Fragen der Moral

Über die „Amoral“ des Bolschewismus beschwerten sich gewöhnlich besonders die hochnäsigen Nullitäten, denen der Bolschewismus die billigen Masken abgerissen hat. Kleinbürger, Intellektuelle, demokratische, „sozialistische“, literarische, parlamentarische und andere Kreise haben ihre konventionelle Werte oder ihre konventionelle Sprache zwecks Verbergung des Fehlens jeglicher Werte.

Diese breite und buntscheckige Gesellschaft für gegenseitiges In-Schutz-Nehmen – „leben und leben lassen!“ – verträgt ganz und gar nicht die Berührung der marxistischen Lanzette auf ihrer empfindlichen Haut. Die zwischen den verschiedenen Lagern hin- und herpendelnden Theoretiker, Schriftsteller und Moralisten waren und sind der Meinung, dass die Bolschewiki absichtlich die Meinungsverschiedenheiten übertreiben, zu loyaler Zusammenarbeit außerstande sind und durch ihre Intrigen die Einheit der Arbeiterbewegung stören.

Dem empfindlichen und übelnehmenden Zentristen schien es vor allem immer, dass die Bolschewiki ihn „verleumden“ – nur weil sie seine eigenen halben Gedanken bis zu Ende führten:

Er selbst ist dazu ganz unfähig. Indessen ist nur diese kostbare Eigenschaft, nämlich Unduldsamkeit gegen jede Halbheit und jedes Ausweichen imstande, die revolutionäre Partei zu erziehen, die sich von keinen „außerordentlichen“ Umständen überrumpeln lässt.

Die Moral einer jeden Partei entspringt letzten Endes aus den historischen Interessen, die sie vertritt. Die Moral des Bolschewismus, die Selbstverleugnung, Uneigennutz, Mut, Verachtung für allen Flitter und Trug – die besten Eigenschaften der menschlichen Natur! – enthält, entspringt aus der revolutionären Unversöhnlichkeit im Dienste der Unterdrückten. Die Stalinbürokratie imitiert auch auf diesem Gebiet die Worte und Gesten des Bolschewismus.

Wo aber „Unversöhnlichkeit“ und „Unbeugsamkeit“ mit dem Polizeiapparat verwirklicht werden, der im Dienste einer privilegierten Minderheit steht, dort werden sie zu einer Quelle der Demoralisierung und des Gangstertums. Nicht anders als mit Verachtung kann man die Herren behandeln, die den revolutionären Heroismus der Bolschewiki mit dem bürokratischen Zynismus der Thermidorianer gleichsetzen.

Und auch heute noch zieht es, trotz der dramatischen Tatsachen der letzten Periode, der

Durchschnittsspieler

vor zu meinen, im Kampfe zwischen dem Bolschewismus („Trotzkismus“) und dem Stalinismus handle es sich um Zusammenstöße persönlicher Ambitionen oder bestenfalls um den Kampf zweier „Schattierungen“ des Bolschewismus.

Den größten Ausdruck verlieh

dieser Ansicht Norman Thomas, der Führer der amerikanischen Sozialistischen

Partei. „Es gibt wenig Grund, zu glauben“, schreibt er („Socialist

Review“, Sept. 1937, S. 6), „dass wenn Trotzki statt Stalin gewonnen (!) hätte, es mit den Intrigen, Verschwörungen und dem

Schreckensregime in Russland zu Ende wäre.“ Und dieser Mensch hält sich für einen Marxisten.

Mit demselben Recht könnte man

sagen: „Es gibt wenig Grund, zu glauben, dass, wenn statt Pius, der XI., Norman,

der I., auf den römischen Stuhl erhoben worden wäre, die katholische Kirche

sich in ein Bollwerk des Sozialismus verwandelt haben würde.“

Thomas begreift

nicht, dass es sich nicht um ein Match zwischen Stalin und Trotzki, sondern um

den Antagonismus zwischen Bürokratie und Proletariat handelt.

Allerdings ist in der UdSSR die

herrschende Schicht auch heute noch gezwungen, sich dem nicht vollkommen

liquidierten Erbe der Revolution anzupassen, dabei gleichzeitig durch direkten Bürgerkrieg (blutige Säuberungen, Massenausrottungen der Unzufriedenen) einen Wechsel des sozialen Regimes vorbereitend. Aber in Spanien tritt die Stalinclique bereits heute offen als Schutzwehr der bürgerlichen Ordnung gegen den Sozialismus auf. Der Kampf gegen die bonapartistische Bürokratie verwandelt sich vor unseren Augen in Klassenkampf: zwei Welten, zwei Programme, zweierlei Moral.

Wenn Thomas glaubt, der Sieg des sozialistischen Proletariats über die niederträchtige Vergewaltigerkaste werde das Sowjetregime nicht politisch und moralisch regenerieren, so zeigt er damit nur, dass er trotz all seinen Vorbehalten, Schweifwedeleien und frommen Seufzern der Stalinbürokratie viel näher steht als den Arbeitern. Wie alle anderen, die den Bolschewismus der „Amoral“ zeihen, hat sich Thomas einfach nicht bis zur revolutionären Moral erhoben.

Die Tradition des Bolschewismus und die Vierte Internationale

Für die „Linken“, die den Versuch machten, zum Marxismus unter Umgehung des Bolschewismus

„zurückzukehren“, lief die Sache gewöhnlich auf einzelne Allheilmittel hinaus:

Boykott der alten Gewerkschaften, Boykott des Parlaments, Schaffung „echter“

Sowjets. All das konnte im Fieber der ersten Tage nach dem Krieg

außerordentlich tief erscheinen. Aber heute, im Lichte der gemachten Erfahrung,

haben diese Kinderkrankheiten sogar als Kuriosa ihr Interesse verloren.

Die Holländer Gorter und

Pannekoek, einige deutsche „Spartakisten“, die italienischen Bordigisten

erklärten sich unabhängig vom Bolschewismus nur, weil sie einen seiner Züge

künstlich übertrieben seinen anderen Zügen gegenüberstellten.

Von diesen

„linken“ Tendenzen blieb nichts übrig, weder praktisch noch theoretisch: ein

indirekter, aber wichtiger Beweis dafür, dass der Bolschewismus für unsere

Epoche die einzige Form des Marxismus ist.

Die bolschewistische Partei

bewies in der Tat eine Paarung höchster revolutionärer Kühnheit mit politischem

Realismus. Sie stellte zum ersten Mal das Verhältnis zwischen Avantgarde und

Klasse her, das allein den Sieg zu sichern vermag. Sie zeigte in der Erfahrung,

dass das Bündnis des Proletariats mit den unterdrückten Massen des ländlichen

und städtischen Kleinbürgertums nur möglich ist durch den politischen Sturz der

traditionellen Parteien des Kleinbürgertums. Die bolschewistische Partei zeigte der gesamten Welt, wie man einen bewaffneten Aufstand durchführt und die Macht ergreift.

Die da der Parteidiktatur eine Abstraktion von Sowjets gegenüberstellen, sollten begreifen, dass die Sowjets nur dank der Führung der Bolschewiki sich aus dem reformistischen Sumpf auf das Niveau einer Staatsform des Proletariats erhoben. Die bolschewistische Partei verwirklichte eine richtige Paarung der Kriegskunst mit marxistischer Politik im Bürgerkrieg.

Selbst wenn es der Stalinbürokratie gelänge, die wirtschaftlichen Grundlagen der neuen Gesellschaft zu zerstören, die unter Führung der bolschewistischen Partei gemachte Planwirtschaftserfahrung wird für immer in die Geschichte eingehen als eine der größten Schulen für die gesamte Menschheit. All das können nur Sektierer nicht sehen, die, gekränkt über die erhaltenen blauen Flecke, dem historischen Prozess den Rücken kehren.

Doch das ist nicht alles. Die bolschewistische Partei konnte ein so grandioses „praktisches“ Werk nur deshalb leisten, weil sie jeden ihrer Schritte mit der Theorie

beleuchtete. Der Bolschewismus hat diese nicht geschaffen. Der Marxismus gab sie. Aber der Marxismus ist eine Theorie der Bewegung, nicht des Stillstands. Nur Aktionen grandiosen geschichtlichen Ausmaßes konnten die Theorie selbst bereichern.

Der Bolschewismus lieferte einen wertvollen Beitrag zum Marxismus durch seine Analyse der imperialistischen Epoche als einer Epoche von Kriegen und Revolutionen; der bürgerlichen Demokratie in der Epoche des faulenden Kapitalismus; des Verhältnisses zwischen Generalstreik und Aufstand; der Rolle der Partei, der Sowjets und der Gewerkschaften in der Epoche der proletarischen Revolution; durch seine Theorie des Sowjetstaates, der Übergangswirtschaft, des Faschismus und Bonapartismus in der Epoche des kapitalistischen Verfalls; schließlich durch die Analyse der Bedingungen für die Entartung der bolschewistischen Partei und des Sowjetstaates selber.

Möge man eine andere Stimme nennen, die den Schlussfolgerungen und Verallgemeinerungen des Bolschewismus etwas Wesentliches hinzuzufügen hätte. Vandervelde, de Brouckère, Hilferding, Otto Bauer, Leon Blum, Zyromski, von Major Attlee und Norman Thomas gar nicht zu reden, leben theoretisch von den abgestandenen Resten der

Vergangenheit. Die Entartung der Komintern kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, dass sie theoretisch auf das Niveau der II. Internationale herabgerutscht ist. Alle Arten von Zwischengruppen (die Unabhängige Arbeiterpartei Großbritanniens, die POUM und dergleichen) passen jede Woche neue zufällige Auszüge von Marx und Lenin ihren jeweiligen Bedürfnissen an. Von diesen Leuten können die Arbeiter nichts lernen.

Ernstes Verhalten zur Theorie, zusammen mit der gesamten Tradition Marx' und Lenins, haben sich nur die Erbauer der Vierten Internationale zu eigen gemacht. Mögen die Spießer darüber lächeln, dass zwei Jahrzehnte nach dem Oktobersieg die Revolutionäre wieder auf die Position bescheidener propagandistischer Vorbereitung zurückgeworfen sind.

Das Großkapital ist in dieser Frage wie in anderen viel scharfsichtiger als die kleinbürgerlichen Spießer, die sich für Sozialisten oder Kommunisten ausgeben: Nicht von ungefähr verschwindet das Thema der Vierten Internationale nicht aus den Spalten der Weltpresse. Das brennende historische Bedürfnis nach einer revolutionären Führung verspricht der IV. Internationale ein außergewöhnlich schnelles Wachstumstempo. Die wichtigste Garantie ihrer künftigen Erfolge ist der

Umstand, dass sie nicht abseits vom großen historischen Weg entstand, sondern organisch aus dem Bolschewismus erwuchs.

Methoden und Grundsätze der kommunistischen Organisation

*Liga für die Fünfte Internationale, Revolutionärer Marxismus
43, Oktober 2011*

Einleitung

Teil 1 der Thesen legt Lenins Konzeption des Verhältnisses von kommunistischer Partei zur Arbeiterklasse dar, berichtigt einige Missverständnisse von Lenins Streitschrift „Was tun?“ und zeigt den praktischen Nutzen von Lenins Kritik am Ökonomismus (Chwostismus) heute auf. Das Dokument führt darüber hinaus eine neue Untersuchung über den Einklang von Lenins Klassenkonzeption mit der Marxschen Theorie des Warenfetischismus ein. Die Thesen führen die Widersprüche des Klassenbewusstseins auf die materiellen Grundlagen als Wesensbestandteil des Kapitals selbst zurück.

Teil 2 beschäftigt sich mit der Organisation der kommunistischen Partei und weithin unbeachteten Gedankengängen der Komintern-Thesen zur Organisationsfrage von 1921, insbesondere dem Verhältnis von Dezentralisation (Autonomie) von Parteigliederungen und Zentralisation von Führungsfunktionen, der Rolle von Arbeitsteilung in der ArbeiterInnenpartei, von Pflichten von Gliederungen und Einzelmitgliedern sowie mit dem Verhältnis von großen

Zentralausschüssen zu Parteivollzugsorganen.

Teil 3 untersucht das Verhältnis von Agitation (wenige Antworten für viele Menschen) zur Propaganda (viele Gedanken für wenige Menschen) im Marxismus und kritisiert die weit verbreitete Ansicht, dass Propaganda nur Ideen darstellt, während Agitation mit dem Aufruf zu Aktionen verbunden sei. Eine andere Unterscheidung ist nötig, um zu zeigen, wie Parteipropaganda, -agitation und -organisationsarbeit sämtlich dazu dienen, die revolutionäre politische Handlung voran zu treiben und zu leiten.

Von der Aufarbeitung einiger Grundsätze der Arbeit einer revolutionären Partei gelangen die Thesen dann in Teil 5 zur Zusammenfassung der Aufgaben für Kleinorganisationen von KommunistInnen im vorparteilichen Stadium. An dieser Stelle weisen wir auf die bereits 1992 erarbeiteten Thesen der Liga für eine Revolutionäre Kommunistische Internationale [„Thesen zu den frühen Etappen des Parteaufbaus“](#) hin, die auf Deutsch im „Revolutionären Marxismus“ Nr. 21 erschienen und in diesem Heft wieder veröffentlicht sind.

Ein weiterer Ausbau dieser Untersuchungen ist vorgesehen, besonders in Hinblick auf den demokratischen Zentralismus, die Kampagnentätigkeit der Partei, die Taktik der ArbeiterInneneinheitsfront, die antiimperialistische Einheitsfront und das Verhältnis von kommunistischer Organisation zu den Gewerkschaften.

Teil 1: Partei und Klasse

1. Der Marxismus ist laut Lenin „die Lehre vom Klassenkampf“ des Proletariats. Mittels Untersuchung des geschichtlichen Werdegangs der Verhältnisse in der menschlichen Gesellschaft, vom Standpunkt der materialistischen Dialektik aus, betont der Marxismus die Zentralität des Klassenkampfes als entscheidender Kraft für einen gesellschaftlichen Wandel.

2. Der Kapitalismus ist eine Produktionsweise, in der die Erzeugnisse und Dienstleistungen durch Arbeit und die Produktivkräfte einschließlich der menschlichen Arbeitskraft die Form von Waren annehmen. Er ist ein System verallgemeinerter Warenproduktion. In der kapitalistischen Produktionsweise stehen sich zwei unvereinbar gegensätzliche Gesellschaftsklassen gegenüber: die Bourgeoisie (die Klasse der KapitalistInnen) und das Proletariat (die ArbeiterInnenklasse), die kein anderes Mittel zum Überleben hat als den Verkauf ihrer Arbeitskraft an die KapitalistInnen.

3. Die Ware des Proletariats (ihre Arbeitskraft) ist einzigartig in zentraler Hinsicht. Sie schafft mehr Wert (die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die in der Ware enthalten ist) als für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist. Der Arbeiter empfängt im Lohn nicht den Wert der Ware, die er erzeugt, sondern den Wert der Ware, die konsumiert wird, um seine Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen. Der darüber hinaus gehende Mehrwert ist die Quelle des Profits für den Kapitalisten.

4. Diese Ausbeutung ist die Quelle der ständigen Ausdehnung des Kapitals. Die Konkurrenz zwischen Kapitalen treibt die KapitalistInnen dazu, den Anteil der unbezahlten Arbeit zu Lasten der bezahlten Arbeit in absoluter und relativer Form ausweiten zu wollen. Das wiederum veranlasst die KapitalistInnen, die Arbeitszeit auszudehnen und/oder die Löhne zu kürzen (absoluter Mehrwert) und/oder die Verdichtung der Arbeit zu erhöhen (relativer Mehrwert). Des weiteren drängt das Kapital in Ländern, in denen die öffentliche Wohlfahrtsversorgung für die ArbeiterInnenklasse der Bourgeoisie abgerungen worden ist, auf breiter Front darauf, a) die Schmälerung ihrer Profite mittels Besteuerung durch den Staat, die somit der Arbeiterklasse eine gesellschaftliche Fürsorge erlaubt, abzuwenden und b) die staatlichen Einrichtungen für die Durchdringung von Kapital zu öffnen.

5. Das Proletariat wird durch ständigen Druck durch das

Kapital gezwungen, sich zum Widerstand zu vereinigen. Dieser Vorgang, oft nur teilweise und zersplittert, zeitweilig begrenzt auf den ökonomischen Konflikt zwischen ArbeiterInnen und UnternehmerInnen über Löhne und Arbeitsbedingungen, manchmal auch auf der Ebene eines verallgemeinerten Kampfes, ist die objektive Grundlage für den Klassenkampf des Proletariats.

6. Als Klasse geformt durch das Wachstum der modernen Industrie und den kapitalistischen Arbeitsprozess ist das Proletariat bereits objektiv eine Klasse an sich. Aber es ist noch keine Klasse für sich. Wenn die ArbeiterInnen einer einzelnen Fabrik oder eines einzelnen Industriezweigs den Kampf gegen ihre AusbeuterInnen aufnehmen, so stellen diese nur „*Keimformen des Klassenkampfes*“ (Lenin) dar. Der Kampf der ArbeiterInnen wird erst dann zum Klassenkampf im strengen Sinn, wenn bei den führenden VertreterInnen der ArbeiterInnenklasse eines Landes das Bewusstsein von Klasse vorhanden ist und ein Kampf begonnen wird, der sich nicht nur gegen einzelne UnternehmerInnen, sondern gegen die gesamte Klasse von KapitalistInnen und deren Regierung wendet. Nur wenn die einzelnen ArbeiterInnen erkennen, dass sie Mitglieder der Klasse als Ganzes sind, nur wenn sie entdecken, dass ihr Alltagskampf gegen die ganze Bourgeoisie und die Regierung geht, wird ein wirklicher Klassenkampf daraus.

7. Es ist die Aufgabe von MarxistInnen, durch Agitation und Propaganda unter der ArbeiterInnenklasse und durch ihre Organisierung den spontanen Kampf von ArbeiterInnen in einen Kampf für die gesamte Klasse zu verwandeln, das heißt, für eine politische Partei mit klaren politischen Zielen, für den gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Staates, die Errichtung von Arbeitermacht, die Unterdrückung der Bourgeoisie, die Beschlagnahme allen Eigentums der großen kapitalistischen Konzerne und für die Errichtung einer demokratisch geplanten Wirtschaft. Nur dieses Ergebnis, die revolutionäre Diktatur des Proletariats, öffnet den Weg zu einer systematischen

Auflösung der Spaltung in Klassen, die Abschaffung aller Ausbeutungsformen und die Schaffung einer neuen höheren gesellschaftlichen Produktionsweise (Sozialismus) und schließlich einer Gesellschaft ohne Notwendigkeit irgendeiner Form von aufgetragener Arbeitsteilung oder staatlichem Zwang (Kommunismus).

8. Die proletarische (kommunistische) Partei soll *„die Avantgarde, der führende Vortrupp des Proletariats sein für alle Phasen seines revolutionären Klassenkampfes und der späteren Übergangsperiode zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe des Kommunismus.“* (1) Ohne eine solche Partei ist der Sieg unmöglich.

9. Die Formierung einer proletarischen Partei ist das vorrangige Ziel von MarxistInnen, wo, wann und unter welchen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen auch immer. Die Aufgabe umfasst die Verschmelzung des Kommunismus mit der ArbeiterInnenbewegung. Sobald eine solche Partei vorhanden ist, ist es die Pflicht von RevolutionärInnen, unter der Weisung der Partei für die Ausweitung ihres Einflusses, für die Eroberung der Massen und die Organisation von Revolution und Sozialismus zu arbeiten.

10. Die Ausbreitung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse auf der ganzen Welt, das ungeheure Wachstum des Welthandels, die Entwicklung einer internationalen Arbeitsteilung, die Verzahnung von nationalen Ökonomien auf dem Weltmarkt, der gewaltige zahlenmäßige Anstieg der ArbeiterInnenschaft weltweit, das Scheitern und der Niedergang aller Bemühungen, eine postkapitalistische Gesellschaftsordnung innerhalb von Landesgrenzen aufzubauen, all diese Faktoren zeigen, dass das Proletariat eine internationale Klasse ist, die einem internationalen System und Klassenfeind auf Weltebene entgegentritt. Die proletarische Partei muss deshalb eine Internationale sein, eine Weltpartei der gesellschaftlichen Revolution. Der Wiederaufbau einer solchen Weltpartei ist das *„vordringlichste*

Ziel von Revolutionären rund um die Erde.“ (2)

11. Leo Trotzki argumentierte völlig richtig, dass es absolut falsch und im Kern ein Zugeständnis an nationale Verurteile sei, eine *„nationale Organisation als das Fundament und eine Internationale als ein Dach“* (3) zu betrachten. Die proletarische Partei muss im Gegenteil auf internationaler Grundlage gegründet sein. Marx und Engels schufen die kommunistische Bewegung 1847 durch Bildung einer internationalen Organisation. Dasselbe geschah 1864 mit Ausrufung der Ersten Internationale, durch die Zimmerwalder Linke 1915, die der Schaffung der 3. Internationale den Weg ebnete und durch die Gründung der 4. Internationale 1938. In der Periode der Globalisierung zu Anfang des 21. Jahrhunderts ist dieser im Wesentlichen praktische Internationalismus notwendiger denn je.

12. Eine korrekte Konzeption des Verhältnisses von kommunistischer Partei zur ArbeiterInnenklasse ist ein unverzichtbares theoretisches Rüstzeug für die Anleitung zum Handeln der Partei. Ohne das sind schädliche Irrtümer für den proletarischen Klassenkampf unvermeidlich. Ebenso wenig kann eine Partei ohne korrektes Verständnis dieses Verhältnisses die revolutionären Interessen der ArbeiterInnenklasse konsequent vertreten.

13. Opportunistische und/oder sektiererische Irrtümer rühren unausweichlich aus falschem Verständnis dieses Verhältnisses. So bemerkte Trotzki, dass zentristische Gruppierungen, die zwischen proletarischer Revolution und einem bürgerlichen Programm zur Reform des Kapitalismus schwanken, eindeutig das Verhältnis von Partei zur Klasse nicht richtig erkennen können. Er schrieb: *„Wenn Zentristen imstande wären, das wechselseitige Verhältnis zwischen den ‚Massen‘ und der Vorhut, zwischen der Vorhut und der Führung, zwischen dem ‚historischen Prozess‘ und der ‚Initiative der Minderheit‘ zu verstehen, dann wären sie keine Zentristen.“* (4)

14. Die Formung des Proletariats als Klasse an sich durch das Kapital ist eine objektive Tatsache. Das Verhältnis Lohnarbeit und Kapital bestimmt die Entwicklung ohne Rücksicht darauf, in wie weit sich das Proletariat seiner Existenz bewusst ist.

15. Nichtsdestotrotz wird das Proletariat nicht einfach durch das Bewegungsgesetz des Kapitals zur Klasse für sich, sondern muss hierzu sein eigenes bewusstes Handeln entfalten. Somit ist der subjektive Faktor – die Wirkung nicht allein von allgemein geschichtlichen und gesellschaftlichen Richtungen, sondern die Denk- und Handlungsweisen von miteinander verbundenen TeilnehmerInnen am Kampf der revolutionären Klasse – ausschlaggebend für die Bestimmung der Führung und des Ausgangs des proletarischen Kampfs.

16. Erfolg oder Fehlschlag dieser subjektiven Bestrebungen sind letztlich nicht durch moralische, physische oder intellektuelle Überlegenheit der geschichtlich handelnden Subjekte bestimmt. Der Grad, in dem ihre Theorie und Praxis die wirklichen geschichtlichen und gesellschaftlichen Widersprüche begreifen und darlegen, ist dafür ausschlaggebend. Dazu gehört das Erkennen der objektiven Lage, der wirklichen Gelegenheiten und des Potenzials, das der Kapitalismus dem Proletariat wiederholt zu dessen eigener Emanzipation bietet.

17. Die Erkenntnis vom Vorhandensein einer objektiven Wirklichkeit unabhängig von unserem Wahrnehmungsvermögen ist als Materialismus bekannt. Doch alle Versuche, den Materialismus als Leugnung der Fähigkeit zu bewusstem menschlichen Handeln für grundlegende Veränderungen der objektiven Wirklichkeit zu interpretieren, sind notwendigerweise unzulänglich, denn sie leugnen damit den widersprüchlichen Charakter der Wirklichkeit selbst. Sie sind im Kern undialektisch und deshalb – zumal alle Materie in einem ständigen Zustand der Bewegung ist – letztlich unmaterialistisch.

18. Schon 1845 betonte Marx in seinen „Thesen über Feuerbach“: „Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren.

Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.“

(5)

19. Es ist ein Verdienst der materialistischen Anschauung, dass die materielle Wirklichkeit unabhängig von unserer Wahrnehmungsfähigkeit besteht, aber alle Versuche, bewusste, menschliche Merkmale einem objektiven Prozess zuzuschreiben oder den Einfluss des menschlichen Handelns auf die Veränderung der Ergebnisse des objektiven Prozesses zu leugnen, müssen das unabhängige Handeln einer revolutionären Klasse verhöhnern und zunichte machen.

20. Die passive Erwartung einer automatischen, spontanen Umwandlung des ArbeiterInnenbewusstseins von der dumpfen Hinnahme des Kapitals zur revolutionär-kommunistischen Aktion kann das Proletariat nur in die Irre führen. Diese Prozessgläubigkeit ist ein eindeutiges Mittel, um die ArbeiterInnenvorhut davon abzubringen, der Gesamtklasse eine Führung zu geben. Durch Zuweisung eines anorganischen, unpersönlichen historischen Prozesses für jene Aufgaben, die in Wirklichkeit menschlichen Wesen zufallen, wird der Wille der geschichtlichen Handlungsträger gelähmt und danach getrachtet, die proletarische Vorhut vor dem bestehenden Bewusstsein der nicht klassenbewussten, d. h. bürgerlich beeinflussten Massen der Arbeiterklasse in die Knie zu zwingen..

21. Die Aufgabe einer revolutionären Partei ist es, leidenschaftslos und genau die Gelegenheiten und Gefahren der

objektiven Wirklichkeit zu untersuchen und dann kühn unter der ArbeiterInnenklasse jene Schritte zu propagieren, die vom Proletariat unternommen werden können und müssen, um das Potenzial der widersprüchlichen Lage verwirklichen zu können. Das ist weder ein reiner Willensakt frei von objektiver Bestimmung noch ein automatischer Prozess unabhängig von menschlichem Handlungsspielraum:

“Der Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft hat zur Voraussetzung das Handeln lebender Menschen, die ihre eigene Geschichte gestalten. Dabei gehorchen sie nicht dem Zufall oder ihrer Lust, sondern dem Einfluss bestimmter objektiver Ursachen. Ihre eigenen Handlungen aber – ihre Initiative, Kühnheit, Aufopferung, oder umgekehrt Dummheit und Feigheit – bilden notwendige Glieder in der Kette der historischen Entwicklung.

Niemand hat die Krisen des Kapitalismus nummeriert und im voraus angemerkt, welche die ‚letzte‘ sein soll. Aber unsere ganze Epoche und vor allem die gegenwärtige Krise gebieten dem Proletariat: nimm die Macht! Zeigt sich jedoch die Arbeiterpartei trotz günstigen Umständen unfähig, das Proletariat zur Machteroberung zu führen, dann wird die Gesellschaft notwendigerweise auf kapitalistischer Grundlage fortleben – bis zu einer neuen Krise oder einem neuen Krieg, vielleicht bis zum vollständigen Zusammenbruch der europäischen Zivilisation.“ (6)

22. Eine proletarische Partei muss also nicht nur Organisatorin, sondern v. a. Strategin der gesellschaftlichen Umwälzung sein.

23. Gelegentlich ist in der Geschichte ein mechanistischer Glaube an den objektiven Prozess und eine Abwertung der Wichtigkeit des klassenbewussten revolutionären Handelns Auslöser für einen schwer wiegenden Opportunismus in der ArbeiterInnenbewegung gewesen.

a) In der revisionistischen Auseinandersetzung der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts, der ersten großen Krise des Marxismus, haben Eduard Bernstein und seine Anhänger in dem sich stärkenden opportunistischen rechten Flügel der deutschen Sozialdemokratie, der seine Basis bei den bürgerlichen Intellektuellen in der Partei und den Gewerkschaftsfunktionären fand, die Perspektive entwickelt, dass der Kapitalismus spontan die ökonomischen Krisen beseitigen, die Lebensbedingungen des Proletariats bessern könne und fähig zu einer Umformung zum Sozialismus wäre. Der Zweck der Sozialdemokratie wäre nicht die Lenkung der spontanen Bewegung des Proletariats in eine Klassenbewegung, sondern die Teilnahme an der alltäglichen Bewegung ohne Drang nach revolutionären Zielen: „*Die Bewegung ist alles, das Ziel nichts.*“ (Bernstein)

b) In den 90er Jahren zielte der ökonomistische Trend zur Nachtrabpolitik (Chwostismus) in der russischen sozialdemokratischen Bewegung auf das spontane ArbeiterInnenbewusstsein als Rechtfertigung für das Aufgeben von Agitation in der Arbeiterklasse für unmittelbare politische Ziele und für die Beschränkung fast ausschließlich auf den ökonomischen Kampf zwischen ArbeiterInnen- und UnternehmerInnenschaft über Löhne und Arbeitsbedingungen.

c) Nach der Spaltung der russischen Sozialdemokraten 1903 übernahm der menschewistische (Minderheits-) Flügel diese falsche Position und behauptete, die ArbeiterInnenpartei könne und dürfe die Revolution nicht organisieren. Konsequenter und folgerichtig lehnten die Menschewiki auch den revolutionären bewaffneten Aufstand 1905 ab.

d) 1917/1918 verunglimpften die SpitzenfunktionärInnen der 2. Internationale den Bolschewismus und die russische Revolution 1917 als willkürliches Vorantreiben der geschichtlichen Entwicklung durch die Eroberung der Macht, bevor ihrer Meinung nach die objektiven Bedingungen für ArbeiterInnenherrschaft und Sozialismus genügend ausgereift wären.

e) Zentristische Strömungen wie die Sozialistische Arbeiterpartei SAP in Deutschland wandten sich nach der stalinistischen Entartung der 3. Internationale gegen die Formierung einer neuen 4. Internationale und begründeten dies mit dem Bewusstsein der Massen, das vermeintlich nicht bereit sei, einen solchen Schritt anzunehmen, obwohl er notwendig war.

f) Die stalinistische Komintern und ihre nationalen Parteien widersetzten sich der revolutionären Agitation der InternationalistInnen der 4. Internationale in Frankreich zur Zeit der tiefen Gesellschaftskrise 1936. Die französische Kommunistische Partei war gegen einen Generalstreik und Arbeiterselbstschutzorgane gegen den Faschismus mit der Begründung, dass die Krise noch nicht von sich aus zu einer revolutionären Lage zugespitzt sei.

g) 1951 degenerierte die 4. Internationale selbst zum Zentrismus, als ihr Internationales Sekretariat und die Führer der späteren Abspaltung zum Internationalen Komitees das jugoslawische Regime von Tito als spontane Linkswende des Stalinismus feierten. An Stelle des Kampfes für das Programm des revolutionären Kommunismus sah die Internationale nun ihre Rolle in der Unterstützung für Führer des linken Flügels der Sozialdemokratie und des Stalinismus als Ausdruck des historischen Prozesses, der nun als objektivistisches Schema einer spontanen Entwicklung betrachtet wurde. Die Sektionen der Internationale wurden so zu zentristischen Anhängseln des sozialdemokratischen und stalinistischen Reformismus gemacht.

h) Selbst Strömungen, die auf ihre organisatorische Unabhängigkeit von den Apparaten des Klassenverrats eingeschworen sind, erliegen dem Opportunismus, wenn sie das Verhältnis von objektiven Voraussetzungen und ihren subjektiven Aufgaben nicht richtig einstufen. So trat die britische Socialist Workers Party unter Tony Cliff nicht für den Generalstreik während des britischen Bergarbeiterstreiks 1984 ein. Sie argumentierten bei den Bergleuten und deren

UnterstützerInnen gegen die Losung, weil die spontane Entwicklung des Klassenkampfes noch nicht die Stufe erreicht hätte, auf der die Forderung durchsetzbar gewesen wäre. Das trug dazu bei, den Willen der Vorhutschichten der ArbeiterInnen zu lähmen, dabei die notwendigen Maßnahmen in Gang zu bringen, um den Klassenfeind zu schlagen.

i) Heute, in den großen internationalen Zusammenkünften von Arbeiterbewegungen und Parteien, die auf den Weltsozialforen auftreten, lehnt die zentristische 4. Internationale den offenen Kampf für die Bildung einer neuen Internationale ab, trotz der Erkenntnis, dass sie selbst keine Weltpartei der sozialen Revolution ist. Sie verlässt sich einmal mehr auf den objektiven Prozess, der die Aufgaben der RevolutionärInnen übernehmen soll.

24. Der gleichrangige, aber entgegen gesetzte Irrtum ist der Subjektivismus. Sein Fehler besteht im Unverständnis, dass die Aufgaben von RevolutionärInnen nicht unabhängig von objektiven Abläufen zu bewältigen sind. Diese im Wesen unmateriale, idealistische Konzeption bildet die theoretische Basis für alle Formen von Abenteuerertum, Ultralinksradikalität, Sektierertum und Ultimatismus. All dies sind Weigerungen, sich auf taktische Zugeständnisse einzulassen, um das Programm des revolutionären Kommunismus in das Herz der ArbeiterInnenbewegung zu pflanzen. Wegen des im Kern eklektischen und inkonsequenten Wesens des Zentrismus kann eine zentristische Gruppierung oft zugleich objektivistische und subjektivistische Fehler begehen. Die gemeinsame Basis beider Irrtümer bildet ein Missverständnis vom Verhältnis von Partei und Klasse.

a) Vor 100 Jahren weigerte sich die Sozialdemokratische Föderation in Britannien auf Grund von „Prinzipien“, an der Gründung der Labour Party teilzunehmen, obgleich ein schicksalhafter Kampf über den Klassencharakter und das Programm der Partei stattfand.

b) Die Ablehnung der Notwendigkeit für revolutionäre KommunistInnen, in den reformistischen Gewerkschaften zu arbeiten, ist eine subjektivistische Weigerung, einen Kampf mit den ReformistInnen um die Kontrolle über die ArbeiterInnenorganisationen zu führen. Diese Haltung ist nicht weniger schädlich als das opportunistische, objektivistische Verhalten bei der Übernahme des Programms der Gewerkschaftsbürokratie.

c) Eine fehlende Einschätzung der objektiven Lage kann zu unterschiedlichsten Fehlern führen:

- Die Politik der Ablehnung des Kampfes bei Wahlen in bürgerlichen Demokratien,
- die Weigerung, in bürgerlichen Parlamenten zu arbeiten,
- die Ablehnung der Taktik der Einheitsfront zwischen revolutionären und reformistischen ArbeiterInnen,
- die Weigerung, die Möglichkeit von legaler Arbeit zu nutzen,
- die Politik des individuellen Terrors oder die Politik von vorweg genommenen bewaffneten Aktionen als vermeintliches Revolutionsfanal für die Massen, ohne sie vorher gewonnen zu haben,
- die Politik, den Arbeitermassen das revolutionäre Programm als Ultimatum vorzusetzen, und falls es nicht angenommen wird, dem Entzug der Unterstützung von RevolutionärInnen für den gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnenklasse.

Alle diese Fehler kommen aus der idealistischen Uneinsichtigkeit für die wirklichen objektiven Zusammenhänge, die den Klassenkampf ausmachen. Eine revolutionäre Richtung, die diese Irrtümer nicht überwinden kann, wird sich niemals mit den Massen verbinden können, nie das revolutionäre Programm in wirksame Agitation umwandeln und wird unabwendbar zu einer isolierten Sekte degenerieren, die Kämpfe nur als

Zuschauer kommentiert, aber von wirklichem revolutionären Handeln getrennt ist.

25. In seiner berühmten Streitschrift „*Was tun?*“ argumentiert Lenin, dass das Klassenbewusstsein sich nicht spontan im Proletariat vollzieht als Folge des gewerkschaftlichen ökonomischen Kampfes der ArbeiterInnen gegen ihre UnternehmerInnen über Lohn und Arbeitsbedingungen, was Engels „*Widerstand gegen die Kapitalisten*“ genannt hat. Dies betitelte Lenin als „*Nur-Gewerkschafterei*“, ein Ringen um die Bedingungen für die Ausbeutung der ArbeiterInnen. Der politische Ausdruck dieses ökonomischen Kampfes ist laut Lenin Gewerkschaftspolitik, ein reformistisches Trachten nach besseren Bedingungen innerhalb der herrschenden bürgerlichen Produktionsweise: „*Aber die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie, sie verläuft eben nach dem Programm des Credo (Programm der Nachtrabrichtung in der russischen Sozialdemokratie – die Redaktion), denn spontane Arbeiterbewegung ist Trade-Unionismus, ist Nur-Gewerkschafterei, Trade-Unionismus aber bedeutet eben ideologische Versklavung der Arbeiter durch die Bourgeoisie. Darum besteht unsere Aufgabe, die Aufgabe der Sozialdemokratie, im Kampf gegen die Spontaneität, sie besteht darin, die Arbeiterbewegung von dem spontanen Streben des Trade-Unionismus, sich unter die Fittiche der Bourgeoisie zu begeben, abzubringen und sie unter die Fittiche der revolutionären Sozialdemokratie zu bringen.*“ (7)

26. Dieses Konzept war keine Erfindung von Lenin, keine „avantgardistische“ Revision eines „spontaneistischen“ Marx, sondern leitet sich unmittelbar aus der Marxschen Analyse der Wurzeln der Herrschaft der bürgerlichen Ideologie über die ArbeiterInnenklasse ab.

27. Im Kapital zeigte Marx, wie die formale Gleichheit des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital – die scheinbare gesetzliche Gleichheit der Parteien im Arbeitsvertrag – das

ausbeuterische Wesen des Kapitals verhüllt. Das ist nichts mehr als die natürliche Ausdehnung der Marxschen Theorie vom Fetischcharakter der Waren im einfachen Warentausch wie dem von gefertigten Gütern hin zum „Austausch“ der ProletarierInnen mit den KapitalistInnen, dem Verkauf ihrer Ware, der Arbeitskraft, im Tausch mit dem Lohn. Die scheinbar gleichen Bedingungen des Verkaufs sind nur eine fetischisierte Erscheinungsform, die das wirkliche Ausbeutungsverhältnis verschleiert. Doch die fetischisierte Erscheinungsform hat nichtsdestotrotz eine wirkliche objektive Grundlage: die kapitalistische Produktionsweise, die auf einer verallgemeinerten Warenproduktion und dem Warentausch beruht. Im Fall des Lohnarbeit-Kapital-Verhältnisses ist dieser Warentausch der Lohnvertrag, die Zustimmung des Proletariers, für eine bestimmte Periode für eine Kapitalistin oder einen Kapitalisten zu arbeiten.

28. Marx erklärte, dass seine Entdeckung des Geheimnisses der kapitalistischen Ausbeutung nicht von selbst die objektive Basis der bürgerlichen Ideologie beseitigt. *„Die späte wissenschaftliche Entdeckung, dass die Arbeitsprodukte soweit sie Werte, bloß sachliche Ausdrücke der in ihrer Produktion verausgabten menschlichen Arbeit sind, macht Epoche in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit, aber verscheucht keineswegs den gegenständlichen Schein der gesellschaftlichen Charaktere der Arbeit. War nur diese besondere Produktionsform, die Warenproduktion, gültig ist, dass nämlich der spezifische gesellschaftliche Charakter der voneinander unabhängigen Privatarbeiten in ihrer Gleichheit als menschliche Arbeit besteht und die Form des Wertcharakters der Arbeitsprodukte annimmt, erscheint, vor wie nach jener Entdeckung, den in den Verhältnissen der Warenproduktion Befangenen ebenso endgültig. als dass wissenschaftliche Zersetzung der Luft in ihre Elemente die Luftform als eine physikalische Körperform fortbestehn läßt.“* (8)

29. Marx' wissenschaftliche Entdeckung des Mehrwerts und des

Geheimnisses der kapitalistischen Ausbeutung beseitigte also keineswegs die Erscheinungsform der Gleichheit der gesetzlichen Parteien im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital. Reformismus und Gewerkschaftspolitik entstehen scheinbar natürlich aus dieser fetischisierten Erscheinungsform. *„Was die Produktaustauscher zunächst praktisch interessiert, ist die Frage, wie viel fremde Produkte sie für das eigene erhalten, in welchen Proportionen sich also die Produkten austauschen. (...) Die Bestimmung der Wertgröße durch die Arbeitszeit ist daher ein unter den erscheinenden Bewegungen der relativen Warenwerte verstecktes Geheimnis. Seine Entdeckung hebt den Schein der bloß zufälligen Bestimmung der Wertgrößen der Arbeitsprodukte auf, aber keineswegs ihre sachliche Form.“* (9)

30. Auf diese Art legte Marx die tiefsten und grundlegendsten Säulen der bürgerlichen Ideologie in der ArbeiterInnenklasse und ihrer Bewegung bloß. Es gibt auch andere Gründe: die Monopolisierung der Massenkommunikationsmittel durch die KapitalistInnen; das Anwachsen einer Arbeiteraristokratie in den imperialistischen Ländern, welche die Bourgeoisie mit den Superprofiten aus der Ausbeutung der halbkolonialen Länder zu bestechen versucht; den *„einfachen Grund, weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische Ideologie, weil sie vielseitiger entwickelt ist, weil sie über unvergleichlich mehr Mittel zur Verbreitung verfügt.“* (10) Selbst die „Ungleichzeitigkeit der Erfahrung“, auf die sich oft die AnhängerInnen von Tony Cliff berufen, spielt eine Rolle, wenngleich ihr Spontaneismus und die kurzsichtige Leugnung der Theorie der Arbeiteraristokratie diese Strömungen theoretisch bloßstellt und dazu beiträgt, eine gültige Beschreibung zu einer wertlose allgemeinen Theorie umwandeln.

31. Aus all diesen Gründen gilt, was Lenin sagte: *„Politisches Klassenbewusstsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen*

Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen.“ (11)

32. Im Gegensatz zu den Verleumdungen der ÖkonomistInnen und AnarchistInnen bedeutet dies nicht, dass das Proletariat nur eine klassenbewusste Bewegung unter der Diktatur von bürgerlichen Intellektuellen aufbauen kann. Dieses falsche Verständnis erklärt sich aus einer Missinterpretation von Lenin und Kautskys Kommentar über den geschichtlichen Ursprung der wissenschaftlichen sozialistischen Analyse. Kautsky bemerkte:

“In diesem Zusammenhang erscheint das sozialistische Bewußtsein als das notwendige direkte Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes. Das ist aber falsch. Der Sozialismus als Lehre wurzelt allerdings ebenso in den heutigen ökonomischen Verhältnissen wie der Klassenkampf des Proletariats, entspringt ebenso wie dieser aus dem Kampfe gegen die Massenarmut und das Massenelend, das der Kapitalismus erzeugt; aber beide entstehen nebeneinander, nicht auseinander, und unter verschiedenen Voraussetzungen. Das moderne sozialistische Bewußtsein kann nur erstehen auf Grund tiefer wissenschaftlicher Einsicht. In der Tat bildet die heutige ökonomische Wissenschaft ebenso eine Vorbedingung sozialistischer Produktion wie etwa die heutige Technik, nur kann das Proletariat beim besten Willen die eine ebensowenig schaffen wie die andere; sie entstehen beide aus dem heutigen gesellschaftlichen Prozeß. Der Träger der Wissenschaft ist aber nicht das Proletariat, sondern die bürgerliche Intelligenz (hervorgehoben von K.K.); in einzelnen Mitgliedern dieser Schicht ist denn auch der moderne Sozialismus entstanden und durch sie erst geistig hervorragenden Proletariern mitgeteilt worden, die ihn dann in den Klassenkampf des Proletariats hineintragen, wo die

Verhältnisse es gestatten. Das sozialistische Bewußtsein ist also etwas in den Klassenkampf des Proletariats von außen Hineingetragenes, nicht etwas aus ihm urwüchsig Entstandenes. Dem entsprechend sagt auch das alte Hainfelder Programm ganz richtig, daß es zu den Aufgaben der Sozialdemokratie gehöre, das Proletariat mit dem Bewußtsein (hervorgehoben von K.K.) seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen. Das wäre nicht notwendig, wenn dies Bewußtsein von selbst aus dem Klassenkampf entspränge.” (12)

33. Lenin unterstützte das, stellte aber besonders heraus: *“Dies heißt selbstverständlich nicht, daß die Arbeiter an dieser Ausarbeitung nicht teilnehmen. Abar sie nahmen daran nicht als Arbeiter teil, sondern als Theoretiker des Sozialismus, als die Proudhon und Weitling, mit anderen Worten, sie nehmen nur dann und soweit daran teil, als es ihnen in höherem oder geringerem Maße gelingt, sich das Wissen ihres Zeitalters anzueignen und dieses Wissen zu bereichern. Damit aber den Arbeitern dieses häufiger gelinge, ist es notwendig, alles zu tun, um das Niveau der Bewußtheit der Arbeiter im allgemeinen zu haben; ist es notwendig, daß die Arbeiter sich nicht in dem künstlich eingeengten Rahmen einer ‚Literatur für Arbeiter‘ abschließen, sondern daß sie es immer mehr lernen, sich die allgemeine Literatur zu eigen zu machen.“ (13)*

In diesem Zusammenhang ist es die Rolle der Partei, alle Unterschiede zwischen ArbeiterInnen und Intellektuellen in ihren Reihen zu verwischen, durch Forderung an die Intellektuellen, dass sie den Standpunkt der ArbeiterInnen einnehmen, und durch Ermutigung von militanten ArbeiterInnen. eine wissenschaftliche Weltanschauung und ein Programm anzunehmen, das auf der Einsicht in die Wechselwirkung aller Klassen in allen Ländern fußt und die Interessen der ArbeiterInnen nicht nur von heute, sondern auch der Zukunft beachtet.

34. Sobald Lenins Theorie sorgfältig untersucht und verstanden

worden ist, können wir sehen, wie falsch die Behauptungen von Tony Cliff seitens der britischen SWP sind, die von den Gründern des Komitees für eine Arbeiterinternationale Ted Grant und seinem Nachfolger Alan Woods in der „Internationalen Marxistischen Tendenz“ wiederholt wurden, dass, wenn wir Lenins Formulierung akzeptieren, „nur wenig von Marx“ Aussage übrig bliebe, dass „die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst ist.“ Im Gegenteil, Lenins Konzept verneint nicht die Wahrheit von Marx' Aussage, sondern füllt sie mit neuem Leben, indem er uns daran erinnert, dass unsere Selbstbefreiung ein bewusstes Handeln sein muss: *„Das beweist, dass jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des ‚bewußten Elements‘, der Rolle der Sozialdemokratie, zugleich – ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht – die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet.“* (14)

Teil 2: Aufbau der kommunistischen Partei

35. Der erste Grundsatz kommunistischer Organisation ist, dass die Form der Partei den geschichtlichen Aufgaben, *„den Bedingungen und dem Zweck ihre Tätigkeit“* (15) angepasst werden muss.

36. Unterschiede in den Kampfbedingungen der einzelnen Länder, unterschiedliche Grade an Legalität und Illegalität, ungleiche Aktivität der Klasse, die spezifischen Verbindungen der ArbeiterInnenklasse mit der Bauern- und Bäuerinnenbewegung, demokratische und nationale Fragen und vor allem die unablässigen Veränderungen der Gegebenheiten der kapitalistischen Gesellschaft und des proletarischen Widerstandes zwingen die Avantgarde der ArbeiterInnenklasse, die Organisation stets den gegebenen Bedingungen anzupassen. Kein Schema für den Aufbau, keine ideelle Form oder Struktur kann jemals als absolut richtig und unveränderlich betrachtet werden.

37. Dennoch besteht der Ausgangspunkt für KommunistInnen nicht nur in den Ungleichheiten und den Unterschieden der Kampfbedingungen, sondern auch in ihrer Einheit, der grundlegenden Gleichheit der Bedingungen des proletarischen Kampfes in allen Ländern und auf allen Entwicklungsstufen. Daher lässt sich doch eine gemeinsame, übertragbare Basis für die kommunistische Organisation ausarbeiten.

38. Niemand hat jemals zeigen können, wie eine revolutionäre Klasse ohne die Bildung einer Partei an die Macht kommen kann. Wie jede gesellschaftliche Bestrebung braucht auch der kollektive Kampf des Proletariats eine Führung. Der Aufbau der kommunistischen Partei muss daher auf ihrer grundlegenden Aufgabe aufbauen, die proletarische Revolution anzuleiten.

39. Die Voraussetzung für den Erfolg ist, dass die Partei auf einem revolutionären Programm basiert, dieses stets weiterentwickelt, die Aufgaben der Avantgarde korrekt begreift, eine stabile und effektive Führung aufbaut, einzelne Arbeitsbereiche absteckt und Untergruppen für diese einzelnen Kampfbereiche schult. Diese sollten unter Anleitung der Führung agieren, gut in gemeinsamen Aktionen kämpfen und es sollte versucht werden, sich so eng wie möglich mit der ArbeiterInnenklasse zu verbinden. Die Organisationsform, die diese Aufgaben am Erfolgversprechendsten zu bewältigen weiß, ist der demokratische Zentralismus.

40. 90 Jahre Entstellung von allen Seiten hat das Konzept des demokratischen Zentralismus in Misskredit gebracht – von Seiten der Bourgeoisie, der ReformistInnen, der AnarchistInnen und SpontaneistInnen, der OpportunistInnen und SektiererInnen aller Art. Dass sie erfolgreich bedeutende Sektionen der proletarischen Avantgarde gegen den demokratischen Zentralismus vereinnahmen konnten, liegt an folgenden zwei Hauptfaktoren:

a. Die durch ihre Klassenlage bestimmte Voreingenommenheit des Kleinbürgertums gegen kollektive Disziplin zugunsten seiner

„persönlichen Unabhängigkeit“ – selbst das Resultat der kleinbürgerlichen Lebenslage und seiner Angst, zwischen den politischen und sozialen Aktionen der gesellschaftlichen Hauptklassen zerrieben zu werden. Diese Zwischenschicht übt enormen Einfluss auf die besser gestellten Teile der Arbeiterklasse aus und spielt eine überdurchschnittlich große Rolle bei der Hervorbringung bürgerlicher Ideologie und Kultur.

b. Der kriminelle Missbrauch des Begriffs des demokratischen Zentralismus durch die stalinistische Bürokratie, sowohl in der alten UdSSR als auch aktuell im kapitalistischen China, um den bürokratischen Zentralismus eines totalitäres Regimes zu rechtfertigen, welches alle demokratischen Rechte, alle Debatten und Diskussionen, alle Versuche, die Handlung der Führung den Interessen und Wünschen der ArbeiterInnen unterzuordnen, mit Polizeiterror unterdrückt.

41. Im Gegensatz zu dieser Perversion beinhaltet der demokratische Zentralismus sowohl die volle interne Demokratie und Debatten um strittige Fragen als auch disziplinierte gemeinsame Aktionen zur Durchführung der Parteibeschlüsse. Diese zwei Elemente sind nicht als getrennte, künstlich nebeneinander existierende Faktoren zu betrachten, sondern als wirkliche Synthese aus Zentralismus und ArbeiterInnendemokratie. Der einzige Weg, wie dies erreicht werden kann, ist durch kontinuierliche kollektive Aktivität der ganzen Partei.

42. Bürgerliche Parteien nehmen typischerweise eine Form an, welche auf einer Trennung der Führungsschicht, bestehend aus Funktionären, von einer passiven Basis beruht. Dieses Modell wurde nach und nach von der nicht-revolutionären ArbeiterInnenbewegung, den SozialdemokratInnen, StalinistInnen und mehr und mehr zentristischen Organisationen übernommen. Formale Demokratie (wo sie überhaupt toleriert wird) ist nicht ausreichend, um die negativen Auswirkungen dieser Trennung zu überwinden. In solchen Parteien wird die

zentralistische Disziplin unweigerlich nur von den FunktionärInnen über die Mitglieder ausgeübt, niemals andersherum.

43. Des Weiteren kann Zentralisation nur auf der Basis konstanter gemeinsamer Aktivität, im Kampf der ganzen Partei, von allen Kämpfenden als unabdingbares Mittel begriffen werden, um ihre Arbeit effektiver zu machen und um den Einfluss der Parteiaktion als Ganzes zu verstärken. Formale Demokratie wird aus diesem Grund niemals ausreichen, um wirkliche Solidarität und Zusammenarbeit zu etablieren, die nötig ist, um Zentralismus nicht zu künstlichem Zwang verkommen zu lassen, sondern daraus ein wertvolles Werkzeug für jedes Parteimitglied zu formen.

44. Angesichts der Bürokratisierung der Zweiten Internationale und der Weise, wie ihr Niedergang in Richtung Klassenkollaboration und Sozialchauvinismus durch die Vorherrschaft einer Kaste von FunktionärInnen in ihrer führenden Partei, der deutschen SPD, beschleunigt wurde, zog die Kommunistische Internationale daraus den Schluss, dass eine Grundvoraussetzung und Basis für effektiven demokratischen Zentralismus die Verpflichtung aller KommunistInnen ist, Parteiarbeit zu leisten. Dieses Prinzip war nicht nur eine allgemeine Norm, sondern auch von aktueller Bedeutung für die Aufgabe der Komintern, die von der Zweiten Internationale weg brechenden Parteien zu integrieren und zu revolutionieren. Vor allem war dies wichtig gegenüber jenen Parteien, die ihre Zugehörigkeit zur Komintern bekundeten, aber den Transformationsprozess zu einer revolutionären Avantgardepartei noch nicht abgeschlossen hatten.

45. Die Komintern proklamierte daher unzweideutig: *„Eine kommunistische Partei soll also in ihrem Bestreben, nur wirklich aktive Mitglieder zu haben, von einem jeden in ihren Reihen fordern, dass er seine Kraft und Zeit, soweit er selbst darüber überhaupt unter den gegebenen Verhältnissen disponieren kann, zur Verfügung seiner Partei stellt und immer*

sein Bestes für diesen Dienst hergibt.“ (16) Die Bedingungen für die Parteimitgliedschaft waren daher die Verpflichtung zum Kommunismus (Zustimmung zum Parteiprogramm), formelle Aufnahme (evtl. zuerst als KandidatIn), regelmäßige Beitragszahlung, Abnahme der Publikationen der Partei und, „als Wichtigstes“, Teilnahme jedes Mitglieds an der täglichen Parteiarbeit.

46. Um diese Anforderung sinnvoll in die Praxis umzusetzen, muss die Parteiführung versuchen, die zur Verfügung stehenden Ressourcen best möglich auszuschöpfen, die „Kunst“ erlernen, *„im proletarischen Klassenkampf alles und alle auszunützen“*, durch Aufteilung und Anleitung der Arbeit unter ausnahmslos allen Parteimitgliedern. Nur so können die Bemühungen der Mitglieder dahingehend geleitet werden, mehr ArbeiterInnen und Jugendliche in die revolutionäre Bewegung zu ziehen und dabei *„die Führung über die gesamte Bewegung fest in den Händen zu halten, nicht kraft der Macht, sondern kraft der Autorität, also kraft der Energie, der größeren Erfahrung, der größeren Vielseitigkeit, der größeren Fähigkeit.“* (17)

47. Jedes Parteimitglied sollte daher einer kleinen Arbeitsgruppe zugeteilt sein, um die von der Partei auf diese Gruppen aufgeteilte Arbeit mit voran zu bringen. Aufgaben könnten sein: die Verteilung und der Verkauf der Publikationen, Plakatieren, Parteibeschlüsse mit den Mitgliedern und Unterstützern zu diskutieren, Lern- und Diskussionsgruppen organisieren und vorbereiten, individuelle Diskussionen mit Kontakten führen und Propaganda im Stadtteil. Mehr spezialisierte Gruppen sollten für die Beobachtung anderer Parteien und Organisation, OrdnerInnen und Schutz auf Demonstrationen, Spendensammeln, Publikation der Parteizeitung, theoretische Arbeit, Betreuung der elektronischen Kommunikation und, was wir im 21. Jahrhundert hinzufügen können, die Betreuung der Homepage, zuständig sein.

48. Kleingruppen dieser Art sollten auch gegründet werden, um tägliche kommunistische Arbeit am Arbeitsplatz, an Unis und Schulen, in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, unter der

Bauern- und Bäuerinnenschaft und dem Militär zu leisten. Wenn es einer kleinen Gruppe gelingt, mehr AktivistInnen an die kommunistische Bewegung zu binden, kann die Gruppe zu einer Kommission ausgeweitet werden, deren Arbeit von einer kleineren Gruppe koordiniert und geleitet wird.

49. Wo es den KommunistInnen nützlich erscheint, eine breitere Opposition zu formieren, wie z.B. am Arbeitsplatz, um eine Alternative zu den klassenkollaborationistischen BürokratInnen aufzubauen, sollten die KommunistInnen stets ihre eigene Gruppierung bestehen lassen und die Führung der Bewegung anstreben. Während gemeinsame Abkommen für die Aktionen und Kämpfe angestrebt werden, muss die eigene Propaganda der KommunistInnen als kommunistisch bestehen bleiben – in der Verständlichkeit an die LeserInnen angepasst, aber absolut ehrlich in Bezug auf das Programm der Partei und die revolutionären Ziele.

50. Zusätzlich zu der Arbeit in diesen kleinen Gruppen sollten alle Mitglieder verpflichtet sein, an allgemeinen Mitgliederversammlungen aller Parteimitglieder einer bestimmten Gegend teilzunehmen. Diese sollten ebenfalls durch eine kleine damit beauftragte Arbeitsgruppe gut vorbereitet werden.

51. Wenn eine existierende Partei oder ein Teil einer Partei mit dem Reformismus oder Zentrismus bricht und der revolutionären Partei beitreten möchte, ist die Aufgabe nicht, die alte Struktur aufzulösen und sofortige Anpassung an das eigene, für sie unerprobte Strukturmodell zu fordern, was die Arbeit der Partei nur durcheinander bringen würde. Vielmehr muss die kommunistische Führung die bestehende Struktur Schritt für Schritt zu einem effektiven Instrument für den revolutionären Kampf entwickeln.

52. Die Aufgabe der Parteiführung ist nicht nur, die Partei theoretisch, perspektivisch und programmatisch korrekt anzuleiten. Sie muss vielmehr permanent auf die Parteiarbeit

Einfluss nehmen und diese anführen. Dies beinhaltet die Verteilung der Aufgaben auf die Mitglieder, Hilfestellung zur effektiven Bewältigung dieser, sowie die Schulung der GenossInnen in Marxismus und praktischer Arbeit. Außerdem muss dies die schwierige Aufgabe beinhalten, Schwächen und Verbesserungsmöglichkeiten zu erkennen und Fehler aller Teile der Partei – inklusive der Führung selbst – zu analysieren.

53. Ohne Frage ist die Parteiführung ohne die Etablierung eines systematischen Berichtswesens nicht fähig, die Stärken und Schwächen der Parteiarbeit einzuschätzen, eine effektive Leitung für die GenossInnen zu geben, fruchtlose Arbeitsbereiche aufzugeben und neue Initiativen zu starten, um aufkommende Möglichkeiten aufzugreifen und die Arbeit effektiv aufzuteilen. Deshalb ist die Berichterstattung Aufgabe eines jeden Mitglieds, jeder Arbeitsgruppe, jeder Kommission und jeder allgemeinen Mitgliederorganisation. Die darin einbegriffene Dezentralisation der Verantwortung ist sowohl die logische Konsequenz aus einer zentralisierten Führung, als auch ein wichtiges Korrektiv für diese.

54. Jedes Individuum und jede Gruppe sollte der Parteiorganisation berichten, unter deren Anweisung und Leitung sie arbeitet. Das Ziel ist zeitnahe, kurze und faktische Informationen über die Arbeit der GenossInnen, die Arbeitsumstände, die Erfolge und den Fortgang der zugewiesenen Aufgaben, sowie die Einschätzung der Meinungen und „Stimmungen“ der Massen, die Haltung und das Auftreten der GewerkschaftsführerInnen, die Aktivitäten der ReformistInnen, ZentristInnen und kleinbürgerlichen Organisationen bereitzustellen. Die Partei als Ganzes ist ebenso verpflichtet, regelmäßig an die Internationale zu berichten.

55. *„Es ist wichtig, die Berichterstattungspflicht so systematisch durchzuführen, dass sie sich als beste Tradition in der kommunistischen Bewegung einwurzelt.“* (18) Die Etablierung eines funktionierenden Berichtswesens ist kein kleines Detail, sondern ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal

zwischen einer professionellen revolutionären Arbeit und spontaner, unzusammenhängender und amateurhafter Aktivität. Dies gilt umso mehr für die Pflicht der Führungen, effektiv und rechtzeitig an die Partei zu berichten.

56. Wie Lenin mehrfach beobachten musste, ist die Entwicklung der Avantgardepartei von einer spontanen, behelfsmäßigen Organisationsstruktur zu einer professionellen Organisation nicht in einem Sprung zu schaffen, sondern an sich ein harter Kampf gegen Desorganisation, Unerfahrenheit und Amateurhaftigkeit. Dieser Kampf kann nicht zum Erfolg führen, wenn nicht eine bewusste Spezialisierung der GenossInnen in einzelne Arbeitsbereiche erfolgt. Eine wirkliche Arbeitsteilung muss in der Partei etabliert werden.

57. Widerstand gegen diese Art der Aufteilung und Spezialisierung der Arbeit rührt von den Vor-Parteistadien der proletarischen Organisation her und ist typisch für Sekten und kleine, relativ von der Masse isolierte Propagandagruppen. Die Ansicht, jeder könnte und sollte einen kleinen Teil von allem übernehmen, stammt aus der Kleinproduktion und entspringt daher, – genau wie die Tradition der Sekten allgemein – nicht der modernen Art der Produktion und des Klassenkampfes, sondern der handwerklichen Vergangenheit des Proletariats. Wie der Bedarf an einer revolutionären Organisation überhaupt, ganz zu schweigen von der Notwendigkeit harter Klassenkampfmethoden, kann die Notwendigkeit der proletarischen Avantgarde, ihre Arbeit aufzuteilen, nicht innerhalb der Klassengesellschaft abgeschafft werden. Es ist eine Bedingung für effektive gemeinschaftliche Arbeit – inklusive der Arbeit für die Revolution.

58. So werden einige AktivistInnen der Partei in Agitationsaufgaben spezialisiert werden, andere werden grundlegende Organisationsarbeit übernehmen und viele werden sich in definierten praktischen Aufgabenbereichen spezialisieren. Notwendigerweise weniger werden sich, aufgrund

des dafür notwendigen Wissens- und Erfahrungsschatzes auf die Propagandaproduktion (viele Ideen für wenige) und der politischen Leitung der Partei konzentrieren. Die Kunst der revolutionären Führung liegt darin, die richtigen Personen für die richtige Aktivität auszusuchen.

59. Diese Aufteilung der Arbeit verringert in keinem Fall die Pflicht eines/r jeden KommunistIn den Marxismus als theoretisch-wissenschaftliches Werkzeug zu studieren und die aktuelle Tagespolitik zu verfolgen. Ebenso wenig enthebt es die Führung der Aufgabe, die Schulung der Mitglieder systematisch voranzubringen. Intensive Schulung, Vertrautheit mit der Doktrin des proletarischen Kampfes, Kenntnis des Parteiprogramms und der programmatischen Fehler anderer Gruppen – all dies ist essenziell, wenn Teile der Partei fähig sein müssen, innerhalb ihrer zugeteilten Bereiche die Führung zu übernehmen. Ein Scheitern im Organisieren der Schulung lässt die proletarische Organisation in das sozialdemokratische Modell degenerieren, welches sich aus einer passiven Masse der Mitglieder, welche von einer aktiven, geschulten Funktionärsschicht geleitet wird, zusammensetzt.

60. Besonderes Augenmerk muss darauf gelegt werden, dass die Aufteilung der Arbeit innerhalb der Partei nicht die Unterdrückungsmechanismen des Kapitals in Bezug auf soziale Unterdrückung, sexistische oder rassistische Diskriminierung in der kapitalistischen Arbeitsteilung wiederholt, sondern diese systematisch bekämpft. So muss z.B. die stereotype Zuweisung organisatorischer Aufgaben an Frauen, die mangelnde Anerkennung der intellektuellen Entwicklung von Minderheiten und der Jugend, die systematische Unterordnung der sozial Unterdrückten unter die Mitglieder der dominierenden Nationalitäts- oder Geschlechtergruppe sowie die Bevormundung von ArbeiterInnen durch Intellektuelle aktiv identifiziert und als grundlegend gefährlich für die Entwicklung der proletarischen Partei anerkannt werden.

61. Die proletarische Partei sollte ihre Aktivität primär auf

die großen Städte und Zentren der ArbeiterInnenklasse fokussieren. Die Partei sollte ihre Aktivität erst bis in die ländlichen Regionen und Bauernschaft hinein ausbauen, wenn eine gefestigte Basis in den städtischen Zentren geschaffen ist. In jeder Region sollten die Parteigruppen darauf achten, ihre Kräfte nicht zu früh zu zersplittern, womit sie ihren Einfluss verringern und ihre Kader verheizen, sondern primär daran arbeiten, in einer Region tiefe Wurzeln für den Kommunismus zu schaffen und ihre geographischen Einflussgebiete erst auszuweiten, wenn die kommunistische Führung durch den Einfluss der Partei in einer Gegend demonstriert werden kann. Geographische Parteieinheiten sollten nur geteilt werden, wenn sie zu groß sind, um effektive Mitgliederversammlungen zu machen oder wenn die Vielseitigkeit der Aufgaben in einem konkreten Milieu es erforderlich macht.

62. Die Partei sollte eine zu schematische Hierarchie vermeiden. Die Komintern hielt dazu fest: *„Um eine möglichst große Zentralisation der Parteitätigkeit zu erreichen, ist es nicht zweckmäßig, die Parteiführung in eine schematisch Hierarchie mit vielen ineinander vollständig untergeordneten Stufen zu zergliedern.“* (19) Stattdessen sollten regionale Komitees die Arbeit der Ortsgruppen in städtischen Zentren und abgelegenen Kleinstädten beobachten und koordinieren. Ortsgruppenkomitees sollten von den Ortsgruppentreffen gewählt werden. Die Mitglieder der regionalen Komitees sollten von Versammlungen aller Mitglieder der Ortsgruppen dieser Gegend gewählt und von der zentralen Parteiführung bestätigt werden. Dieses Prinzip der Wahl von Leitungen sollte gewahrt werden, wo immer es legal möglich ist.

63. Das Zentralkomitee sollte von der ganzen Partei gewählt werden – normalerweise auf einem Jahreskongress durch von den Ortsgruppen gewählte Kongressdelegierte – und sollte der ganzen Mitgliedschaft verantwortlich sein. Zwischen den Kongressen sind die Beschlüsse des Zentralkomitees für alle

Mitglieder und Parteiorganisationen bindend. Das Zentralkomitee sollte nach Möglichkeit die ganze Breite der Erfahrungen der Partei abdecken und Mitglieder aus unterschiedlichen geographischen Lagen, Industrien, Aktionsfeldern, Geschlechtern, Altersgruppen, Ethnien und Nationalitäten einschließen. Wichtige vorhandene Meinungen innerhalb der Partei sollten adäquat im Zentralkomitee repräsentiert sein.

64. Ein kleineres Exekutivkomitee sollte durch das Zentralkomitee gewählt werden und für die tägliche Arbeit der Partei verantwortlich sein. Im Idealfall sollte dies Hauptamtliche der Partei beinhalten und fähig sein, sich regelmäßig zu treffen. So weit möglich sollte dies eine politisch homogene Gruppe sein, die die Mehrheitsmeinung der Partei repräsentiert und für deren Umsetzung verantwortlich ist. Die Aufgabe der Leitung ist nicht nur die Entwicklung allgemeiner politischer und programmatischer Stellungnahmen, die Produktion und Verbreitung der Publikationen und der elektronischen Kommunikation, sondern auch für die Umsetzung angenommener Beschlüsse zu sorgen, die Arbeit anzuleiten und die Partei vor politischen Angriffen zu schützen.

65. Die nationale Partei als Ganzes, sollte unter der Führung einer Weltpartei stehen bzw. eine Sektion einer Weltpartei sein. Ihre Beschlüsse sollten der Zustimmung der internationalen Exekutive der Internationale unterliegen. Beschlüsse der Internationale sollten für die nationalen Parteien bindend sein.

Teil 3: Kommunistische Propaganda und kommunistische Agitation

66. Die Ideen, die von KommunistInnen verbreitet werden, müssen kommunistische Ideen sein. Alle Versuche, nicht-revolutionäre, nicht-kommunistische Programme oder Argumente „für einen taktischen Vorteil“ zu verbreiten, um

Frontorganisationen oder Wahlplattformen auf nicht-revolutionärer Politik zu schaffen oder um die Ziele der proletarischen Partei vor der Arbeiterklasse zu verschleiern, sind ipso facto opportunistisch und stellen kurzfristige Vorteile über die allgemeinen Interessen der ArbeiterInnenklasse und des Sozialismus.

67. Propaganda ist die Verbreitung einer großen Zahl von Ideen an eine oder wenige Personen. Agitation ist die Verbreitung einer oder weniger Ideen an eine breitere Masse von Personen. Ohne Propaganda: Keine Kader, keine Erneuerung der Leitung, keine fundierte proletarische Meinungsbildung, keine gelebte Demokratie in der Partei. Ohne Agitation: Kein Dialog mit den Massen, keine Wechselbeziehung kommunistischer Ideen mit dem täglichen Kampf der Avantgarde, keine Gewinnung neuer Schichten für die Partei, kein Eindringen der Parteislogans in das Bewusstsein der breiten Massen der Bevölkerung.

68. Es ist ein klares Zeichen des Rückfalls in Opportunismus, die Unterscheidung zwischen Agitation und Propaganda so aufzufassen, dass das Erste einen Aufruf zu konkreter Aktion beinhalten muss, wohingegen letzteres dies nicht muss. Der Grund dafür ist, dass jeder Aspekt der kommunistischen Parteiarbeit, ihrer TheoretikerInnen, ebenso wie ihrer PropagandistInnen und AgitatorInnen, sowohl ein Versuch sein muss, das Bewusstsein der Massen zu erweitern als auch die revolutionäre Aktivität der Massen auszudehnen und zu vertiefen.

69. Die Kampagne gegen die Welthandelsorganisation (WTO) kann hier als Beispiel dienen. Marxistische TheoretikerInnen brachten Analysen zur Rolle der WTO hervor und beleuchteten dabei die betrügerische Natur von „Freihandelsabkommen“. Dabei wiesen sie besonders auf ihren Effekt auf die halbkoloniale Welt hin, um aufzuzeigen, wie sie die Überausbeutung der Halbkolonien durch die imperialistischen Mächte wieder verstärkten und wie dies die allgemeine Natur des imperialistischen Weltsystems als Kapitalismus im Niedergang

ausdrücke. In einer Reihe von Artikeln für die Parteipresse und ihre Webseiten erklärten die PropagandistInnen diese Analyse und führten weitere konkrete Beispiele an, um die imperialistische Natur der WTO bloßzulegen und zu zeigen, dass sie nicht reformiert, sondern abgeschafft werden muss. Die ParteiagitatorInnen hingegen bedienten sich primär der gesprochenen Sprache und kurzer Flugblätter. Darin nahmen sie ein bis zwei Beispiele ruiniertes KleinproduzentInnen in Afrika und der schrecklichen Bedingungen der Überausbeutung der ArbeiterInnen in Fabriken in Bangladesch und China her, um diese in Kontrast zu den riesigen Profiten der multinationalen Konzerne und der imperialistischen Bourgeoisie als Folge der strengen Handelsvorschriften durch die WTO zu stellen. Sie bezogen sich auf die zu Recht tief sitzende Empörung der ArbeiterInnen und Jugend gegen die Ungerechtigkeit der WTO und des imperialistischen Systems. Alle drei, TheoretikerInnen, PropagandistInnen und AgitatorInnen, unterstützten den Aktionsaufruf der MarxistInnen: beim nächsten Treffen der Welthandelsorganisation kämpferisch für die Abschaffung der WTO und des Kapitalismus selbst zu protestieren.

70. Der Einfluss kommunistischer Agitation und Propaganda zur Erweiterung und Revolutionierung des Bewusstseins und der Aktivität der Massen erfordert die größtmögliche Aufmerksamkeit der Partei. Die Auswahl von Slogans, die Entwicklung von Argumenten und die Annahme von Positionen zu politischen Fragen dürfen nicht zur Routine verkommen, sondern müssen vor diesem Hintergrund bewertet werden. Die Führung muss dafür sorgen, dass die ganze Partei über den Inhalt der Slogans, Forderungen und Positionen der Partei informiert ist.

71. Kommunistische Propaganda und Agitation muss bewusst an das revolutionäre Verständnis anknüpfen und die Entwicklung der ArbeiterInnen fördern, deren Weg zum Klassenbewusstsein und Verständnis von Kommunismus gerade erst beginnt. Das Programm und das Weltbild müssen zugänglich gemacht und revolutionäre Ideen popularisiert werden, ohne sie zu

banalisieren oder ihren Horizont zu schmälern. Die Komintern erklärte dazu:

„Die kommunistische Propaganda mit ihren Losungen soll in den verschiedenen Situationen die keimenden, unbewussten, unvollständigen, schwankenden und halbbürgerlichen Revolutionierungstendenzen in seinem Gehirn (dem des Arbeiters – Anm. d. Red.) in dem inneren Ringen gegen die bürgerlichen Tendenzen und Werbungen unterstützen.“ (20)

72. Die Hauptformen der Propaganda und Agitation der proletarischen Partei sind: Produktion und Verteilung der Parteipresse und Flugblätter, Verbreitung der elektronischen Kommunikation, Intervention in den Kämpfen der Gewerkschaften, dem politischen Kampf der ArbeiterInnen und sozialen Bewegungen, Diskussionen mit Individuen (durch Straßenagitation mit Büchertischen, Postern, Petitionen, Megafonen, öffentlichen Versammlungen). Propaganda darf nicht nur unter der Oberschicht der ArbeiterInnenklasse verbreitet werden – wie von Opportunisten stets bevorzugt – sondern auch unter den schlecht bezahlten, städtischen Armen, der Jugend, Frauen und nationalen und ethnischen Minderheiten. Spezielle Publikationen und Übersetzungen in Sprachen von Minderheiten müssen hierfür produziert werden.

73. Es ist ein Kardinalfehler für die Avantgardepartei, sich selbst mit Propaganda für die Revolution zu befriedigen, während sie sich passiv von täglichen und somit begrenzten Teilkämpfen der ArbeiterInnen fernhält. Es gibt eine Tendenz, welche bereits den russischen SozialdemokratInnen begegnete, als sie begannen, sich von Propagandazirkeln auf offenere Agitation in Fabriken zu konzentrieren, nämlich, dass jene, die in der Periode der Propagandazirkelexistenz politisiert wurden, auf den Kampf der ArbeiterInnen für kleine Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und des Lebensstandards hochmütig herabblickten. Stattdessen müssen KommunistInnen an den Kämpfen der ArbeiterInnen teilnehmen, um sich so eng wie möglich mit dem Leben der Lohnabhängigen zu verbinden und mit

den praktischen Fragen beschäftigen, die in der Bewegung aufkommen. Nur durch diesen Weg werden sich die KommunistInnen von den zentristischen und reformistischen Parteien abheben, von „den überlebten sozialistischen reinen Propaganda- und Werbeparteien, deren Aktivitäten sich im Sammeln von Mitgliedern, im Reden über Reformen und im Ausnutzen parlamentarischer Unmöglichkeiten erschöpft“ (21) haben.

Kapitel 4: Kommunistische Organisationen im Vorparteienstadium

74. Eine revolutionäre Partei entsteht durch die Fusion des Kommunismus mit der ArbeiterInnenbewegung. Dort, wo noch keine revolutionär-kommunistische Partei existiert, besteht die erste Aufgabe der KommunistInnen darin, für den Aufbau einer solchen zu kämpfen. Daher ist es dort die Pflicht der KommunistInnen, ihre Kräfte in einer kämpferischen Parteaufbauorganisation zu vereinen.

75. Diese Fusion von Kommunismus und ArbeiterInnenbewegung kann nicht vonstatten gehen, wenn der Kommunismus bereits durch die Anpassung an bürgerliche oder kleinbürgerliche Ideologien verstümmelt worden ist. Die erste Aufgabe einer kommunistischen Parteaufbauorganisation, die Vorbedingung ihres Erfolgs bei der Schaffung einer proletarischen Partei, muss daher die Verteidigung des Marxismus vor den unaufhörlichen Versuchen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen IdeologInnen sein, den wissenschaftlichen Sozialismus zu revidieren und somit seines revolutionären Inhalts zu berauben. Daher ist die Verteidigung des Marxismus mit dem Mittel der Polemik gegenüber allen Varianten des Revisionismus, Reformismus, Zentrismus, Ökonomismus/Chwostismus, Stalinismus, Maoismus, Populismus, Postmodernismus, Syndikalismus, Opportunismus, des Sektierertums und des Anarchismus eine der allerersten Aufgaben der kommunistischen Parteaufbauorganisation.

76. Nicht minder zentral in den ersten Phasen des Kampfes für eine proletarische Partei und in der Tat ein wichtiger Bestandteil dieses Kampfes ist es, den Marxismus auf die aktuellen Gegebenheiten antworten können zu ertüchtigen, aufzuzeigen, wie er es durch seine logische Überlegenheit schafft, die Massen in ihrem Kampf zu führen. Daher dürfen KommunistInnen – so entscheidend dies auch sein kann – weder nur auf einer abstrakten Ebene den Marxismus verteidigen, noch sich darauf beschränken, ihn bloß vor der revisionistischen Missinterpretation und Falschdarstellung zu beschützen. Wir müssen ebenso ein marxistisches Programm ausarbeiten, weiterentwickeln und eine klare Strategie für die arbeitende Klasse aufstellen.

77. Dieses Programm muss eine marxistische Analyse der globalen kapitalistischen Verhältnisse und eine korrekte Einschätzung der Dynamik der globalen politischen Entwicklungen als Ausgangspunkt nehmen und eine Reihe miteinander verbundener Forderungen, die es vermögen, die täglichen Kämpfe der arbeitenden Klasse und der unterdrückten Völker mit dem Kampf für die soziale Revolution zu verbinden, aufstellen. Sobald die KommunistInnen es geschafft haben, dies in Form eines internationalen Programms auszuarbeiten, besteht die Aufgabe der KommunistInnen in den jeweiligen Ländern darin, ein analoges Programm, spezifisch für die jeweiligen Nationen auszuarbeiten. In spezifischen Kämpfen, einzelnen Teilen der Industrie und für die unterschiedlichen Sektoren der kämpfenden Massen werden KommunistInnen auch konkret auf die jeweilige Situation fokussierte Aktionsprogramme entwickeln, wobei sie als Ausgangspunkt immer die globale Situation und das vereinende Ziel der proletarischen Weltrevolution zum Ausgangspunkt nehmen werden.

78. Die Verteidigung des Marxismus als Lehre vom Klassenkampf des Proletariats und seine kreative Umlegung auf die aktuellen Gegebenheiten mittels der Weiterentwicklung des revolutionären Programms sind absolute Vorbedingungen für eine kommunistische

Parteiaufbauorganisation, um ihr Ziel zu erreichen. Ohne eine gefestigte Grundlage wissenschaftlich sozialistischer Ideen und ohne ein passendes Programm für die aktuellen Bedingungen werden die Fusion der ArbeiterInnenbewegung mit dem Kommunismus und somit auch der Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei unmöglich sein.

79. Diese Aufgaben bestimmen die Entwicklung einer kommunistischen Parteaufbauorganisation. Unabhängig davon, ob die kommunistische Gruppe 10 oder mehrere 100 Mitglieder hat, braucht sie eine strenge und bestimmte Prioritätensetzung, um diese Aufgaben zu erfüllen. Das bedeutet, dass es notwendig ist, den Schwerpunkt auf die Produktion und Verteilung eines breiten Angebots an revolutionären Ideen zu legen, die gezwungenermaßen anfangs an nur relativ wenige Menschen gerichtet werden können. Daher wird sich der Großteil der Arbeit der kommunistischen Parteaufbauorganisation um Propaganda drehen. Die kommunistische Parteaufbauorganisation ist also eine kämpfende Propagandagruppe. Ihre ersten Aufgaben sind die Ausarbeitung und Verbreitung kommunistischer Literatur, die Organisation regelmäßiger, tiefgehender Diskussionsveranstaltungen für ArbeiterInnen und Jugendliche und das systematische Betreiben individueller Propaganda.

80. Dieser Fokus auf Propaganda, die Verbreitung einer weiten Bandbreite an Ideen unter relativ Wenigen und die strenge Prioritätensetzung sind nicht dazu gedacht, eine kleine Gruppe zu Isolation und Unfähigkeit zu verdammen, sondern diese so schnell und effektiv es die Umstände erlauben zu überwinden.

81. Als Propagandagruppe frühzeitig zu erklären, man sei bereits die ArbeiterInnenpartei wäre eine idealistische Abweichung, ein Fehler der schlimmsten Sorte. Es würde bedeuten, dass die KommunistInnen sich mit der Stärke ihrer Ideen an sich schon zufrieden geben und sich daher selbst als Führung des Proletariats deklarieren, ohne sich zuvor dazu herablassen zu müssen, ihre Lehre mit den fortschrittlichsten und kämpferischsten Teilen des Proletariats zu verbinden.

82. Dieser Fehler manifestiert sich für gewöhnlich in Form der Deklaration einer Mini-Massen-Partei. Die Parteaufbauorganisation versucht hierbei, die Phase der fokussierten Propaganda zu überspringen, entweder, weil sie dazu nicht fähig ist oder aus Ungeduld. Meistens tut diese Organisation dann so, als wäre sie eine Partei, krampfhaft darum bemüht, die UnterstützerInnen der Gruppe von der wirklichen Massenbewegung außerhalb der eigenen Reihen fernzuhalten, um so vor ihnen zu verbergen, dass man selbst keinerlei Einfluss hat und obendrein auch noch klein ist. Durch ihre hauptsächlich oberflächliche, von den realen Klassenkräfteverhältnissen bzw. der politischen Entwicklung losgelöste Agitation, entwickelt die Organisation unvermeidbar vulgäre politische Positionen mit sektiererischen und sogar kultartigen Merkmalen. Derartig abgeschnitten von der breiteren nicht-kommunistischen Arbeiterbewegung kann die revolutionäre Schulung der Mitgliedschaft ab einem gewissen Punkt nicht mehr weitergeführt werden, die Mitgliedschaft kann die Prognosen der Führung nicht mehr auf ihre Richtigkeit überprüfen, bestätigen oder kritisieren und somit auch nicht die Organisation umorientieren. Solch eine Organisation kann daher entweder bei gleichbleibender Mitgliedschaft verknöchern oder eine rasche Fluktuation der Mitglieder haben; beides führt dazu, dass sie nicht in der Lage ist, den Kommunismus mit der tatsächlichen Arbeiterklasse zu verbinden.

83. Gleichzeitig gibt es noch einen gegenteiligen Fehler, der die Propagandagruppe aufgrund ihrer geringen Größe und ihrer Isolation bedroht und den sie wie die Pest meiden muss: den der passiven Propaganda. Die Geschichte des Niedergangs der 4. Internationale nach dem 2. Weltkrieg zeigt deutlich auf, was passieren kann, wenn man isoliert von der arbeitenden Klasse ist. Jeder Versuch, die praktische Arbeit zu vernachlässigen und den real stattfindenden Kämpfen der Massen den Rücken zu kehren, muss in sektiererisches Hintanstellen der Interessen des Proletariats, einen opportunistischen Kniefall vor der Führung der Massen und meist in eine unglücklichen Kombination

dieser beiden Fehler münden.

84. 1983 haben wir geschrieben: „Wir lehnen jeden Versuch, abstrakte Propaganda zu rechtfertigen, entschieden ab. Wir befürworten keine vom Klassenkampf losgelösten Lesezirkel. Unser Programm ist das der Erhebung von Millionen, nicht das der Rettung unserer eigenen Seelen. Wir fokussieren unsere Propaganda auf die Schlüsselthemen des Klassenkampfes, international und national. Wir intervenieren in die Massenorganisationen der arbeitenden Klasse, orientieren uns auf jeden wichtigeren Kampf, auf Streiks, Kampagnen für demokratische Rechte, Kämpfe der Arbeitslosen, Bewegungen für demokratische Reform der Gewerkschaften und auf reformistische Massenparteien.“ (22)

85. Heute würden wir selbstverständlich Massenmobilisierungen gegen die Institutionen des internationalen Finanzkapitals, gegen Krieg, Besatzung und Rassismus, Bewegungen gegen Privatisierungen und neoliberale Attacken aufs Sozialsystem, Versuche neue ArbeiterInnenparteien aus Abspaltungen der Sozialdemokratie zu formieren, den Kampf innerhalb von pan-kontinentale bis globale Bündnisse des Widerstands zu unserer Liste hinzufügen.

86. Ohne eine gefestigte Theorie und ein starkes Programm kann eine kämpfende Propagandagruppe nicht mit ihrer eigentlichen Arbeit beginnen und daher auch nicht überleben. Gleichzeitig kann die Propagandagruppe sich nicht entwickeln und keinerlei Fortschritte machen ohne eine Orientierung auf die real stattfindenden anti-kapitalistischen Kämpfe der arbeitenden Klasse.

87. Das Konzept der kämpfenden Propagandagruppe ist also ein dialektisches. Nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis setzt sie das Programm an erste Stelle. Sie versucht durch ihre Intervention in Kämpfe, die Bewegungen nicht so zurückzulassen, wie sie sie vorgefunden hat, sondern die Erfahrungen der gesamten ArbeiterInnenbewegung zu

verallgemeinern, um Taktiken vorzuschlagen, die den Kampf einen weiteren Schritt in Richtung Sieg bringen, wobei sie während dieses Prozesses fortwährend die reformistischen und zentristischen Führungen bekämpft. Auf diese Art und Weise versucht sie, zukünftige Kader heranzubilden, FührerInnen, die kommunistische Politik verstehen, weiterentwickeln und anwenden können. Trotzki schrieb 1934: *„Die wahren Initiatoren der Vierten Internationale müssen mit marxistischer Qualität beginnen, um sie danach in Massenquantität umzuwandeln. Eine kleine, aber harte und scharf geschliffene Axt kann selbst schwere Bretter spalten, bearbeiten und formen. Wir sollten daher mit einer Axt aus Stahl beginnen.“* (23)

88. Trotz dieser von der objektiven Realität auferlegten Entwicklungsstufen einer Propagandagruppe, ist es ihr Ziel, diese Phase durch die Formierung einer proletarischen Partei zu überwinden, bzw. wie wir 1983 geschrieben haben, eine *„Propagandagruppe zu sein, die versucht, ihre Existenz als Propagandagruppe zu überwinden.“* (24)

89. Dieser Schwerpunkt auf Propaganda verringert jedoch keineswegs die Wichtigkeit von Agitation rund um entscheidende Ziele der ArbeiterInnenklasse in Perioden verschärften Klassenkampfes. Die frühe russische Sozialdemokratie und die Vorläufer der 4. Internationale wussten beide gut um ihre Propaganda-Aufgaben Bescheid. Gleichzeitig sahen sie jedoch auch die Notwendigkeit, in kritischen Phasen der Entwicklung des Klassenbewusstseins, das agitatorische Profil ihrer Propagandagruppen unter den Massen verstärkt zu prägen.

90. Die revolutionären MarxistInnen in Russland bemerkten, dass es aufgrund einer neuen Streikbewegung der FabrikarbeiterInnen in der Mitte der 1890er Jahre notwendig geworden war, über ihre bisherige Orientierung auf die Organisation von Diskussionszirkeln für ArbeiterInnen hinauszugehen. Als sie sahen, wie viele der ArbeiterInnen in den Diskussionszirkeln eine verschlossene Haltung annahmen und dazu neigten, auf die anderen, weniger politisch bewussten

streikenden ArbeiterInnen herabzusehen, schrieben Kremer und Martov „Über die Agitation“, welches laut Lenin wertvolle Einsichten enthielt. Diese Schrift schlug vor, die marxistische Propaganda um eine kleinere Anzahl an Ideen, gerichtet an die Masse der sich entwickelnden Avantgarde des Proletariats, zu ergänzen. Obwohl der Chwostismus (Ökonomismus), der immer mehr AnhängerInnen fand, versuchte die Agitation auf rein ökonomische Fragen und Aufrufe zum Handeln zu beschränken, beharrte Lenin darauf, dass sie auch die grundlegendsten politischen Ziele, die Unterdrückung von Juden und anderen religiösen Minderheiten, behandeln sollte und sich somit etwa gegen Angriffe auf Studierende, für eine Republik, eine Agrarrevolution und revolutionäre Erhebungen in den Städten etc. aussprechen sollte. In erster Linie aber betrieben sie Agitation für die Gründung einer neuen politischen Partei, die dann 1898 und 1903 auf 2 Kongressen gegründet wurde.

91. Ein erhöhtes Klassenkampf-niveau muss die Propagandagruppe wie eine Alarmglocke dazu aufrufen, ihre Aufgaben etwas breiter wahrzunehmen. Während die internationale linke Opposition vor 1933 eine Fraktion innerhalb der 3. (kommunistischen) Internationale war und daher in erster Linie Propaganda unter den Mitgliedern der kommunistischen Massenparteien betrieb, reorganisierte sie sich nach der deutschen Niederlage 1933 als International Communist League (ICL), um so die ArbeiterInnen offen auf die Notwendigkeit einer neuen Partei, Internationale und einer sozialistischen Weltrevolution anzusprechen.

92. Dies verpflichtete Trotzki dazu, zu versuchen die sektiererischen Charakteristika der ICL, die sich unvermeidlich während der langen Jahre der Isolation und Propaganda gebildet hatten, zurückzudrängen. Daher betonte er immer die Notwendigkeit der kleinen Sektionen, sich an die Massen zu wenden. Zusätzlich zur grundlegenden Propaganda, die die Basis der ICL darstellte, agitierten die Sektionen in

Gewerkschaften, in manchen Ländern in den sozialdemokratischen Massenparteien, in anderen traten sie für den Bruch mit ihnen und für die Gründung neuer ArbeiterInnenparteien auf. Die Slogans beinhalteten: einen Generalstreik in Frankreich gegen die Angriffe der UnternehmerInnen, die Bildung von Räten in Spanien, ArbeiterInnenmilizen gegen den Faschismus, eine neue ArbeiterInnenpartei in den USA. Er riet seinen UnterstützerInnen, auch einen Draht zu den am wenigsten Organisierten in der arbeitenden Klasse zu finden, den Arbeiterinnen und der Jugend.

93. In seinem 1938 erschienenen Übergangsprogramm geißelte Trotzki all jene passiven PropagandistInnen, die es nicht vermochten, den Übergang zu einer Periode des verschärften Klassenkampfes zu machen, mitleidslos. Er beobachtete, dass ihre Propaganda sich oft in eine Entschuldigung dafür, dass sie keinen Weg zu den Massen fanden, verwandelt hatte und dass sie das revolutionäre Potenzial der Periode nicht anerkannten: *„Sie sind unfähig, Zugang zu den Massen zu finden, und beschuldigen deshalb gern die Massen der Unfähigkeit, sich zu revolutionären Ideen zu erheben.“* Er fügt hinzu: *„Wer nicht den Weg zur Massenbewegung sucht und findet, ist kein Kämpfer, sondern toter Ballast für die Partei.“* (25)

94. Die Geschichte zeigt mehrere Wege von einer Propagandagruppe zur Partei auf:

a) Die Gewinnung individueller Mitglieder. Dies ist immer essentiell – nicht zu versuchen, einzelne Individuen zu gewinnen, würde ein Eingeständnis an passive Propaganda und Resignation vor einem Schicksal in Isolation bedeuten. Es ist theoretisch nicht auszuschließen, dass dieser Weg unter gewissen Umständen zu der Gründung einer proletarischen Partei führen kann. Dennoch ist angesichts der Unbeständigkeit des Klassenkampfes nicht zu erwarten, dass die plötzlichen Zuspitzungen des Klassenkampfes darauf warten werden, dass die KommunistInnen ihre ersten Aufgaben abgeschlossen haben, sondern im Gegenteil. Das Tempo des Klassenkampfes wird sich

zumeist erhöhen, bevor die KommunistInnen ihre eigenen Kräfte soweit gesammelt haben, um eine Partei zu gründen. Daher kann individuelle Rekrutierung nicht die einzige angewandte Methode sein.

b) Die Fusion mit anderen Propagandagruppen. Dies kann durch eine Spaltung in bestehenden Formationen und durch die Fusion auf Basis eines revolutionären Programms passieren. Wenn diese Organisationen Propagandagruppen und keine Massenparteien sind, ist es notwendig, streng und kompromisslos an programmatische Fragen heranzugehen. Positive Beispiele bietet hierzu Trotzki's Herangehensweise an die deutsche SAP oder den Block der 4; als Negativbeispiel lässt sich die Fusion der spanischen Nin-Anhänger mit der rechten Opposition von Maurin nennen, was in der Formierung der zentristischen POUM resultierte, die den Test der spanischen Revolution nicht bestand.

c) Entrismus. Revolutionäre können dann in eine reformistische oder zentristische Massenpartei eintreten, wenn innerhalb dieser eine Polarisierung stattfindet und nennenswerte Elemente sich unter dem Druck der Ereignisse nach links bewegen und es möglich ist, unter dem eigenen Banner in diese Partei einzutreten und offen für ein revolutionäres Programm zu kämpfen. In programmatischen Fragen dürfen keinerlei Kompromisse eingegangen werden. Das zentristische Konzept des Entrismus, bei welchem revolutionäre Kritik abgeschwächt bzw. vermieden wird, um einflussreiche Positionen in der Partei zu erhalten, ist per se opportunistisch und daher abzulehnen. Während RevolutionärInnen eine entristische Operation durchführen, müssen sie dennoch fortwährend sagen, was ist, den internationalen Prinzipien treu bleiben, einen Angriff der Bürokratie erkennen und mit einer revolutionären Gegenoffensive beantworten; sie dürfen nicht an einer Partei, die keine revolutionären KommunistInnen toleriert, festhalten, sondern versuchen, Kräfte rund um ihr eigenes revolutionäres Programm zu sammeln, welches auch den Kampf für eine

revolutionäre Partei beinhaltet; und sie müssen der Jugend, als der Schicht, die am wenigsten durch konforme und skeptische reformistische Propaganda eingelullt wird, die meiste Aufmerksamkeit zuteil werden lassen.

d) Bewegung(en) für eine Arbeiterpartei. Überall dort, wo möglich ist, entweder für die erstmalige Formierung einer neuen ArbeiterInnenpartei oder für den Bruch mit der existierenden Partei einzutreten, müssen KommunistInnen bei ihrer Intervention sehr genau darauf achten, weder opportunistische noch sektiererische Fehler zu begehen. Das bedeutet, die Massenorganisationen, die gegen die Angriffe des Kapitals Widerstand leisten, dazu aufzurufen, sich zu einer neuen Partei ohne programmatische Vorbedingungen zu vereinen und trotzdem ein revolutionäres Programm konsequent und so klar wie möglich vorzuschlagen. Die Annahme, dass KommunistInnen sich einer neuen ArbeiterInnenpartei nicht anschließen sollen, sofern sie nicht von Anfang an revolutionär ist, ist höchst sektiererisch, da es den Abbruch jeden Kampfes für ein konsistent proletarische Partei bedeutet, indem es die neue Formation der Kontrolle der ReformistInnen überlässt (siehe Lenins Rat an die britischen KommunistInnen bezüglich der Formierung der Labour Party). Ebenso ist die Annahme, jede neue Partei müsse zuerst ein reformistisches oder zentristisches Programm annehmen, um bei den von der bürgerlichen Ideologie durchdrungenen Massen Anklang zu finden, opportunistisch. Wenn solch eine Bewegung im Sieg des Kommunismus und der Etablierung einer wahrhaft proletarischen Partei enden soll, müssen KommunistInnen taktische Flexibilität mit programmatischer Kompromisslosigkeit verbinden.

e) Die Fusion nationaler Propagandagruppen zu einer Internationalen, die Spaltung einer reformistischen Internationalen oder die Kombination beider Möglichkeiten. Das am meisten ausgeprägte Beispiel für diese Methode lieferte die kommunistische Internationale zwischen 1919 und 1924, wo sie

in vielen Ländern für die Vereinigung der jeweiligen kommunistischen Parteien eintrat. Dies beinhaltete auch die Erarbeitung strenger Kriterien für den Beitritt in die Komintern, um Abspaltungen der Sozialdemokratie nicht nur auf programmatischer, sondern auch auf praktischer Ebene von den Überbleibseln des Reformismus zu säubern, die Einführung des demokratischen Zentralismus in den nationalen Sektionen und – nicht zuletzt – die Entwicklung der programmatischen und taktischen Einheit der Internationalen insgesamt.

95. Die passende Organisationsform für eine kämpfende Propagandagruppe ist der demokratische Zentralismus. KommunistInnen müssen die kleinbürgerliche Annahme, eine Parteaufbauorganisation könne darauf verzichten, ablehnen. Die Aufgaben einer Propagandagruppe im ideologischen und praktischen Kampf reduzieren keineswegs die Wichtigkeit der Schlüsselkomponenten des demokratischen Zentralismus: vollkommene Demokratie in der internen Diskussion; Einheit in der Aktion, auch bei der Verbreitung von Propaganda und Ideen; die Verpflichtung aller Mitglieder, kommunistische Arbeit zu leisten. Ohne demokratischen Zentralismus wird ausnahmslos jede isolierte Propagandagruppe zu einem unproduktiven Diskussionsverein degenerieren, der passiv die gerade modernsten Ideen verschiedener Bewegungen reflektiert und unfähig ist, entschlossen in kritischen Momenten zu intervenieren, um die Führungskrise des Proletariats offensiv zu lösen.

96. Die Notwendigkeit des Internationalismus in der Praxis trifft auf das Parteaufbaustadium ebenso wie auf jedes andere zu. Die Gefahr der Nationalzentriertheit und Degeneration ist nicht geringer, sondern größer, wenn die Gruppe klein und ohne Verbindung zu den Massen ist. Das ist der Grund, weshalb Leo Trotzki darauf beharrte, dass jede neue revolutionäre Gruppe *„noch am Tag nach ihrer Gründung (...) internationale Verbindungen suchen oder schaffen (muss), eine internationale Plattform und eine internationalen Organisation, da man nur*

auf diesem Wege herausfinden kann, ob die nationale Politik richtig ist.“ (26)

97. Eine revolutionäre Partei muss überwiegend aus militanten RevolutionärInnen aus der arbeitenden Klasse bestehen. Sie muss die echte Avantgarde der Klasse beinhalten. Solch eine Partei international aufzubauen, ist die Priorität der Liga für die 5. Internationale. Unsere programmatische Arbeit über Stalinismus, sozialdemokratischen Reformismus, Feminismus, Zentrismus, Gewerkschaften, Frauen und Imperialismus ist darauf ausgerichtet, ein solides Fundament für so eine Partei zu bilden. Ohne dieses Fundament wäre alles Gerede um eine Partei sinnlos. Wie wir bereits wiederholt festgestellt haben, wäre jedoch auch das Fundament sinnlos, wenn nicht darauf aufgebaut würde. Unser Programm ist darauf ausgerichtet, ArbeiterInnen zu gewinnen. Passive Propaganda wird dies nicht erreichen. Eine energische Intervention in die tatsächlichen Kämpfe der ArbeiterInnenklasse, eine Ausrichtung unseres Programms und unsere Propaganda darauf und ein aktiver Kampf für den Sieg dieser Kämpfe jedoch werden uns, so gering diese Siege auch sein werden, neue Mitglieder einbringen. Wir sind eine kämpfende, keine passive Propagandagruppe – kämpfend, um unsere derzeitigen Einschränkungen bezüglich unserer Größe und Ressourcen zu überwinden und uns in einen ausschlaggebenden Faktor in Klassenkampfsituationen zu entwickeln.

98. Wir fordern alle revolutionär denkenden AktivistInnen auf, uns zu helfen, dieses Ziel zu erreichen, in dem sie uns kontaktieren, unsere Aktivitäten und Ideen mit uns diskutieren und sich uns anschließen.

Fußnoten

(1) III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, über Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit, in: Die Kommunistische Internationale, Band 2.: 3. Und 4. Weltkongress, Dortmund 1978, S. 106

- (2) Grundlegende Prinzipien unseres Programms, S. 17, Schriftenreihe der Gruppe Arbeitermacht Nr. 2, Dezember 1983
- (3) Trotzki, Brief an die Redaktion des Prometeo, in: Schriften 3.3. Linke Opposition und Vierte Internationale, Köln 2001, S. 296
- (4) Trotzki, Centrist Alchemy or Marxism?, 24. April 1935 (Unsere Übersetzung)
- (5) Marx, Thesen über Feuerbach, MEW Bd. 3, S. 5/6
- (6) Trotzki, Wohin geht Frankreich, Teil 2 (März 1935), <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1935/wohinfr2/01.htm>
- (7) Lenin, Was Tun?, in: Lenin Werke 5, Seite 396
- (8) Marx, Das Kapital, Band 1, MEW 23, S. 88
- (9) Ebenda, S. 89
- (10) Lenin, Was Tun?, in: Lenin Werke 5, Seite 397
- (11) Ebenda, Seite 436
- (12) Ebenda, Seite 394/395. Auch wenn Kautsky hier das Hainfelder Programm falsch zitiert, so spricht das letztlich nicht gegen Kautsky, sondern gegen das Programm der österreichischen Sozialdemokratie. Der Herleitung der Entstehung des sozialistischen Klassenbewusstseins tut es überhaupt keinen Abbruch.
- (13) Ebenda, Seite 395
- (14) Ebenda, Seite 394
- (15) III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, über Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit, in: Die Kommunistische Internationale, Band 2.: 3. Und

4. Weltkongress, Dortmund 1978, S. 106

(16) Ebenda, S. 110

(17) Ebenda, S. 109

(18) Ebenda, S. 113

(19) Ebenda, S. 133

(20) Ebenda, S. 115

(21) Ebenda, S. 116

(22) Workers Power, The Death Agony of the Fourth International, Kapital 5, A radical restatement of programme is necessary,

(23) Trotzki, Once More on Centrism, in: Writings 1933/1934, S. 268

(24) Workers Power, The Death Agony of the Fourth International

(25) Trotzki, Das Übergangsprogramm, Essen 1997, Seite 129

(26) Trotzki, Brief an die Redaktion des Prometeo, in: Schriften 3.3. Linke Opposition und Vierte Internationale, Köln 2001, S. 296

1917 – Auf dem Weg zum Roten Oktober

Vorwort, Die Redaktion, Berlin / Wien, Revolutionärer Marxismus 38, Oktober 2007

Die Theorie und Strategie der revolutionären Arbeiterbewegung ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hat sich aus den gesellschaftlichen Kämpfen selbst entwickelt. Eine der wichtigsten Bereicherungen dieser Ereignisse stellen die Erfahrungen des russischen Proletariats dar.

Unter dem Titel "Russland auf dem Weg zum Roten Oktober" veröffentlichen wir eine Artikelserie unserer britischen Schwestersektion Workers Power. Sie gibt einen analytischen Überblick über die Chronologie der Revolution und zeigt, wie das Proletariat unter bolschewistischer Führung die Macht ergreifen und behaupten konnte.

Leider was es uns in der Kürze der Zeit nicht möglich, die Zitate des Artikels in den deutschen Quellen nachzusehen. Auch sie sind aus dem Englischen übersetzt. Wir wollen uns hier für dieses Versäumnis entschuldigen, denken jedoch, dass eine rechtzeitige Veröffentlichung dieses Textes für die aktuellen Debatten um den 90. Jahrestags der Oktoberrevolution dies rechtfertigt.

Ohne revolutionäre Partei, ohne Bolschewismus wäre der Sieg der Revolution unmöglich gewesen. Der Beitrag von Dave Stockton gibt einen Überblick über deren Entstehung und zeigt zugleich, dass der Leninismus alles andere als eine sektenhafte Gruppierung war, sondern vielmehr eine lebendige und zugleich schlagkräftige Partei schaffen konnte.

Wir veröffentlichen diese Ausgabe unter besonderen gesellschaftlichen Bedingungen. Mit der Ideologie „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ werden alle politischen Gegner kriminalisiert. Kein Wunder, dass alle Strömungen des bürgerlichen Lagers auch eine ideologische Offenise führen, wenn es um die Bewertung der russischen Revolution geht. „Putsch, Regime und Terror“ – dieses ideologische Gerüst bildet die Grundlage diverser Gegner. Deshalb veröffentlichen wir in dieser Ausgabe des RM auch einen älteren Artikel von Michael Pröbsting, der die Errungenschaften der

Oktoberrevolution verteidigt und seine Aktualität bis heute bewahrt hat.

Auf der anderen Seite gibt es vermehrt Diskussionen unter den fortschrittlichsten Teilen der Arbeiterklasse und der Jugend, wie eine Alternative zum Kapitalismus aussehen und erkämpft werden könnte. Diese Entwicklungen machen es notwendig, sich nicht nur auf eine Analyse vergangener Ereignisse zu konzentrieren, sondern die Lehren für die Aufgaben des Klassenkampfes heute zu ziehen. Roman Birke fasst deshalb diese Lehren zusammen und erklärt was wir aus den Erfahrungen der russischen Revolution für die heutigen Kämpfe lernen können.

Die Analyse der russischen Revolution hat deshalb keinen eigenständigen theoretischen Charakter, sondern dient dazu, den Kampf für den Oktober des 21. Jahrhunderts zu führen.

Russland auf dem Weg zum Roten Oktober

Workers Power, Die Taktiken der Bolschewiki in der Revolution, Einleitung, Revolutionärer Marxismus 38, Oktober 2007

Vor neunzig Jahren stürzten russische ArbeiterInnen zuerst den verhassten Zaren und dann die bürgerliche Regierung, die ihn ersetzt hatte. Damit veränderten sie die Geschichte der Menschheit grundlegend. Erstmals wurde die Staatsmacht direkt von den arbeitenden Massen ausgeübt.

Die russischen ArbeiterInnen zeigten der Welt die revolutionäre Macht der organisierten Arbeiterklasse. Nicht

nur, dass sie die Industrie zum Stillstand bringen und die Regierung lähmen konnte. Ihr Widerstand führte zugleich auch zur Festigung der Bande der Solidarität und der kollektiven Organisation in ihren Reihen.

Das Subjekt des Sozialismus war und ist die Arbeiterklasse. Es waren die in eigenen Strukturen organisierten ArbeiterInnen, welche die Macht des Kapitals zerschlugen und eine Alternative dazu aufbauten. Die Revolution von 1917 legte die Nutzlosigkeit bürgerlicher Parlamente oder paternalistischer Lokalverwaltungen für diese Aufgabe offen. Sie legte zugleich den Verrat jener Führer innerhalb der Arbeiterbewegung offen, die sich weigerten, diese Lehre zu beachten.

Die russischen ArbeiterInnen erhoben sich unter Bedingungen extremen Elends, größter Ausbeutung und Unterdrückung. Die reformistische „sozialistische“ Intelligenz verachtete den dunklen Aufruhr dieser „dumpfen Masse“. Doch aus diesen Kämpfen wurde eine neue Welt geboren. Es gab eine neue, viel höhere Form von Demokratie, die Räteherrschaft, die nicht mehr einer Minderheit von Ausbeutern diente, sondern den Massen ermöglichte, direkt den Reichtum der Gesellschaft für ihre eigenen Interessen zu nutzen und die Schalthebel der Macht selbst in die Hand zu nehmen.

Eine revolutionäre Klasse

Mittels der Sowjets (Räte) wählten und kontrollierten die ArbeiterInnen direkt ihre Delegierten am Arbeitsplatz und stellten so sicher, dass jede Veränderung ihrer Stimmung registriert wurde. In diesen Sowjets – zusammen mit der bewaffneten Miliz, den Roten Garden – begann die Keimform eines völlig neuartigen Staates zu wachsen. Es sollte ein Staat sein, der auf den Organen der Ausgebeuteten und Unterdrückten gründete und ihnen direkt verantwortlich war. Die Funktion dieses Staates war die Ausmerzung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung.

Als sich die Krise im Herbst 1917 vertiefte, flüchteten die Privilegierten, und die Intellektuellen verbargen sich. Die Arbeiterklasse jedoch versammelte unter ihrer revolutionären Fahne die Millionen, die unter dem Joch der Unterdrückung im Russischen Reich litten. Den Frauen des Proletariats zeigte sie die Hoffnung auf Emanzipation. Den nationalen Minderheiten bot sie die Chance, den großrussischen Chauvinismus, der ihre Nationalkultur erstickte und erwürgte, zu zerstören.

Der großen Mehrheit der Bevölkerung, den armen Bauern, garantierte sie die Verteidigung ihres jüngst erst errungenen Landes gegen die Großgrundbesitzer. Den Soldaten – den Bauern in Uniform – sicherte sie zu, dass der blutige Weltkrieg und die erniedrigende Tyrannei der Offiziere beendet wurden. Nur unter der Führung des Proletariats konnten die am meisten Entwürdigten und Unterdrückten eine Aussicht auf Befreiung haben.

1917 offenbarte alle Eigenschaften, die das Proletariat zur einzig konsequent revolutionären und befreienden Klasse dieser Epoche machen. Aber es zeigt auch, dass für sich allein die spontane Stärke der Klasse nicht für den Sieg ausreicht. Was den Sieg des Oktober 1917 garantierte, war, dass die russischen ArbeiterInnen in den Bolschewiki eine organisierte Avantgardepartei besaßen, die tief in jeder Sektion der Massen verwurzelt war, die deren Kämpfe politisch und organisatorisch zentralisieren und führen konnte. Diese Lehre von 1917 darf nicht dabei vergessen werden, wenn wir uns mit der russischen sozialistischen Revolution beschäftigen.

Die verratene Revolution

Jene, die die Revolution machten, handelten in der Überzeugung, dass sie nur der erste Akt des Sturzes des Kapitalismus auf der ganzen Welt ist. Russland erlebte den ersten Schlag der Weltrevolution der ein Sechstel der Erde den Händen der Kapitalisten entriss.

Sie erwarteten, dass andere ihnen folgen würden – und zwar bald. Und die ArbeiterInnen Europas reagierten auf das Signal der russischen Revolution. In ganz Zentraleuropa fanden Aufstände statt. Aber sie wurden gebremst und zerschlagen – von den „Sozialisten“ der II. Internationale auf Geheiß der Kapitalisten und der imperialistischen Generalstäbe. Die Internationalisierung der Revolution wurde so blockiert.

Doch die Existenz der späteren UdSSR und des späteren Ostblocks – selbst unter der Degeneration durch den Stalinismus – war eine Herausforderung für den Weltkapitalismus. Sie war ein Hindernis bei seiner Suche nach Märkten und Rohstoffen. Sie barg zudem immer die Gefahr einer politischen Revolution gegen die herrschende Bürokratie und damit die neuerliche Anfachung des revolutionären Prozesses in der Welt.

Heute wissen wir, dass die Revolution jedoch – isoliert im rückständigen Russland – degenerierte. Eine Bürokratenkaste, geführt von Stalin, eroberte die politische Macht und erstickte jede Spur wirklich proletarischer Demokratie in der Sowjetunion.

Unter der Losung des „Sozialismus in einem Land“ kehrten sie der internationalen Revolution den Rücken und boykottierten sie aktiv mittels der stalinisierten Komintern. In der UdSSR und deren „Bruderländern“ standen die Bürokraten-Kasten dem Übergang zum Sozialismus als reales Hindernis im Weg. Michail Gorbatschow war der letzte Steuermann dieser Kaste bürokratischer Usurpatoren.

Heute befinden wir uns in einer vorrevolutionären Periode, einer Periode, die von heftigen Krisen, von Kriegen, Konflikten und Angriffen auf die Massen, aber auch von deren Widerstand gekennzeichnet ist. Vorrevolutionäre und offen revolutionäre Situationen, in denen die Machtfrage steht, häufen sich.

Daher ist die genaue Beschäftigung mit der russischen Revolution und der Politik der Bolschewiki um Lenin und Trotzki von eminenter Bedeutung, um politisch für die kommenden Klassenschlachten gewappnet zu sein.

Diese Broschüre zieht entscheidende Lehren aus den Ereignissen der Revolution von 1917. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, einige Schlüsselereignisse und Entwicklungen der Periode zwischen Februar und Oktober 1917 zu untersuchen, um die Art und Weise zu illustrieren, in der die Bolschewiki ihre Politik prüften und korrigierten und den Sieg erringen konnten. In diesem Sinn ist diese Broschüre nicht einfach eine Geschichte der russischen Revolution, sondern eine Analyse.

Dieses Herangehen ist entscheidend, da so viele, die den neunzigsten Jahrestag der Revolution feiern, schuld daran sind, dass die Lehren des Oktobers systematisch vergessen, ignoriert oder entstellt werden. Für jene, die diese Lehren als Anleitung für die Strategie von Revolutionären heutzutage benutzen wollen, wird diese Broschüre wichtig sein.

Russland auf dem Weg zum Roten Oktober – Als Frauen Russland in Flammen setzten

Workers Power, Die Taktiken der Bolschewiki in der Revolution, Kapitel 1, Revolutionärer Marxismus, Oktober 2007

Vor neunzig Jahren verließen Arbeiterinnen ihre Fabriken im Petrograder Stadtteil Wyborg mit einer Forderung: Brot! Fünf Tage danach hatten die ArbeiterInnen und Soldaten einen Aufstand angeführt, der den Zaren zur Abdankung zwang. Die

Feiern rund um den Internationalen Frauentag durch die Petrograder Arbeiterinnen hatte die Februarrevolution eröffnet.

Der Internationale Frauentag wurde zuerst von den Führerinnen der sozialistischen Frauenbewegung der II. Internationale als Feiertag der proletarischen Frauen angenommen. Clara Zetkin schlug 1910 dem Internationalen Frauentreffen vor, dass ein Tag – ähnlich wie der I. Mai – für die Proletarierinnen zum Arbeiterfesttag erklärt werden sollte. Das Datum, auf das man sich schließlich einigte, war der 8. März – in Erinnerung an die Arbeiterinnen in New York, die gegen die entsetzlichen Bedingungen in der Nadelfabrikation demonstriert hatten.

Der Feiertag wurde in Russland ab 1913 durchgeführt. Aufgrund des alten gregorianischen Kalenders im vorrevolutionären Russland war das entsprechende Datum dann der 23. Februar. 1913 waren die geplanten Demonstrationen von der Polizei zerschlagen worden. Lediglich Flugblätter und Zeitungen konnten dazu erscheinen. Die Bolschewiki veröffentlichten auf Betreiben von Konkordija Samoilowa und Inessa Armand einige Artikel in ihrer Zeitung, der „Prawda“, in den Wochen vor dem 23. Februar, mit einer Sondernummer zur Feier des Tages selbst als Höhepunkt. Die Artikel stellten die Realität des Lebens der Arbeiterinnen in Russland dar und traten für die Notwendigkeit ein, dass auch Frauen in den Kampforganisationen ihrer Klasse organisiert sein sollten.

Die Reaktion der Arbeiterinnen auf diese „Prawda“-Artikel war so umwerfend, dass in der Zeitung nicht genug Platz war, um alle Leserbriefe dazu abzudrucken. Das veranlasste Samoilowa, Lenin und Krupskaja, die im Exil weilten, zu drängen, eine besondere Zeitung, die sich an die Arbeiterinnen wendete, herauszugeben. Inessa Armand, die selbst verhaftet worden und ins Exil geflohen war, half mit, sie für diese Idee zu gewinnen. Krupskaja brachte sie dem exilierten Zentralkomitee der Bolschewiki vor, das der Herausgabe der „Robotniza“ (Arbeiterin) zum Internationalen Frauentag 1914 zustimmte.

Diese Entwicklung in der bolschewistischen Partei war die Antwort auf eine neue Welle militanter Klassenkämpfe in Russland zwischen 1912 und 1914.

Frauen wurden zu einer immer stärkeren Kraft in der russischen Arbeiterklasse. Nach der Revolution von 1905 stellten die Unternehmer in vielen Industriezweigen bevorzugt Frauen ein. Das Fabrikinspektorat der Unternehmer bemerkte dazu 1907:

„Die Gründe dafür sind wie folgt: Ihr größerer Fleiß, ihre Aufmerksamkeit und Abstinenz (sie trinken und rauchen nicht), ihre Willfährigkeit und eine größere Vernünftigkeit hinsichtlich der Bezahlung.“

1914 stellten Frauen 25,7% der Industriearbeiterschaft in Russland. Sie wurden zunehmend militanter, was die Aufmerksamkeit aller politischen Gruppen auf sie lenkte. Bürgerliche Feministinnen, Bolschewiki wie Menschewiki unternahmen besondere Anstrengungen, um die Arbeiterinnen in dieser Periode zu organisieren.

Die „Rabotniza“ wurde in weiten Kreisen gelesen und Gruppen von Frauen organisierten sich um sie, viele traten danach der Partei bei. Der Kriegsausbruch im August 1914 stoppte die Herausgabe von „Rabotniza“, aber die damit geschaffenen Grundlagen gestalteten die Arbeit der Bolschewiki unter den Arbeiterinnen viel leichter.

Die Mobilisierung von Soldaten und die Produktion für den Krieg führten zu gewaltigen Verschlechterungen in Russland. Schon im April 1915 gab es daher Unruhen von Frauen, die Brot forderten. Diese Unruhen hielten sporadisch bis 1917 an. Die besondere Rolle der Arbeiterinnen in der Februarrevolution ergab sich aus der besonderen Härte der Kriegsauswirkungen für sie. Zwischen 1914 und 1917 stieg die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Frauen aufgrund des Einrückens der Männer an die Front weiter an. Insgesamt stieg der Prozentsatz an arbeitenden Frauen von 26,6 auf 43,2%. Diese Arbeiterinnen

waren als Ganzes neu – in den Städten und in der Arbeiterklasse.

In Petrograd selbst verdoppelte sich die Zahl der Arbeiterinnen in Fabriken von 68.000 auf 129.000. Es gab bis zu 10.000 Frauen in einem Werk – mit oft weniger als drei Jahren Arbeitserfahrung. Viele ihrer Ehemänner, Söhne und Brüder waren an der Front. Winzige Essensrationen waren oft nur nach stundenlangem Anstehen erhältlich. Manchmal gab es trotzdem nichts. Frauen verdienten die Hälfte der Löhne der Männer und waren v.a. in der Textil- und chemischen Industrie konzentriert, wo der Arbeitstag lang und die Bedingungen erbärmlich waren. Sie litten oft unter körperlicher und sexueller Belästigung seitens der Unternehmer und deren Vorarbeiter-Lakaien.

Die Intensität der Unterdrückung dieser Frauen führte zu Ausbrüchen der Rebellion. Allgemein hatten die Streiks, an denen vorwiegend Arbeiterinnen teilnahmen, wirtschaftliche Ziele, während Ende 1916 die Mehrzahl der Streiks in der männlich dominierten Maschinenbau- und metallurgischen Industrie politische Ziele verfolgte. Dies widerspiegelte die längere Organisationstradition der männlichen Arbeiter, manchmal mit bolschewistischen oder menschewistischen Organisatoren.

Ab Februar 1917 verstärkte sich der Klassenkampf. Aber obwohl es im Januar und Februar in Petrograd viele Streiks gab, ergriff keiner davon die ganze Stadt auf jene Weise, wie es den Frauen gelingen sollte. Zur Vorbereitung der Feier des Frauentages planten Bolschewiki, Menschewiki und die von Trotzki geführte Meschrajonzi-Gruppe Propaganda-Veranstaltungen.

Im Wyborg-Bezirk riefen am 20. Februar einige ArbeiterInnen zum Streik auf, aber alle sozialistischen Organisationen argumentierten, dass die Klasse aufgrund der unzureichenden Vorbereitung oder mangels Kontakt mit den Soldaten nicht zu

einem Massenstreik bereit sei. Kajurow, ein örtlicher bolschewistischer Führer traf Vertreterinnen der Arbeiterinnen am Vorabend des Frauentages und forderte sie auf, *„ausschließlich gemäß der Anweisung des Parteikomitees zu handeln.“*

Es war beabsichtigt, die Fabrikversammlungen nur für Propaganda zu nutzen. Alle sozialistischen Gruppen hatten die Stimmung der Arbeiterinnen in den Fabriken unterschätzt. Der Mangel an Einfluss dieser politischen Führer auf die Frauen bedeutete jedoch nicht, dass die Aktion gänzlich unvorbereitet gewesen wäre, wie auch manche Bolschewiki dachten. *„Die hauptsächlich weibliche Belegschaft des Busparks der Wassiljewski-Insel, die von einer allgemeinen Unruhe einige Tage vor dem 23. Februar erfasst worden war, schickte eine Frau zu den benachbarten Quartieren des 180. Infanterieregiments, um die Soldaten zu fragen, ob sie auf sie schießen würden oder nicht. Die Antwort war: Nein! Am 23. nahmen die Busarbeiterinnen an der Demonstration teil.“*

Am Morgen des 23. Februar wurden einige illegale Treffen in den Textilfabriken im Wyborger Bezirk zum Thema „Krieg, hohe Preise und die Situation der Arbeiterin“ abgehalten. Auf diesen Versammlungen kochte der Zorn über. Eine nach der anderen stimmte für den Streik, aber sie beließen es nicht dabei. Sie gingen zu Tausenden auf die Straße, marschierten zu nahe gelegenen Fabriken und riefen Männer und Frauen auf, mit ihnen mitzukommen. Diese „fliegende“ Streikpostenkette war äußerst effektiv – ab 10 Uhr waren 27.000 ArbeiterInnen im Streik. Ab Mittag waren es schon 21 Fabriken mit 50.000 Streikenden! Viele Berichte beschreiben, dass es die Frauen waren, die zu den Fabriken gegangen waren, an die Tore geschlagen und Schneebälle auf die Fenster geworfen hätten, um die Arbeiter herauszubekommen. Es scheint, dass dort, wo die Fabriken nicht sofort die Aufforderung nach Teilnahme an der Aktion beantworteten, direktere Methoden gebraucht wurden: Steine und Metallteile wurden bei einigen Betrieben zur

„Überredung“ benutzt. Am Ende des Tages standen in Wyborg 59.000 Männer und Frauen – 61% aller Fabrikarbeiter – im Streik.

Bolschewiki der Basis spielten dabei eine führende Rolle. Viele ihrer Führer aber zeigten sich wesentlich zögernder.

Entrüstung

Kajurow, ein bolschewistischer Führer aus Wyborg, schrieb später: *„zu meiner Überraschung und Entrüstung (...) erfuhren wir (...) vom Streik in einigen Textilfabriken und von der Ankunft einer Anzahl von Delegierten der Arbeiterinnen, die ankündigten, dass sie in den Streik einträten. Ich war über das Verhalten der Streikenden äußerst entrüstet, sowohl weil sie offensichtlich den Beschluss des Distriktkomitees der Partei ignoriert hatten und ebenso, weil sie in Streik getreten waren, nachdem ich nur eine Nacht zuvor an sie appelliert hatte, ruhig und diszipliniert zu bleiben.“* Trotz dieser Entrüstung waren die Bolschewiki imstande, diese Gefühle zu überwinden und die Gelegenheit, die sich ihnen bot, zu nutzen. Als sie dem Streik zustimmten, gaben sie ihm eine politische Führung, indem sie die Forderungen *„Nieder mit der Autokratie! Nieder mit dem Krieg! Gebt uns Brot!“* aufstellten.

In anderen Stadtbezirken waren die Streiks an diesem Tag zwar weniger intensiv, dafür aber nicht weniger kämpferisch. In der ganzen Stadt streikten 20-30% der ArbeiterInnen – in über 80 Fabriken. Die DemonstrantInnen des Wyborger Bezirks waren entschlossen, das Regierungszentrum von Petrograd zu erreichen, aber die Polizei blockierte ihre Route an einer der Brücken.

Schließlich begannen die DemonstrantInnen, die zugefrorene Newa zu überqueren. Der Polizei gelang es jedoch noch, wenn auch mit Mühe, sie aufzuhalten. Ein Polizeibericht dieses Tages erklärte:

„Um 4.30 Uhr nachmittags erreichten annähernd 1.000 Leute, vorwiegend Frauen und Jugendliche, die Kasan-Brücke am Newski-Prospekt aus der Richtung der Michailowska-Straße, wobei sie ‚Gebt uns Brot!‘ riefen und sangen.“

Die Demonstrationen beschränkten sich nicht nur auf jene, die streikten. Frauen, die um Brot anstanden, nahmen rasch an der Aktion teil. Ein Verwalter berichtete folgendes, nachdem er aus seinem Bäckerladen trat, um anzukündigen, dass es kein Brot mehr gäbe:

„Kaum hatte ich das angekündigt, schlug die Menge die Fenster ein, brach in den Laden ein zertrümmerte alles, was ihr unter die Augen kam.“

Solche Verzweiflungsakte waren weit verbreitet. Die Bolschewiki traten gegen diesen „Vandalismus“ auf und versuchten, die Proteste zu führen, indem sie Versammlungen organisierten und zu einem dreitägigen Generalstreik mit verstärkter Propaganda gegenüber den Soldaten aufriefen.

In den folgenden Tagen nahm die Zahl der Streikenden stetig zu. Die Regierung schickte Truppen und Polizei, um die Demonstranten mit allen Mitteln zu zerstreuen, aber die revolutionäre Welle ebte nicht ab – auch, weil sie die Soldaten für sich gewann. Zuletzt schlossen sich ganze Regimenter den Aufständischen an. Am 27. Februar waren die meisten Soldaten zu den Aufständischen übergegangen. Die ArbeiterInnen bewaffneten sich und formierten eigene Milizen. Es waren die Arbeiterinnen, die eine entscheidende Rolle dabei spielten, die Truppen vom Regime loszubrechen. Trotzki berichtet: *„Eine große Rolle wird von den Arbeiterinnen in der Beziehung zwischen Arbeitern und Soldaten gespielt. Sie gehen an die Truppenkordone tapferer als die Männer heran, packen die Flinten, beschwören, ja befehlen fast: ‚Senkt eure Bajonette – kommt mit uns!‘ Die Soldaten sind verwirrt, beschämt, wechseln unruhige Blicke, schwanken; irgendeiner entschließt sich zuerst und die Bajonette erheben sich*

schuldbewusst über den Schultern der vorwärts drängenden Menge. Die Barriere ist geöffnet, ein fröhliches ‚Hurra‘ erschüttert die Luft. Die Soldaten sind umringt. Überall Debatten, Antworten, Appelle – die Revolution macht einen neuen Schritt vorwärts.“

Abdankung

Die Entwicklung dieser Revolution und die Abdankung des Zaren eröffnete eine neue Periode für die russische Arbeiterklasse. Die Provisorische Regierung, die aus der Februarrevolution entstand, wurde von bürgerlichen Politikern besetzt und balancierte in der instabilen Position, in der sie sich befand, neben den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Auch in den Fabriken fassten die ArbeiterInnen Mut: die Fabrikkomitees entstanden, die Kontrolle über Lohn und Arbeitsbedingungen wurde gefordert. Die Arbeitermiliz geriet mit der weit schwächeren Bürgermiliz der Regierung in Konflikt.

Die Arbeiterinnen spielten weiterhin eine bedeutende Rolle. Sie waren am entschlossensten bei der Erreichung des Achtstunden-Tages, sie strebten nach angemessener Entlohnung und unterstützten die Forderung nach gleichen politischen Rechten, einschließlich des Wahlrechts. Tatsächlich fand der erste größere Streik gegen die Provisorische Regierung bei 3.000 Wäscherei-Arbeiterinnen statt, die für den Acht-Studentag, einen Existenzlohn und die Vergemeindung der Wäschereien streikten. Der Streik dauerte sechs Wochen. Von den Bolschewiki wurde Alexandra Kollontai geschickt, um mit den Frauen zu arbeiten.

Die Bolschewiki hatten rasch auf die Kampfbereitschaft der Frauen 1917 reagiert und ein Frauenbüro, geführt von Vera Slutskaja, eingerichtet. Es machte sich an die neuerliche Herausgabe von „Robotniza“ und organisierte die Unterstützung in den Fabriken, unter den Frauen der Soldaten und führte große Demonstrationen gegen den Krieg durch.

Die Rolle der Arbeiterinnen in der russischen Revolution war großartig und lehrte die revolutionäre Führung viel. Aber ihre Spontaneität bewirkte auch, dass sie 1917 nicht immer in der revolutionären Avantgarde vertreten waren. Sie streikten, demonstrierten und organisierten Unruhen aufgrund der Stärke ihrer Unterdrückung – nichtsdestotrotz wurde ihre Unerfahrenheit in gewerkschaftlichen Aktivitäten offensichtlich. Darin zeigt sich aber auch, dass die besonders unterdrückte Stellung der Frau in der Gesellschaft und in der Familie es ihr erschwerte, sich auf gleiche Weise in den Organisationen der Arbeiterbewegung einzubringen. Insofern waren die Monate der Revolution auch ein Beispiel dafür, wie Frauen in diese Rolle hineinwachsen und zunehmend selbstbewusster auftreten können.

Dieser Mangel an traditioneller Organisationserfahrung hat widersprüchliche Ergebnisse. Einerseits können Frauen, wie die Februar-Revolution zeigt, die militantesten Kämpferinnen sein, da sie nicht so vom Konservatismus gebremst werden, wie es so oft in Gewerkschaftsorganisationen der Fall ist.

Aber andererseits lässt sie das auch mitunter empfänglicher für arbeiterfeindliche Propaganda werden. So wurden in den Wochen nach der Februarrevolution sogar Tausende von Arbeiterinnen von bürgerlichen Feministinnen mobilisiert, um für das Frauenwahlrecht und die Fortsetzung des Krieges zu demonstrieren! Die Bolschewiki waren aber in der Lage, ab Mitte 1917 eine Massenbasis unter den Frauen zu gewinnen, die sie dazu brachte, gegen den Krieg zu demonstrieren. Aber dazu bedurfte es besonderer organisatorischer und propagandistischer Anstrengungen.

Die Revolution insgesamt hätte niemals ohne die Mobilisierung der Frauen Erfolg gehabt, wie Lenin Jahre später hervorhob. RevolutionärInnen dürfen niemals die zentrale Aufgabe, sich auf die Arbeiterinnen zu beziehen, unterschätzen. Dazu sind besondere Propaganda- und Organisationsformen nötig, um sie für die Sache der revolutionären Partei zu gewinnen, jedoch –

einmal gewonnen – werden sie die tapfersten und militantesten Kämpferinnen sein, da sie so vieles zu gewinnen haben!

Russland auf dem Weg zum Roten Oktober – Die Wiederbewaffnung der Partei

*Workers Power, Die Taktiken der Bolschewiki in der Revolution,
Kapitel 2, Revolutionärer Marxismus 38, Oktober 2007*

Vor neunzig Jahren führte die Explosion des proletarischen Zornes, die das Regime des Zaren Nikolaus hinwegfegte, auf der Ebene der Staatsmacht zu einer zutiefst widersprüchlichen Situation. Obwohl sie am Aufstand nicht teilgenommen hatten, ganz zu schweigen davon, ihn anzuführen, konstituierten Konservative und Liberale eine provisorische Regierung. Sie waren dabei von der Angst geleitet, dass sich die Massenmobilisierungen, dass die Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets), die sich seit Februar 1917 vervielfacht hatten, weiterentwickeln würden.

Andererseits strebten aber auch jene, die das Exekutivorgan des Sowjets von Petrograd bildeten, verzweifelt nach einer Rückkehr zur „Ordnung.“ Die menschewistische (d.h. reformistische) Führung des Exekutivrates, Tscheichidse und Skobelew, waren zusammen mit Kerenski, der Spitze der Provisorischen Regierung, davon überzeugt, dass die russische Revolution, als zunächst bürgerliche Revolution, ihren logischen Ausdruck in einer bürgerlichen Regierung finden würde. Der Exekutivrat forderte tatsächlich die bürgerlichen Parteien zur Machtübernahme auf und gewährte der Provisorischen Regierung Unterstützung.

Obwohl die Masse der Delegierten der Sowjets der Unterstützung der Provisorischen Regierung zustimmte, beschloss sie zugleich, unabhängig von der Exekutive ein „Beobachtungskomitee“ zur Überwachung der Provisorischen Regierung seitens des Sowjets einzurichten. Dies drückte zugleich ein tiefes proletarisches Misstrauen gegenüber der Provisorischen Regierung und den Glauben aus, dass es die Aufgabe des Sowjets wäre, Druck auszuüben und darauf zu achten, dass es garantiert sei, dass die Regierung ihre Versprechen auch hält. Auf einer Massenkundgebung erklärten die TelegraphenarbeiterInnen von Petrograd am 8. März:

„Wir erachten es im gegenwärtigen Moment für die wesentlichste Angelegenheit, eine strikte Kontrolle über die von der Staatsduma ernannten Minister, die im Volk kein Vertrauen genießen, einzurichten. Diese Kontrolle muss aus Vertretern des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten bestehen.“

Resolutionen der ArbeiterInnen wurden automatisch an den Sowjet und nicht an die Provisorische Regierung gesandt. In Russland bestand eine Situation der Doppelmacht. Die Macht war zwischen den Vertretern zweier unversöhnlicher Kräfte geteilt.

Souveränität

Die ArbeiterInnen sahen den Sowjet als ihre Kampforgane an. Die Bourgeoisie hingegen erblickte in der Provisorischen Regierung ihre Bastion gegen diese Kämpfe. Das „Arrangement“, dass der Sowjet die Provisorische Regierung unterstützte, aber auch überwachte, zeigt nur allzu deutlich, dass die Souveränität im Staat in Wirklichkeit gespalten war. Die Bereitwilligkeit der Mehrheit der Sowjetdelegierten jedoch, ein solches Arrangement bewusst zu unterstützen, reflektiert die tiefen Illusionen seitens der Mehrheit der ArbeiterInnen in die Machbarkeit einer „Partnerschaft“ mit der Bourgeoisie.

Die Führer des Sowjets sahen die Doppelmacht nicht als eine zeitweilige, instabile Situation im Kampf, deren Ausgang

zugunsten der einen oder der anderen der konkurrierenden Klassen entschieden werden würde. Sie sahen sie als eine dauerhafte Übereinkunft zwischen Verhandlungspartnern. Trotzki stellte es später so dar: *„In der Revolution 1917 sehen wir, daß die offizielle Demokratie bewußt und absichtlich ein Doppelmachtsystem schafft, wobei sie es mit aller Macht vermeidet, daß die Macht in ihre eigenen Hände übergeht.“*

In Wirklichkeit konnte die Doppelmacht nur ein Vorspiel dazu sein, dass entweder die Bourgeoisie oder das Proletariat den toten Punkt überwinden würde. Trotzki erklärte dazu: *„Entweder wird die Bourgeoisie tatsächlich den alten Staatsapparat beherrschen, wobei sie ihn ein wenig zu ihren Zwecken verändert – in diesem Fall werden die Sowjets zunichte gemacht werden -, oder die Sowjets werden die Grundlage eines neuen Staates bilden, wobei sie nicht nur den alten Regierungsapparat liquidieren werden, sondern auch die Herrschaft jener Klassen, denen er gedient hat.“*

Die Ereignisse der russischen Revolution trafen die Bolschewiki sowohl organisatorisch wie programmatisch unvorbereitet. Vor Lenins Rückkehr nach Russland und dem darauf folgenden Parteikongress im April war die Partei verwirrt und gespalten. In Petrograd nahm die Partei vier deutlich unterschiedene Positionen bezüglich der Situation der Doppelmacht ein. Das Distriktskomitee von Wyborg stand zu einem Programm von Forderungen, das ein tiefes Misstrauen gegenüber der Provisorischen Regierung mit dem Glauben, dass die Revolution strikt demokratische wäre, kombinierte. Am 1. März rief es die Sowjets auf, eine Revolutionäre Provisorische Regierung gemäß der Linie der bolschewistischen Losungen von 1905 zu bilden. Das Ziel dieser Regierung sollte sein, den Weg für das Zusammentreten einer demokratischen Konstituante vorzubereiten.

Das Petrograder Komitee wurde hauptsächlich von früheren politischen Verbannten, die von der Februarrevolution befreit worden waren, gebildet. Sie nahmen einen konservativeren

Standpunkt ein. Am 3. März entschlossen sie sich, *„der Macht der Provisorischen Regierung nicht entgegenzutreten, sofern deren Aktivitäten den Interessen des Proletariats und der breiten demokratischen Volksmassen entsprächen.“*

Diese Position implizierte keine unmittelbare Herausforderung gegenüber der vorherrschenden Linie im Exekutivrat des Sowjets. Sie blieb darüber im Unklaren, inwieweit die Provisorische Regierung tatsächlich den Interessen der Massen diene.

Das russische Büro des exilierten Zentralkomitees (Schljapnikow, Molotow und Zalutsky), schwankte. Zuerst forderten sie, dass eine revolutionäre Provisorische Regierung von oben herab von den im Exekutivrat des Sowjets vertretenen Parteien gebildet werden sollte. Ihre programmatische Agenda beschränkte sich darauf, die drei Schwerpunkte des sozialdemokratischen Minimalprogramms – den Achtsturentag, die demokratische Republik, die Konfiskation der Landgüter und ihre Übergabe an die Bauernschaft – sowie die Vorbereitung einer konstituierenden Versammlung durchzusetzen.

Auch hier war die Perspektive die einer rein demokratischen Etappe, über die die Revolution nicht hinausgehen könne. Diese Perspektive führte sie anfänglich dazu, Flugblätter des „linkeren“ Wyborg-Distrikts, die zur Bildung einer auf den Sowjets basierenden Regierung von unten her aufriefen, mit Acht und Bann zu belegen.

Perspektive

Die Perspektive eines Paktes mit den anderen Sowjet-Parteien stieß jedoch auf das Problem, dass die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre die Regierung nicht mit den Bolschewiki teilen wollten. Doch die Erkenntnis dessen trieb das russische Büro bald nach links. Vom 22. März an bezeichnete es die Sowjets als Embryos einer neuen Staatsmacht.

Es war die Redaktion der „Prawda“, die den rechtesten Standpunkt innerhalb des Bolschewismus einnahm. Herausgegeben wurde sie damals von Stalin, Muranow und Kamenew. Die „Prawda“ erklärte so am 7. März: *„Was uns betrifft, so ist, was jetzt zählt, nicht der Sturz des Kapitalismus, sondern der Sturz der Autokratie und des Feudalismus.“*

Diese Position verfolgte Stalin konsequent weiter, indem er argumentierte, dass, *„die Provisorische Regierung in der Tat die Rolle des Verteidigers der Errungenschaften des revolutionären Volkes angenommen hat. Gegenwärtig ist es nicht in unserem Interesse, Ereignisse herbei zu zwingen, die den Ausschluss von bürgerlichen Schichten, die unvermeidlich eines Tages sich von uns trennen werden, zu beschleunigen.“*

Am 15. März benutzte Kamenew die „Prawda“, um eine bedingte Unterstützung für Russlands Kriegsanstrengungen zu rechtfertigen, da nun die Autokratie gestürzt worden war. So wundert es wenig, dass Mitte März die Arbeiterbasis im Wyborger Distrikt für Anträge stimmten, die „Prawda“-Führung aus der Partei auszuschließen.

Diese Verwirrung spiegelte die Schwäche und die Widersprüche des vorigen, vom Bolschewismus aufgestellten Programms einer durchgehenden demokratischen Revolution wider. Sie sollte von den ArbeiterInnen im Bündnis mit der Bauernschaft durchgeführt werden, sollte aber eine von der sozialistischen Revolution unterschiedene, ja getrennte Etappe darstellen.

Der Februar 1917 aber zeigte, dass die innere Logik der Forderungen der mobilisierten Massen über das Minimalprogramm der demokratischen Revolution hinaus führte. Ihre Sowjets, Milizen und Fabrikkomitees waren Keimzellen eines gänzlich neuartigen Staates, dessen proletarische Räte-Demokratie die Formen und Grenzen der bürgerlichen Demokratie weit überschritt.

Auf ihre besondere Weise versuchten die streitenden Fraktionen

entweder, den Kampf auf das Terrain der demokratischen Forderungen zu beschränken, oder sie bemühten sich – ohne jedoch dafür programmatisch vorbereitet zu sein – konsequent darüber hinauszugehen.

Es war Lenin, der fähig war, die Beschränkungen des alten bolschewistischen Programms und dessen Perspektive zu überwinden. Diese Fähigkeit ist zugleich ein Zeugnis für die Lebenskraft und Stärke des historisch gewachsenen bolschewistischen Kadern und zeigt, dass eine offene Debatte in der Partei zu ihrer programmatischen Wiederbewaffnung in dieser entscheidenden Stunde führte.

Lenins Schriften während des Krieges, besonders *„Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus“*, ließen bei ihm die Einsicht reifen, dass Russland ein, wenn auch schwaches, Glied in der Kette des Weltimperialismus war. Notwendigerweise konnte daher das Programm der kommenden russischen Revolution nicht länger in der Formel einer nationalen und demokratischen Revolution gefasst werden; stattdessen war sie Bestandteil der internationalen Revolution gegen den Kapitalismus selbst.

Diese Erkenntnis, verbunden mit einer geschärften Sicht auf das Wesen und das Potential der Sowjets im Februar/März 1917, ermöglichte es Lenin, das bolschewistische Programm angesichts der gesellschaftlichen Explosion Russlands zu überarbeiten und neu auszurichten. Dies unterschied ihn von den streitenden Gruppierungen der Bolschewiki in Petrograd und befähigte ihn, eine höhere Synthese aus den gesündesten ihrer Ansichten – besonders jener Gruppierungen, die eng mit den aufständischen Massen verbunden waren – herzustellen.

Lenins erste Antworten auf die russische Revolution wurden in einer Artikelreihe für die „Prawda“, seinen „Briefen aus der Ferne“, ausgedrückt. Sie bedeuteten einen derartigen Bruch mit dem von Stalin geschätzten „alten Bolschewismus“, dass nur eine gekürzte Version davon von den Herausgebern

veröffentlicht wurde.

Lenin argumentierte, dass der Sowjet eine Organisation der Arbeiter, der Embryo einer Arbeiterregierung sei und dass die einzige Garantie für die Zerstörung des Zarismus in der Bewaffnung des Proletariats, in der Stärkung, der Ausweitung und Entfaltung der Rolle, Bedeutung und der Macht des Sowjets der Arbeiterdeputierten läge.

In diesen Schriften stellt Lenin nun den Sowjet konkret als Keim einer Arbeiterregierung dar und nicht als eine Revolutionäre Provisorische Regierung, wie er es noch 1905/06 getan hatte. Während der Revolutionären Provisorischen Regierung die Aufgabe der Einberufung einer Konstituante zugeschrieben worden war, erscheint eine solche Forderung weder in den „Briefen“, noch in den „Aprilthesen“ auf. Lenin erkannte, dass das, was jetzt auf der Tagesordnung stand, die Zerstörung der Staatsmaschine der Ausbeuterklassen und ihre Ersetzung durch einen neuartigen Staat, basierend auf den Arbeiterräten, war.

Lenin stellte sich der Unterstützung der Provisorischen Regierung durch den Petrograder Sowjet entgegen, erkannte aber das reale Potential bei der Bildung des „Beobachtungskomitees“. In seinen Worten: *„Nun, das ist etwas Reales! Es ist der Arbeiter würdig, die ihr Blut für Freiheit, Frieden und Brot für das Volk vergossen haben.“*

Es war jedoch nur *„ein Schritt auf dem richtigen Weg“*, der zur Schaffung einer Arbeitermiliz führen muss, die es ermöglichen würde, den Weg zur *„Sozialistischen Republik aller Länder“* zu beschreiten.

Mit der Bildung der Miliz und der Sowjets hatten die russischen ArbeiterInnen einen Kurs eingeschlagen, mit dem *„sie selbst diese Organe der Staatsmacht konstituieren sollten“*. In seinem dritten Brief kündigt Lenin an:

„Ich sagte, daß die Arbeiter die alte Staatsmaschine

zerschlagen hätten. Ich hätte richtiger daran getan, zu sagen: Sie haben begonnen, sie zu zerschlagen.“

Die Doppelmacht, die aus der Februarrevolution hervorgegangen war, stand vor einer Alternative: entweder Übergang zu einem Staat der Arbeiterräte oder Triumph der bürgerlichen Reaktion. Es konnte keine rein demokratische Etappe der russischen Revolution geben.

Die Rückkehr aus dem Exil erlaubte es Lenin, direkt in der bolschewistischen Partei zu intervenieren und sein programmatisches Rüstzeug weiter zu schärfen. An der Spitze der offiziellen Begrüßungsdelegation des Sowjets forderte ein führender Menschewist Lenin auf, seine Rolle bei der „Schließung der demokratischen Reihen“ zu spielen. Lenin weigerte sich prompt und erklärte stattdessen: *„Das Morgenrot der weltweiten sozialistischen Revolution ist gerade angebrochen. (...) Jetzt kann der europäische Kapitalismus mit jedem Tag zusammenbrechen. Die von euch ausgeführte russische Revolution hat den Weg dazu bereitet und eine neue Epoche eröffnet. Lang lebe die weltweite sozialistische Revolution!“*

Um die bolschewistische Partei programmatisch für diesen Kampf wiederzubewaffnen, legte Lenin seine *„Aprilthesen – Die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“* vor.

Das Ziel, das sich die Thesen setzten, war, von einem Stadium der Revolution, in dem die ArbeiterInnen mit unzureichendem Klassenbewusstsein unnötigerweise die Macht an die Bourgeoisie abgetreten hatten (das heißt, dass es kein notwendiges, sich selbst auf die bürgerliche Demokratie beschränkendes Stadium war), zu einem zweiten Stadium, *„das die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauern legt“*, voranzuschreiten.

Das war nicht nur deshalb möglich, weil die Massen zu politischem Leben erwacht waren, sondern auch, weil die

Herrschaft der Doppelmacht wenigstens vorübergehend eine repressive Gewalt gegenüber den Massen ausschloss.

Das bedeutete notwendigerweise, dass die Bolschewiki einen Standpunkt einnehmen mussten, die Provisorische Regierung nicht zu unterstützen und jede Verteidigung der bürgerlichen Regierung abzulehnen. Aber noch wichtiger: Es bedeutete, dass der Kampf über das demokratische Programm hinausgegangen war, nicht weil eine demokratische Etappe erreicht worden wäre und sich in ihrer Brauchbarkeit erschöpft hätte (wie stalinistische Historiker immer behauptet haben), sondern weil der Kampf für eine demokratische Republik einen Schritt zurück darstellen würde, verglichen mit dem Kampf, die Möglichkeit eines Staates der Arbeiterräte, der in den Sowjets in embryonaler Form existierte, zu verwirklichen.

Lenin schrieb: *„Vom Sowjet der Arbeiterdeputierten zur parlamentarischen Republik zurückzukehren, wäre ein Rückschritt.“*

Stattdessen müsste die Partei für die *„Abschaffung der Polizei, der Armee und der Bürokratie“* kämpfen und dafür, dass alle diese Funktionen dem bewaffneten Volk insgesamt übertragen würden.

Genauso, wie Lenin seine frühere Idee einer relativ getrennten demokratischen Etappe in der Revolution zurückgewiesen hatte, war er sich auch klar darüber, dass sein Programm die unmittelbare *„Einführung“* des Sozialismus nicht ins Auge fasste. In Wirklichkeit sollte die Revolution den Übergang zum Sozialismus eröffnen, als Teil der internationalen Revolution, durch die Etablierung der Sowjetkontrolle über eine einzige Nationalbank und durch die Übergabe der *„gesellschaftlichen Produktion und Distribution der Produkte schließlich unter die Kontrolle der Sowjets der Arbeiterdeputierten.“*

Im Kern enthalten die *„Aprilthesen“* ein Übergangsprogramm von der Doppelmacht zur Diktatur des Proletariats, dem Ziel des

marxistischen Programms.

Lenins Kampf zur Wiederbewaffnung der Bolschewiki traf auf bitteren Widerstand vieler seiner GenossInnen, die sich noch in den ausgefahrenen Gleisen einer schematischen Erwartung eines demokratischen Stadiums der russischen Revolution bewegten und davon überzeugt waren, dass diese Aufgabe erfüllt werden müsse. Als die „Prawda“ die „Aprilthesen“ veröffentlichte, leitete Kamenew sie mit der Bemerkung ein: *„Bezüglich der allgemeinen Vorstellung des Genossen scheint es uns unannehmbar, daß sie von der Annahme ausgeht, daß die bürgerlich-demokratische Revolution beendet wäre und mit einer unmittelbaren Transformation dieser Revolution in eine sozialistische Revolution rechnet.“*

In einem dreiwöchigen Diskussionsprozess gewann Lenin die Partei für seine offensive programmatische Linie. Nach Schwanken und Zögern machte sich die Partei daran, die Massen für die Erkenntnis der potentiellen Macht der Sowjets und der schnell anwachsenden Arbeitermilizen, der Roten Garden, zu gewinnen. Nach einer Periode der Verwirrung über den demokratischen Charakter der Aufgaben des Proletariats nahm die Partei nun ein Programm des Übergangs zur Arbeitermacht an. Indem sie die Sichtweise der russischen Revolution als eines nur nationalen, isolierten Ereignisses aufgab, kämpfte die Partei jetzt darum, dass die russischen ArbeiterInnen in der Avantgarde der internationalen Revolution stünden. Dazu Lenin vor der Parteikonferenz, die seine Linie unterstützte:

„Die große Ehre, den ersten Schlag zu führen, ist dem russischen Proletariat zugefallen, aber es sollte niemals vergessen, daß sein Fortschritt und seine Revolution nichts als ein Teil einer weltweiten und wachsenden revolutionären Bewegung sind, die täglich stärker wird. (...) Wir können unsere Aufgabe in keinem anderen Licht betrachten.“

Russland auf dem Weg zum Roten Oktober Alle Macht den Sowjets!

Workers Power, Die Taktiken der Bolschewiki in der Revolution, Kapitel 3, Revolutionärer Marxismus 38, Oktober 2007

Die Oktoberrevolution wurde in Russland von der Bolschewistischen Partei unter der Losung „Alle Macht den Sowjets!“ geführt. Im Verlauf der Revolution von 1905 und – noch deutlicher – von 1917 hatten Lenin, Trotzki und die Bolschewiki die historische Bedeutung der Sowjets als Organisationsform zu verstehen gelernt.

Der Sowjet, ein Rat, der alle ausgebeuteten und unterdrückten Gruppen vertrat und sie auf dem Prinzip direkter Wahl, jederzeitiger Abwählbarkeit und der Abschaffung bürokratischer Privilegien gründete, wurde von den Bolschewiki zurecht als der beste und direkteste organisatorische Ausdruck der Macht des Proletariats und seiner Verbündeten angesehen. Er war die bestmögliche Grundlage für die Diktatur des Proletariats – für den Rätestaat.

1938 schrieb Trotzki im Übergangsprogramm: *„Die Losung der Sowjets krönt daher das Programm der Übergangsforderungen.“* Er erklärte, dass im Kampf um die Macht die Sowjets das Mittel sind, um alle gegen den Kapitalismus kämpfenden Kräfte zu vereinigen. Nach Lenins und Trotzkis Ansicht gab es keinen Ersatz für die Sowjets als Organe der Arbeitermacht. Was sie zu dieser Ansicht gebracht hatte, waren die Sowjets selbst.

Repräsentation

Die Organisationsform der Sowjets entsteht, wenn die täglichen Kämpfe der Massen im Moment einer revolutionären Krise stattfinden. Sowjets sind eine außergewöhnliche Organisationsform, um mit außergewöhnlichen Problemen, die eine revolutionäre Krise aufwirft, fertig zu werden. Gerade deswegen reagieren sie viel unmittelbarer auf die Bedürfnisse und Wünsche der Massen, als die etablierten und oft bürokratisierten Organisationsformen. Sie sind Vertretungen der ArbeiterInnen und ihrer Verbündeten im Kampf. Ein Mitglied des örtlichen Sowjets von Wyborg 1917 vermittelt einen Eindruck vom wahrhaft repräsentativen Charakter der Räteform:

Die „Massen des Wyborger Rayons brachten alle ihre Bedürfnisse und Erwartungen vor den Sowjet; für sie war er das bedeutsame und greifbare Organ der Macht. Vom Morgen bis zum Abend kamen Arbeiter, Jugendliche, Soldaten mit verschiedenen Problemen. Keiner ging ohne Antwort wieder weg.“

Man vergleiche diese Nähe des Sowjets zur Basis mit der Distanz, welche die Gewerkschaftsbürokraten zwischen sich und ihren Millionen Mitgliedern errichtet haben!

Dank dessen, dass er die Massen im Kampf repräsentiert, ist er einzigartig gut dazu geeignet, ein Instrument für den revolutionären Kampf zu sein. Da er eine wirkliche Repräsentation der Massen ist, kann er sie am einfachsten und effektivsten auch zu den Waffen rufen. 1905 und 1917 war der Petrograder Sowjet imstande, Zehntausende in allen Industriezweigen zu Streikaktionen zu mobilisieren, um den Achtsturentag zu sichern. Seine Aufgabe war es, den Kampf jener, denen er verantwortlich war, zu koordinieren und zu führen. Über den Petrograder Sowjet von 1905 bemerkte Trotzki, dass er mehr einem Kriegsrat, als einem Parlament ähnelte.

Gerade dieser Wesenszug ließ Trotzki 1917 optimistisch sein, dass die Sowjets für den bolschewistischen Einfluss

empfänglich wären. Die Probe in der Aktion selbst konnte nicht einfach durch eine schwerfällige bürokratische Maschine verzögert werden. Jede Stunde warf für die Sowjets ein neues Problem auf, das in der Praxis zu lösen war. Das Programm revolutionärer Aktion kann rasch – und oft dramatisch – den Massen seine Überlegenheit enthüllen. Trotzki bemerkte dazu: *„Von allen Formen revolutionärer Vertretung ist der Sowjet die flexibelste, unmittelbarste und durchlässigste. Aber er ist noch bloß eine Form. Er kann nicht mehr geben, als die Massen imstande sind, zu einem bestimmten Moment hineinzubringen. Jenseits davon kann er den Massen nur dabei helfen, die Fehler, die sie begangen haben, zu verstehen und zu korrigieren. In dieser Funktion der Sowjets liegt eine der wichtigsten Garantien der Entwicklung der Revolution.“*

Das dritte zentrale Element der Sowjetform, das Lenin und Trotzki dazu brachte, sie derart hoch für die Zwecke der Revolution zu bewerten, war, dass sie ein embryonales Organ der Macht – der Arbeitermacht – darstellten. Dies zeigte sich 1905 wie 1917. Die Sowjets entwickelten sich aus Streiks heraus, aber sie übernahmen die Funktionen der Verwaltung, der Organisation von Versorgung und die Organisation einer proletarischen Miliz.

In den Streiks von 1905 entstand der erste Sowjet in Russland – im Mai in Iwanowo-Wosnessensk. Während eines Streiks der 40.000 ArbeiterInnen in dieser Textilstadt, trafen sich 110 von ihnen gewählte Delegierte. Die Bedeutung dieser Versammlung bestand darin, dass sie alle ArbeiterInnen des Distrikts auf einer stadtweiten Grundlage, ohne Unterschied ihres Berufes oder ihrer Qualifikation, vereinte.

Das Petrograder Proletariat – die Vorhut im Jahre 1905 wie auch 1917 – ahmte seine Brüder und Schwestern in Iwanowo-Wosnessensk rasch nach. Während des Generalstreiks im Oktober trafen sich 40 Delegierte im Technischen Institut und errichteten einen Sowjet zur Organisierung des Streiks – aber nicht nur dazu. Sie erklärten: *„Die Versammlung der*

Delegierten aus allen Fabriken wird ein Allgemeines Arbeiterkomitee in St. Petersburg bilden. Das Komitee wird unsere Bewegung stärken und vereinheitlichen, es wird die Arbeiter von St. Petersburg in der Öffentlichkeit repräsentieren und über Aktionen während des Streiks ebenso entscheiden, wie über seine Beendigung.“

Eine „zweite Regierung“

Dies war nicht nur ein Streikkomitee. Im November 1905 hatte es 562 Delegierte. Es gab die „Iswestija“ als Tageszeitung heraus, indem es die Druckereien der bürgerlichen Zeitungen besetzte, um zu garantieren, dass sie regelmäßig und professionell produziert würde. Unter Trotzki's Führung legte es ein gegen die Macht der zaristischen Autokratie gerichtetes Programm politischer Forderungen vor. Es untersagte die Verbreitung von Zeitungen, die vom Staat zensiert waren. Nur jene, die den Stempel des Sowjets „Unzensiert“ trugen, wurden ausgeliefert.

Noch bezeichnender ist, dass seine Existenz und seine Kämpfe auch nach dem Streik anhielten. Der Petersburger Polizeichef war über den Sowjet so in Sorge, dass er prophetisch warnte, er drohe, eine „zweite Regierung“ zu werden. Sein Potential als ein Organ der Arbeitermacht enthüllte sich im Herbst 1905. Sein wahres Potential sollte sich im Oktober 1917 entfalten.

Anfänglich standen die Bolschewiki 1905 den Sowjets argwöhnisch gegenüber. Sie sahen sie als eine menschwistische List an, um eine konkurrierende, parteilose Körperschaft aufzubauen, mittels derer sie dann die Bolschewiki ausmanövrieren konnten. Dieser Argwohn rührte von der Weigerung des Sowjets her, sich allein auf Gewerkschaftsfragen zu beschränken. Der wichtige bolschewistische Agitator. P. Mendelew erklärte: *„Der Sowjet der Arbeiterdeputierten hat kein Recht, als eine politische Organisation zu existieren und die Sozialdemokraten müssen von ihm zurücktreten, da seine Existenz der Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung*

schädigt. Der Sowjet mag als eine Gewerkschaftsorganisation existieren – oder er sollte überhaupt nicht existieren!“

Die Absichten der Menschewiki

Der Argwohn, den die Bolschewiki gegenüber dem Sowjet verspürten – genauer, gegenüber den Menschewiki, von denen sie annahmen, dass diese hinter dem Sowjet stünden – war jedoch alles andere als unbegründet.

Die Menschewiki begeisterten sich daran, Sowjets als „Arbeiterkongresse“ zu schaffen. Diese Kongresse könnten, in den Worten Martynows, als Mittel dienen, *„revolutionären Druck auf den Willen der liberalen und radikalen Bourgeoisie auszuüben“*. Die Menschewiki glaubten, dass die Rolle des Proletariats nur darin bestünde, die Bourgeoisie während der demokratischen Revolution zu ermutigen. Der Sowjet, als eine Form lokaler Regierung und eines Arbeiterkongresses, wurde nicht als Machtorgan, sondern nur als Druckmittel gegenüber der Bourgeoisie gesehen. Mehr noch, die Menschewiki glaubten, dass innerhalb eines solchen Forums eine Massenpartei der Arbeiterklasse – eine, die verschiedenste politische Tendenzen ausdrücken würde – aufgebaut werden könnte. Daher war der Sowjet für Martynow „abnormal“, aber er konnte dazu gebraucht werden, um die Norm der internationalen Sozialdemokratie, eine Massenpartei, zu erreichen, *„die breit genug ist, um Organisationen nach dem Muster des Sowjets der Arbeiterdeputierten einzuschließen oder überflüssig zu machen.“*

Lenin verstand das wirkliche Wesen der Sowjets – ihren repräsentativen Charakter, ihre Befähigung zum revolutionären Kampf und ihr Potential als Machtorgane – trotz des Einflusses des Menschewismus in ihnen. Indem er die Sowjets nicht als eine Alternative zu den Bolschewiki, sondern als ein Mittel zur Erfüllung der bolschewistischen Regierungslosung, der Provisorischen Revolutionären Regierung, darstellte, gewann er die Partei für die Notwendigkeit des Kampfes um die Führung

innerhalb der Sowjets. Für ihn waren Sowjets zugleich auch „Instrumente des Aufstandes“ und „Zellen der neuen revolutionären Macht“. 1906 schrieb er über den Petrograder Sowjet: *„Das war das Gesicht der neuen Macht – oder besser, ihre Keimform, da der Sieg der alten Macht die jungen Sprossen sehr bald zerstörte.“*

Im Februar 1917, nach dem Sturz der Autokratie, begannen die jungen Keime erneut zu sprießen. Diesmal führten die Bolschewiki, nach Lenins Rückkehr und nach dem Triumph seiner „Aprilthesen“, die die sozialistische Revolution und die Schaffung einer Sowjetregierung als eine Arbeiter- und Bauernregierung unmittelbar auf die Tagesordnung setzten, einen Kampf, um die Sowjets zu den einzigen Machtorganen in ganz Russland zu machen.

Die Menschewiki, eng an die Bourgeoisie gekettet, versuchten, die Sowjets auf eine überwachende und beratende Rolle gegenüber der kapitalistischen Provisorischen Regierung zu beschränken. De facto war nach dem Februar die Macht zwischen der Bourgeoisie und den Sowjets aufgeteilt: eine Situation der Doppelmacht herrschte.

Arbeiter- und Soldatendelegationen

Am Nachmittag des 27. Februar 1917 gründete eine Gruppe von Petrograder Arbeiterführern im Taurischen Palais das „Provisorische Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiterdeputierten.“ Sie beschlossen, Abgeordnete auf der Basis von einem Deputierten pro 1.000 ArbeiterInnen zu wählen. Als sie sich am Abend versammelten, waren zwischen 40 und 50 Deputierte anwesend. Bei der Versammlung waren Soldaten ebenso wie ArbeiterInnen vertreten. Die von den Armeekompanien, die an der Revolution teilgenommen hatten, gewählten Deputierten waren entscheidend daran beteiligt, den Petrograder Sowjet in eine Organisation der ArbeiterInnen und Soldaten umzuwandeln.

Die Bedeutung dessen war ungeheuer. Nicht nur, dass dies

militärische Unterstützung und Waffen für den Sowjet bedeutete; es brachte die Bauernschaft – denn die Soldaten waren hauptsächlich „Bauern in Uniform“ – in Kontakt mit dem Proletariat. Es half, das Bündnis zu schmieden, das schließlich in der revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung nach dem Oktober vollendet werden sollte.

Nach der Abendsitzung am 27. Februar wurde der Sowjet stärker und stärker. In Petrograd wurden Ende März elf größere lokale Sowjets aufgebaut. Der zentrale Petrograder Sowjet wuchs im März zu einer Körperschaft von 3.000 Delegierten an. Im gesamten Zarenreich entstanden Sowjets. Im Mai gab es 400, Im Oktober schon 900.

Auf dem ersten Allrussischen Sowjetkongress im Juni 1917 versammelten sich in der Hauptstadt 1.090 Delegierte, welche 20 Millionen ArbeiterInnen, Soldaten und Bauern vertraten.

Doch die Sowjets entwickelten sich nicht nur zahlenmäßig. Zur Verblüffung ihrer anfänglichen menschowistischen Führer mischten sie sich andauernd in Regierungsgeschäfte ein. Im Flottenstützpunkt Kronstadt, wo die Bolschewiki und die linken Sozialrevolutionäre von Beginn an die Mehrheit hatten, erklärte der Sowjet im Mai: *„Die einzige Macht in der Stadt Kronstadt ist der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der mit dem Petrograder Sowjet in Regierungsangelegenheiten zusammen handelt.“*

Der Sowjet entließ den Vertreter der Provisorischen Regierung und erklärte Kronstadt sogar zur Republik. Dies erschreckte die Kompromißler im Petrograder Exekutivkomitee bis ins Herz. Zeretelli und Skobelew wurden ausgesandt, um die Kronstädter zu überreden, von solchen Aktionen Abstand zu nehmen. Aber beide waren angesichts der steigenden Flut hilflos. Überall war es die Dynamik der Sowjets selbst, die sie in eine ähnliche Richtung wie Kronstadt trieb.

In Wyborg, der bolschewistischen Bastion in Petrograd, der

Heimat der großen Fabriken, überwachte der Sowjet die Arbeiterkontrolle in den Fabriken und übernahm die Gefängnisbäckerei des Kresty, um die Brotversorgung der ArbeiterInnen zu sichern.

Die Fabriken von Wyborg standen im Kampf um die Sowjetmacht von Anfang an in vorderster Front. Im April war der bürgerliche Minister Miljukow gezwungen, die Provisorische Regierung nach der Bekanntmachung seiner Note an die Alliierten, welche die Treue Russlands zu den Kriegszielen des Zaren erklärte, zu verlassen.

Als Antwort darauf gab Wyborg die lautstärksten Aufrufe zur Beendigung der Doppelmacht heraus. Die Resolution der Konstruktionsfabrik für optische Geräte ist typisch für die Stimmung in Wyborg: „Daher meinen wir, daß die Miljukow, Gutschkow und Co. nicht ihrer Ernennung entsprechen und wir erkennen, daß die einzige Macht im Land die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sein müssen, die wir mit unserem Leben verteidigen werden.“

Widersprüche der Doppelmacht

Bis zum Juni waren Wyborg und Kronstadt bei ihren Aufrufen zur Lösung der Doppelmacht relativ isoliert. Die Bourgeoisie war sich des Problems, dem sie sich gegenüber sah, wohl bewusst, wenn sie mit der Macht der Sowjets koexistieren musste. Gutschkow drückte sein Verständnis des Problems schon so früh, wie am 9. März, aus:

„Die Provisorische Regierung besitzt keine reale Macht. Ihre Befehle werden nur von den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten unterstützt (...) offen gesagt, die Provisorische Regierung existiert nur auf Erlaubnis der Sowjets.“

Der springende Punkt der Doppelmacht war, dass das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets – welches in ganz

Russland als Führung angesehen wurde – bis zum September diese Erlaubnis erteilte. Das Exekutivkomitee schloss einen Handel mit den bourgeoisen Überbleibseln des Staatsduma-Komitees und sagte dann den ArbeiterInnen und Soldaten: *„Solange das Übereinkommen zwischen dem Petrograder Arbeiter- und Soldatensowjet und der Provisorischen Regierung nicht gebrochen wird, muß die Provisorische Regierung als die einzige gesetzmäßige Regierung für ganz Rußland angesehen werden.“*

Nach dem Rücktritt von Gutschkow und Miljukow und dem Eintritt von Sowjetvertretern in die Provisorische Regierung zog Zeretelli die logische Schlussfolgerung – vom Standpunkt der Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre aus gesehen – und argumentierte: *„Jetzt wird alle Macht der Provisorischen Regierung überantwortet werden. (Der Sowjet darf) sich nicht in Verwaltungsgeschäfte einmischen. Wir sollten eine nationale Regierung nicht hindern, sondern im Fall von Fehlern Alarm schlagen.“*

Warum waren die Kompromissler während so vieler Monate lang imstande, der Masse der ArbeiterInnen und Bauern Achtung vor der Provisorischen Regierung einzuflößen? Zuerst einmal, weil die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre bei Ausbruch der Februarrevolution in Russland stärker als die Bolschewiki waren. Sie waren besser in der Lage als die Bolschewiki, Führungspositionen in den Sowjets zu besetzen. So waren sie fähig, die realen Ängste der ArbeiterInnen vor der Konterrevolution auszuspielen, die Rolle der Sowjets auf eine Überwachung der Regierung zu beschränken. In Erinnerung an die Verfolgungen, die dem Jahr 1905 folgten, waren viele ArbeiterInnen nicht darauf vorbereitet, die alleinige Verantwortung für das Schicksal der Revolution zu übernehmen. Die menschewistische Ansicht, die Regierung der Bourgeoisie zu überlassen, passte zu solchen Befürchtungen.

Ein Delegierter zur Stadtkonferenz der Bolschewiki im April stellte fest: *„Als das Proletariat noch immer fürchtete, die*

Macht in seine Hände zu nehmen, machte sich die Bourgeoisie in die Duma auf und begann, Proklamationen herauszugeben und Deputierte zu wählen. Unsere besten Arbeiter erleichterten aus Angst vor der Konterrevolution die zufällige Zusammensetzung des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.“

Kritische Unterstützung für die Regierung

Bis zur Rückkehr Lenins befürwortete keine Partei der Revolution den Aufbau der Sowjetmacht als unmittelbares Ziel der Revolution. Die bolschewistische Formel lautete: *„Für eine revolutionäre Provisorische Regierung!“* Sogar führende Personen in der Partei, z.B. Kamenew, vertraten die kritische Unterstützung für die im Februar geschaffene Provisorische Regierung. Es ist daher nicht überraschend, dass auch die Masse der Arbeiterklasse und der Armee ihre Aufgabe darin erblickte, die Regierung auf demokratischem Kurs zu halten. Typisch für diese Auffassung war die Resolution der Baltischen Schiffswerft, die erklärte: *„Volles Vertrauen in den Sowjet – und wir sind sicher, daß der Sowjet, indem er selbst auf unser Vertrauen und auf die Unterstützung der organisierten revolutionären Demokratie gründet, fähig sein wird, die Provisorische Regierung zu zwingen, die Wünsche der revolutionären Armee und des Volkes in Betracht zu ziehen.“*

Von Ende April bis zum Juli betonten die Bolschewiki – anfänglich eine schwache Fraktion in den meisten Sowjets (40 Deputierte von insgesamt 3.000 in Petrograd Ende März) – die Losung *„Alle Macht den Sowjets!“* Ihr Ziel war, der probürgerlichen Politik der Kompromissler zu entkommen und in einer Sowjetrepublik die Führung, wenn möglich mit friedlichen Mitteln, zu gewinnen. Ab Juni machten sie dabei beträchtliche Fortschritte.

Die Arbeiter beschuldigen die

Kapitalisten

Die Provisorische Regierung war unfähig, die großen Probleme der wirtschaftlichen Produktion, der Landfrage oder des Krieges zu lösen. Mehr und mehr gelangten die ArbeiterInnen dahin, den Kapitalisten die Schuld zu geben, dass sie die Lösung dieser brennenden Probleme verhinderten. Mehr und mehr blickten sie auf ihre eigenen Organisationen, um diese Aufgabe für sie zu erledigen.

Als die Sowjetführung im Juni eine bolschewistische Demonstration aus Angst verbot, war sie genötigt, einen offiziellen Protestmarsch, um Dampf abzulassen, einzuberufen. Der Marsch vereinte über 400.000 und bestand aus ArbeiterInnen und Soldaten. Die „Demokratie“ versteckte sich in den Cafes und Salons. Trotz des „offiziellen“ Charakters des Marsches spiegelten seine Stimmung und Losungen den rasch wachsenden Einfluss des Bolschewismus wider. Suchanow, ein Augenzeuge, bemerkte: *„Und wieder und wieder, wie der unablässige Ruf aus dem tiefsten Inneren der revolutionären Hauptstadt, wie das Schicksal selbst, wie der verhängnisvolle Burnhamwald, kamen sie zu uns: ‚Alle Macht den Sowjets!‘, ‚Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!‘“*

Der konterrevolutionäre Trend nach den Juli-Tagen brachte die Bolschewiki dazu, einen Wechsel der Losungen bezüglich der Sowjets zu debattieren. Die Illegalisierung der bolschewistischen Partei, die Verhaftung vieler ihrer Führer und die Repression gegen die fortschrittlichsten ArbeiterInnen und Soldaten – alles von der damaligen Sowjetführung, also den Sozialrevolutionären und den Menschewiki, unterstützte Maßnahmen – brachte die Bolschewiki dazu, die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ fallen zu lassen. Die Hoffnung der Bolschewiki auf eine friedliche Entwicklung der Revolution verpuffte.

Trotz der Repression, die auch die bolschewistische Zeitung „Prawda“ verboten hatte und zeitweilig das Gros der Führung in

den Untergrund getrieben hatte, überlebte die bolschewistische Partei die Wochen der Spionagehysterie, die nach den Juli-Tagen durchs Land ging und besagte, dass Lenin ein deutscher Agent sei.

Lenin und Sinowjew schickten aus ihrem Versteck in Rasliw, unmittelbar jenseits der finnischen Grenze, Briefe und Dokumente. Schon am 13. Juli war die Partei fähig, eine zwei Tage dauernde strategische Konferenz der Militär-Organisation, des Zentralkomitees und der Komitees des Petrograder und Moskauer Distrikts abzuhalten.

Die Menschewiki und die Konterrevolution

Lenin bereitete dafür ein Dokument vor: *„Die politische Situation“*. Es bestand aus vier Thesen. These I erklärte, dass *„die Konterrevolution tatsächlich die Staatsmacht in ihre Hände genommen hat“* und dass *„Rußland tatsächlich eine Militärdiktatur ist“*, deren Politik *„die Vorbereitung der Auflösung der Sowjets ist“*.

These II brandmarkte die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre dafür, dass sie *„die Sache der Revolution, indem sie sie in die Hände der Konterrevolution legten, (vollständig) verraten haben“*, für die sie nun als *„bloßes Feigenblatt“* tätig wären.

These III proklamierte, dass alle Hoffnung auf einen friedlichen Übergang verschwunden sei und nun ein bewaffneter Arbeiteraufstand notwendig sei. Konsequenter argumentierte Lenin, dass die Losung *„Alle Macht den Sowjets!“* zurückgenommen werden müsste. Der Grund, den Lenin dafür angab, war, dass *„es eine Losung für die friedliche Entwicklung der Revolution war“* und dass *„die Macht in andere Hände übergegangen ist“* und die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Revolution *„vollständig verraten“* hätten.

Die vierte These besagte, dass die Partei legale und illegale Arbeit mit dem Ziel eines Aufstandes kombinieren müsse – dessen Ziel sein würde, *„die Macht dem von den armen Bauern unterstützten Proletariat zu übergeben; mit der Perspektive, unser Parteiprogramm in die Tat umzusetzen.“*

Unzutreffende Taktiken und Losungen

Lenins Thesen wurden heftig diskutiert. Unter anderem wurden sie von Wolodarsky, Nogin und Rykow angegriffen. Sogar Sinowjew, der Lenins Exil teilte, sandte eine Note, dass er nicht damit übereinstimme. Neben anderen unterstützten Swerdlow und Stalin Lenins Ansicht.

Die Diskussionen kreisten darum, ob die Konterrevolution triumphiert hätte oder nicht – das heißt, ob die Doppelmacht zugunsten der Bourgeoisie gelöst wäre, ob die Menschewiki und Sozialrevolutionäre sich nun definitiv als Konterrevolutionäre erwiesen hätten, ob eine friedliche Evolution innerhalb der Sowjets noch stattfinden könne, die es einer Sowjetregierung erlauben würde, an die Macht zu gelangen und ob ein Aufstand tatsächlich notwendig sei und ob der Sowjet nicht länger mehr der Mittelpunkt der Aktivität der Bolschewiki sei.

Ordshonikidse erinnerte sich später, dass Lenin in dieser Periode argumentiert hätte, dass die Fabrikkomitees – und nicht die Sowjets – die Organe des Aufstands werden würden.

In ihrem Wesen war Lenins Position strategisch, das heißt programmatisch, korrekt. Aber hinsichtlich einer Einschätzung der Situation und hinsichtlich der Taktik und der Losungen war sie unzutreffend. Die Parteidiskussion korrigierte diese Unzulänglichkeiten und die Taktik der Bolschewiki im August und September, überwand die Probleme, denen die Partei sich gegenüber sah. Lenin überschätzte die Totalität der Konterrevolution.

Insoweit es eine Konterrevolution nach dem Juli gab, so blieb

sie eine demokratische Konterrevolution und nicht die Durchsetzung einer Militärdiktatur. Das Armeekommando, die bürgerlichen „Konstitutionellen Demokraten“ und die rivalisierenden Mächtigen-Bonapartes – Kerenski und Kornilow – hatten die Doppelmacht nicht gelöst. Eher führten die reformistischen Führer die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte dazu, „Notstandsmaßnahmen“ gegen die proletarische Avantgarde zu erlauben. Aber die Etablierung einer Militärdiktatur hätte die Zerschlagung der Sowjets, der Soldatenkomitees und die vollständige Entwaffnung der Arbeiter erfordert. Um dies zu erreichen würde ein zweiter Coup notwendig sein.

Der taktische Irrtum Lenins bestand in der völligen Aufgabe der Losung „Alle Macht den Sowjets!“, die notwendigerweise mit der „friedlichen Entwicklung“ verbunden war. Lenin sah sie zu dieser Zeit allein als eine Losung an, die synonym wäre mit „Menschewiki und Sozialrevolutionäre, nehmt die Macht!“

Beide Irrtümer waren miteinander verknüpft. Lenin meinte, dass es keine weitere Periode legaler Sowjets, in der die Bolschewiki fortfahren könnten, immer mehr Delegierte in den Sowjets und schließlich sogar die Mehrheit darin zu gewinnen, geben werde. Dies war jedoch nicht der Fall und nach ein paar Wochen setzten die Bolschewiki ihren Aufstieg in den Sowjets fort.

Es war sicher korrekt, die Agitation für „Alle Macht den Sowjets!“ in der bislang gebräuchlichen Weise zurückzuziehen, sobald die Parteien der Mehrheit darin ihre totale Komplizenschaft mit den Konterrevolutionären bloßgelegt hatten. Aber sie besaß noch immer Bedeutung als ein Ausdruck der Notwendigkeit eines Arbeiterstaates, statt einer bürgerlichen Demokratie – und als die Bolschewiki dabei waren, eine Mehrheit zu erlangen, sollte sie eine neue konkrete agitatorische Bedeutung erlangen: „Alle Macht den (bolschewistischen) Sowjets!“

Der Kampf um eine bolschewistische Führung

Lenin war sich der Gefahr bewusst, die organisatorische Form von ihrer politischen Führung zu trennen. Unter einer reformistischen Führung können Sowjets eine reaktionäre Rolle spielen – wie tatsächlich im Juli 1917 oder in der deutschen Novemberrevolution unter Führung der SPD. Mit einer revolutionären Führung würden die Sowjets jedoch eine revolutionäre Rolle spielen. Der Kampf um neue Sowjets wurde de facto im August 1917 ein Kampf um eine bolschewistische Führung darin.

Die existierenden Sowjets wurden erneuert und ihre reaktionären Führungen verdrängt. In der Debatte auf dem bolschewistischen Kongress im Juli hatte Bucharin vorausschauend gewarnt: *das „Kind wird mit dem Badewasser ausgeschüttet, wir dürfen nicht der Form der Sowjets die Schuld geben, weil ihre Zusammensetzung sich als unpassend erwiesen hat.“*

Bucharins Ratschlag wurde, besonders in den lokalen Sowjets, stark beachtet. Ab September begannen die Bolschewiki, quer durch ganz Russland in den Sowjets Mehrheit um Mehrheit zu erlangen.

Aus diesem Grund wurde die Losung *„Alle Macht den Sowjets!“* nicht ein zweites Mal von der Tagesordnung abgesetzt, sondern ihr wurde eine neue Bedeutung verliehen: *„Alle Macht den bolschewistischen Sowjets!“* In dieser Formulierung hörte die Losung schließlich auf, ein Aufruf zu einer friedlichen Entwicklung zu sein. Die Partei nähert sich der bewaffneten Erhebung durch die Sowjets und im Namen der Sowjets.

Auf dem VI. Parteikongress, der am 26. Juli begann und acht Tage dauerte, wurde Lenins Position entwickelt und erweitert. Die programmatisch korrekten Elemente in Lenins Thesen wurden beibehalten – insbesondere, dass die Menschewiki und die

Sozialrevolutionäre sich als Werkzeuge der Konterrevolution erwiesen hatten. Im Wesentlichen und in später entwickelten Begriffen, waren diese Parteien nicht zentristisch, sondern konterrevolutionär. Keine Fusion oder Verhandlung war mit ihnen zu erlauben. Der Juli hatte das entscheidend bewiesen! Nur die Anhänger von Martow, die Menschewiki-Internationalisten und die linken Sozialrevolutionäre waren noch zögernde Elemente (Zentristen) geblieben.

Auf diesem Kongress fusionierten die Meschrajonzi und Trotzki endgültig mit den Bolschewiki, so dass nun alle konsequent revolutionäre Elemente in einer Partei vereint waren. Zusätzlich erkannte der Kongress an, dass die Provisorische Regierung um Kerensky und die Generäle nicht mit friedlichen Mitteln entfernt werden konnten, wenn auch die Gewinnung einer Mehrheit in den Sowjets und deren Verteidigung gegen die Konterrevolution weiterhin zentral bleiben würde. Die Richtigkeit dieser Marschrichtung bewies sich am Tag nach dem Putschversuch Kornilows.

Am 9. September fand eine Debatte über die Zusammensetzung des Präsidiums des Petrograder Sowjets statt. Trotzki, jetzt Bolschewik, führte den Angriff gegen die Kompromissler an. Er sprach für die Mehrheit des Petrograder Proletariats. Die Kompromissler wurden mit 519 zu 414 Stimmen geschlagen. Bolschewistische Mehrheiten in anderen Sowjets im ganzen Land gab es zur gleichen Zeit überall. Am 25. September wurde Trotzki wiederum Vorsitzender des Petrograder Sowjets. 1905 war er gezwungen gewesen, die Niederlegung der Waffen und die Unterwerfung unter die zaristische Polizei anzuordnen. 1917 gab es keine derartige Notwendigkeit zur Aufgabe.

Am 25. Oktober wurde auf dem II. Allrussischen Sowjetkongress nach dem in der Nacht zuvor erfolgten Aufstand die erste Sowjetrepublik der Welt errichtet.

Russland auf dem Weg zum Roten Oktober – Doppelmacht in den Fabriken

Workers Power, Die Taktiken der Bolschewiki in der Revolution, Kapitel 4, Revolutionärer Marxismus 38, Oktober 2007

Im Februar 1917 stürzten die russischen ArbeiterInnen auf der Ebene der Staatsmacht das zaristische Regime – um daraufhin eine bürgerliche Regierung zu akzeptieren. Die ArbeiterInnen traten die Staatsmacht an die Bourgeoisie ab, während sie ihre Sowjets zur Beaufsichtigung und zum Druck auf die Regierung aufrechterhielten. Ein ähnlicher Prozess fand in den Fabriken und Bergwerken statt. Die Doppelmacht, die auf staatlicher Ebene existierte, spiegelte sich auch an den Arbeitsplätzen wider.

Die ArbeiterInnen von Petrograd kehrten nach der Februarrevolution an die Arbeit zurück, entschlossen, das alte tyrannische Regime in den Fabriken zu zerstören. Sie bestanden auf die Einführung des Achtstundentages, indem sie die Arbeitsplätze nach acht Stunden einfach verließen. Sie forderten und erreichten es auch oft, dass sie für die Arbeitszeit, während derer sie das alte Regime gestürzt hatten, bezahlt wurden. Aber wichtiger noch, sie hatten noch einige Rechnungen mit jenen, die sie in den alten Zeiten schikaniert, ausgebeutet und erniedrigt hatten, zu begleichen.

Große Bereiche der russischen Industrie wurden durch von der Regierung Bevollmächtigte geleitet. Sobald die Macht ihrer Oberherrn gebrochen worden war, flüchteten viele der Direktoren und Manager. Manche ArbeiterInnen, z.B. jene der

„Ochta“-Sprengstoffwerke, kamen in die Fabrik zurück – ohne eine Fabrikleitung vorzufinden. Überall warfen die Arbeiter alle, die besonders brutale Ausbeuter waren, hinaus, wenn diese es wagten, zurückzukehren.

Ein wahrhaftes Fest des Hinauswerfens der verhassten Chefs in Schubkarren begleitete die Rückkehr zur Arbeit. Der Direktor der Putilow-Werke und sein Sekretär wurden in einen Kanal geworfen. Im „Cartridge“-Werk warfen die Arbeiter 80% des technischen Stabes hinaus. In der „Thornton“-Textilfabrik verjagten die Arbeiterinnen 30 Betriebspolizisten. Massenversammlungen der Beschäftigten diskutierten und entschieden über Listen von Unerwünschten. Im Ersten Kraftwerk stimmten die Arbeiter zum Beispiel dafür, allen Direktoren den Zutritt zum Werksgelände zu sperren, da *„sie Stützen des alten Regimes (seien) und in Anbetracht ihrer Schädlichkeit vom wirtschaftlichen Blickwinkel und ihrer Nutzlosigkeit vom technischen.“*

In allen größeren Industriezentren wählten die ArbeiterInnen Fabrikkomitees, um sie gemäß der neuen Ordnung zu vertreten. Diese Fabrikkomitees darf man nicht etwa mit den britischen „shop-steward“-Komitees oder deutschen Betriebsräten verwechseln. Sie wurden von allen Beschäftigten auf Vollversammlungen gewählt. Wo „shop-stewards“ (Vertrauensleute auf Abteilungsbasis) existierten, vertraten sie eben nur Teile der Beschäftigten in den Abteilungen. In bestimmten Betrieben existierten die Fabrikkomitees neben den Vertrauensleutekomitees mit scharf unterschiedenen Aufgaben.

In vielen vom Staat geführten Betrieben mussten die Fabrikkomitees anfänglich die Verantwortung für den Weiterbetrieb der Fabriken übernehmen.

Ebenso wie auf staatlicher Ebene fanden sich die ArbeiterInnen auch im Betrieb mit der Frage der Macht konfrontiert. Und genau wie auf staatlicher Ebene, händigten sie die Macht wieder den bürgerlichen Managern und Direktoren aus. Die

Parallele endet damit nicht. Obwohl die Komitees allgemein die technische und wirtschaftliche Verantwortlichkeit der Unternehmer und des Managements reorganisierten, beharrten sie auf dem Recht, diese Funktionen zu kontrollieren. Dies widerspiegelt den Willen der Sowjets, die Arbeit der Provisorischen Regierung zu kontrollieren.

Die Fabrikkomitees verlangten „die Kontrolle über die innere Ordnung“ – und führten sie auch aus. In ganz Russland erhoben die Komitees die gleichen Forderungen bezüglich der Länge des Arbeitstages, der Höhe des Mindestlohnes, der Pausen, der Einstellungen und Entlassungen usw.

Auf eine sehr grundlegende Weise forderten sie das Recht der Unternehmer und ihrer Vertreter, die Fabriken und Bergwerke zu verwalten, heraus. Arbeiterkontrolle auf dieser Stufe bedeutete die Bestätigung der Autorität der Fabrikkomitees über die Angelegenheiten der „internen Ordnung“. Sie bedeutete die Wachsamkeit der Arbeiterklasse über die Tätigkeit des Managements. Es war eine höchst instabile und widersprüchliche Situation, zu der die Unternehmer keine Alternative hatten, als diese, wenn auch widerstrebend, nach dem Februar-Aufstand zu akzeptieren.

Zurückhaltung

Generell hielten sich die ArbeiterInnen dabei zurück, wirkliche Verantwortung für die Verwaltung ihrer Betriebe zu übernehmen. In den „Patronnys“-Werken z.B. konstituierten sie sich nicht selbst als alternatives Management. Das Fabrikkomitee säuberte die gesamte Verwaltung und zog sich dann auf eine „beobachtende“ Rolle zurück. Diese Methode wurde auf einer Konferenz der ArbeitervertreterInnen der Staatsbetriebe am 15. April festgelegt. Sie legte fest, dass *„indem wir nicht danach verlangen, auf uns die Verantwortlichkeit für die technische und administrative Organisation der Produktion unter den gegebenen Bedingungen bis zur vollen Vergesellschaftung der Wirtschaft zu nehmen,*

treten die Vertreter des zentralen Fabrikkomitees in die Administration mit einer beratenden Stimme ein.“

Eine Situation, in der die ArbeitervertreterInnen täglich die traditionellen, „heiligen“ Rechte des Managements überschritten, konnte niemals dauerhaft sein. Wie auf staatlicher Ebene, musste auch in der Fabrik schließlich die eine oder die andere Klasse vorherrschen. Für die fortgeschrittensten Sektionen des Proletariats stellte die Arbeiterkontrolle nur eine Übergangsphase auf dem Weg zum Sozialismus dar, wie es die ArbeiterInnen der Putilow-Werke ausdrückten: *„Die Arbeiter bereiten sich für die Zeit vor, wenn der Privatbesitz der Fabriken (...) abgeschafft sein wird und die Produktionsmittel, zusammen mit den Gebäuden, errichtet von den Händen der Arbeiter, der Arbeiterklasse übergeben werden. Indem wir daher diese geringe Sache erledigen, muss man dauernd sich des großen und grundsätzlichen Ziels, das das Volk erstrebt, bewusst sein.“*

Von den Unternehmern wurde diese Situation nur als Übergangsphase betrachtet, als ein notwendiges, aber zeitweiliges Zugeständnis, bis sie ihre traditionellen Vorrechte und ihre ungehinderte Herrschaft wieder ausüben könnten.

Verschlechterung

Im April und Mai wurde zunehmend offenkundig, dass sich der Zustand des russischen Kapitalismus dramatisch verschlechtert hatte. Zudem wurde immer offenkundiger, dass die Kapitalistenklasse auf das wachsende Wirtschaftschaos hoffte, um die Arbeiterklasse zu brechen. Oft wurden die ArbeiterInnen, anfänglich aus patriotischen Motiven, zunehmend argwöhnischer, dass die Unternehmer und die staatlichen Manager willentlich die Kriegsproduktion behinderten. Mit sich erschöpfenden Vorräten nahmen die Fabrikkomitees häufig die Aufgabe der Besorgung auf sich – durch Arbeiterdelegationen in Regionen, wo Kohle, Eisen und Holz produziert wurden. In

dieser Hinsicht gerieten die Fabrikkomitees in Gefahr, zum Komplizen für ein effektiveres kapitalistisches Management zu werden. Aber zugleich bewiesen sie auch, dass nur die Organisationen der Arbeiterklasse wirkungsvoll eine Wirtschaftskatastrophe verhindern konnten.

Dabei wurde erneut die Instabilität der Doppelmacht klar. Entweder würden die Fabrikkomitees zu Organen der Klassenkollaboration werden, oder sie mussten über ihre „beobachtende“ Rolle hinaus in Richtung sozialistische Revolution gehen.

Als die Verknappungen zunahmen und das Management Schließungen androhte, ging das Konzept der Arbeiterkontrolle darüber hinaus, die Unternehmer nur zu „kontrollieren“. Nachdem man gesehen hatte, was die Unternehmer taten, bedeutete dies, gegen ihre Schließungspläne zu kämpfen. In Petrograd nahm dies eine besonders scharfe Form an, als die Kapitalisten sich darauf vorbereiteten, die Produktion zu „verladen“, indem sie ihre Fabriken aus der Stadt verlagerten und so die Avantgarde der russischen Arbeiterklasse zerstreuten. Die Doppelmacht musste auf die eine oder andere Weise beendet werden.

Knappheit

Ein gutes Beispiel dieser Realität ist die „Langezipen“-Maschinenfabrik in Petrograd. Ende April gab es ernsthafte Verknappungen und Gerüchte, dass die Schließung bevorstünde. Das Fabrikkomitee postierte Wachen an den Fabrikatoren, um die Verwaltung am Verlassen zu hindern. Wie erwartet, kündigte das Management an, das Werk zu schließen. Auf Initiative des „Langezipen“-Fabrikkomitees hin untersuchte der Zentralrat der Petrograder Fabrikkomitees die Finanzfonds der Gesellschaft. Aus Angst, ihre schmutzigen Geschäfte könnten aufgedeckt werden, zauberten die Eigentümer nun neue Fonds hervor und kündigten an, die Fabrik weiter in Betrieb zu halten!

Ein ähnliches Muster eines Eingriffs in die traditionellen

Rechte des Managements wurde durchgehend im Mai in den größeren Betrieben etabliert. Sobald das alte Management wieder an Selbstvertrauen gewonnen hatte, nutzte es zunehmend seine Autorität, die ihm die ArbeiterInnen gelassen hatten, dazu, die Fabriken zu schließen oder zu ruinieren. Die Unternehmer und Manager waren darauf vorbereitet, in Verfolgung ihrer Klassenziele die Produktion zu desorganisieren. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion nahm eine schärfere Form an.

Unter den Arbeiterparteien waren nur die Bolschewiki darauf vorbereitet, den Kampf um die Arbeiterkontrolle konsequent zu führen. Sie konnten es, da die Partei diesen Kampf als Teil des Kampfes für die proletarische Revolution ansah. Die Menschewiki stellten sich jedem derartigen Kampf gegen den Kapitalismus entgegen. Ihre Zeitung „Rabotschaja Gazeta“ schrieb: *„Unsere Revolution ist eine politische. Wir zerstören die Bastionen der politischen Autorität, aber die Grundlagen des Kapitalismus bleiben auf ihrem Platz. Eine Schlacht an zwei Fronten – gegen den Zar und gegen das Kapital – liegt über den Kräften des Proletariats.“*

Angesichts von Wirtschaftschaos und Sabotage seitens der Manager spielte der Kampf für Arbeiterkontrolle eine zentrale Rolle im Programm der Bolschewiki für den Übergang zur sozialistischen Revolution. In seiner *„Resolution zur wirtschaftlichen Desorganisation“* argumentierte Lenin Ende Mai:

„Der einzige Weg, um ein Desaster zu verhüten, besteht in der Einrichtung einer effektiven Arbeiterkontrolle über die Produktion und Distribution der Güter. Zum Zwecke einer solchen Kontrolle ist es zuallererst notwendig, dass die Arbeiter in allen entscheidenden Institutionen eine Mehrheit von nicht weniger als Dreiviertel aller Stimmen haben sollten und dass die Eigentümer, die sich nicht aus ihren Betrieben zurückgezogen haben, und der Ingenieursstab ohne Ausnahme aufgenommen werden müssen.“

Diese Kontrolle sollte von den Fabrikkomitees, den Gewerkschaften und den Sowjets ausgeübt werden. Sie sollte durch die Offenlegung der Geschäftsbücher für Arbeiterinspektionen ermöglicht werden. Das sollte sich auf Bank- und Finanzoperationen ausgedehnt werden. Es war jedoch für die ArbeiterInnen nicht möglich, eine wirksame Kontrolle nur auf der Ebene einzelner Unternehmen auszuüben. Für das System der Kontrolle, um *„zur vollen Regulierung der Produktion und Distribution der Güter durch die Arbeiter entwickelt zu werden“*, wäre es notwendig gewesen, über einen direkt den Arbeiterorganisationen verantwortlichen Staat die Kontrolle über die Gesamtwirtschaft auszuüben.

Lenin kehrte zu diesem Thema in seinem Programm *„Die bevorstehende Katastrophe und wie sie zu bekämpfen ist“*, geschrieben im September, zurück. Wieder argumentiert er: *„Es gibt keinen Weg eines wirksamen Kampfes gegen den finanziellen Zusammenbruch als den revolutionären Bruch mit den Interessen des Kapitals und der Organisation einer wirklich demokratischen Kontrolle, d.h. der Kontrolle von ‚unten‘, Kontrolle durch die Arbeiter und armen Bauern über die Kapitalisten.“*

Angesichts der Klarheit der Forderung der Bolschewiki nach Arbeiterkontrolle auf Fabrik- und Staatsebene war es nicht überraschend, dass ihre wachsende Stärke in der Arbeiterbewegung zuerst in den Fabrikkomitees offenbar wurde. Die erste Konferenz der Petrograder Fabrikkomitees, die Ende Mai zusammentrat, unterstützte das bolschewistische Programm. Das taten auch alle darauf folgenden Konferenzen der Fabrikkomitees.

Die Fabrikkomitees behielten ihren eigenen Zentralrat der Fabrikkomitee-Delegierten bei. Dabei brachten sie die am besten organisierten Betriebe in einer stadtweiten Organisation zusammen. Sie waren gegenüber den täglichen Angelegenheiten der ArbeiterInnen direkter verantwortlich und zuständig als die Sowjets es sein konnten. Es ist daher nicht

verwunderlich, dass die anwachsende bolschewistische Flut unter den ArbeiterInnen sich erst in den Betriebskomitees und erst danach in den Sowjets widerspiegelte. Trotz der Stärke der Komitees als proletarische Organisationen bedeutete dies jedoch, dass sie nicht imstande waren, eine entscheidende Rolle zur Mobilisierung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zu spielen. Ihrem Wesen nach schloss ihre Koordination, im Gegensatz zu den Sowjets, die Soldaten und darüber hinaus die Masse der Bauern aus.

Loyale Truppen

Am 3. und 4. Juli rührte die Sowjetführung keinen Finger, als Truppen der Provisorischen Regierung auf die ArbeiterInnen und Matrosen, die gegen diese Regierung waren, in Petrograd schossen. Als Nachwirkung davon verwarf Lenin zeitweilig die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ und forderte: *„Wir müssen den Schwerpunkt auf die Fabrik- und Abteilungskomitees verlagern. (Sie) müssen die Organe des Aufstandes werden.“*

Lenin argumentierte, dass die Sowjets, die damals unter Führung der Rechten standen, zu Organen der Klassenkollaboration und Komplizen des Regimes bei dessen Repression geworden waren. Sie organisierten nicht länger mehr die Massen zum Kampf. In diesem Zusammenhang war der Ruf „Alle Macht den Sowjets!“ falsch, weil die militärische Repression eine friedliche Machtübergabe an die Sowjets unmöglich machte. Sie war auch deshalb falsch, weil – mit Lenins Worten – *„die Revolution de facto von den Sozialrevolutionären und den Menschewiki vollständig verraten wurde.“* Lenin folgerte: *„Die Losung, die zu einer Übergabe der Staatsmacht an die Sowjets aufruft, würde jetzt wie eine Don-Quichoterie oder wie Hohn klingen.“*

Die Bolschewiki sollten die Forderung „Alle Macht den Sowjets!“ jedoch im September erneut erheben. Damals aber wurde sie, mit der innerhalb der Sowjets wachsenden Stärke der Bolschewiki, zu einem Ruf nach dem Aufstand. Obwohl Lenin

seine Aufmerksamkeit nach dem Juli besonders den Fabrikkomitees zuwandte, hatte er Mühe, zu erklären, dass dies nicht bedeutete, dass der Aufbau von wirklichen Räten aufgehört hätte, für das bolschewistische Programm zentral zu sein. Lenin argumentierte in seinem Artikel, der für die Aufgabe der Losung „Alle Macht den Sowjets!“ eintrat: *„Sowjets werden in dieser neuen Revolution auftauchen – und sind in Wirklichkeit untrennbar damit verbunden – aber nicht die gegenwärtigen Sowjets, nicht Organe, die mit der Bourgeoisie kollaborieren, sondern Organe des revolutionären Kampfes mit der Bourgeoisie. Es stimmt, dass wir auch dann für den Aufbau des ganzen Staates nach dem Modell der Sowjets sind. Es ist nicht eine Frage der Sowjets allgemein, sondern um die gegenwärtige Konterrevolution und den Verrat der gegenwärtigen Sowjets zu bekämpfen.“*

Obwohl die Fabrikkomitees die proletarische Demokratie lebendig erhielten und Moral und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse bewahrten, konnten sie nicht die historische Rolle der Sowjets als Organisationen der Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten und als Keimzellen des proletarischen Staates selbst spielen.

Die Unternehmer steigerten ihre Offensive inmitten des Wirtschaftschaos im Herbst. Ihre Hoffnungen auf einen Militärputsch waren zerschlagen worden, als der Kornilow-Aufstand von den ArbeiterInnen niedergeworfen wurde. Jetzt machten sie sich daran, den Treffen der Fabrikkomitees während der Arbeitszeit ein Ende zu setzen, ihre Kontrolle über Einstellung und Entlassung und auch über Betriebsverlagerungen aus Petrograd zu stoppen.

Unter bolschewistischer Führung antworteten die Komitees darauf mit entschlossenem Widerstand. Die meisten Komitees verfügten über ihre eigene bewaffnete Miliz, um den Betrieb und die Arbeiterinnen gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Der Moskauer Arbeiter Postawschtschik beschrieb, was passierte, als die Bolschewiki im Betrieb die Führung

übernahmen: *„Am 1. Juni, sobald das neue Fabrikkomitee mit einer bolschewistischen Mehrheit gewählt worden war, (...) wurde ein Trupp von achtzig Männern gebildet, der – angesichts des Fehlens von Waffen – unter der Anleitung eines alten Soldaten, des Genossen Levakov, mit Stöcken trainierte.“*

Während des Kornilow-Putsches war es der Zentralrat der Fabrikkomitees, der eine Schlüsselrolle bei der Verteilung von Waffen an die verschiedenen Werksmilizen spielte. Als die Unternehmer ihre Herbstoffensive aufnahmen, standen sie gegen Komitees, die sowohl mit Gewehren, als auch mit einer entschlossenen, bolschewistischen Führung bewaffnet waren.

Klassenpolarisierung

Diese sich verschärfende Klassenpolarisierung konnte nur auf staatlicher Ebene gelöst werden. Je mehr Fabrikkomitees den Management-Plänen Widerstand leisteten, umso mehr Unternehmer zogen sich zurück. Die Produktion wurde zunehmend von Desorganisation befallen, während die Komitees de facto zur Macht im Betrieb wurden. Diese Macht erstreckte sich über den Kampf zur Aufrechterhaltung der Produktion hinaus. Bestimmte Fabrikkomitees hatten ihre eigenen Bauernhöfe, Kantinen, Läden und unterhielten Versorgungsstoßtrupps. Ebenso, wie sie junge Arbeiter militärisch ausbildeten, unterhielten die Komitees oft ihre Kulturkommissionen. Das Putilow-Komitee z.B. nahm diese Aufgabe sehr ernst und forderte die ArbeiterInnen auf: *„Genossen, versäumt nicht die Gelegenheit, wissenschaftliche Kenntnisse zu erwerben, vergeudet nicht eine einzige Stunde fruchtlos. Für uns ist jede Stunde wertvoll. Wir müssen nicht nur die Klassen, die wir bekämpfen, schlagen – wir müssen sie überwinden.“*

Die Machtergreifung im Oktober löste die Krise der Doppelmacht zugunsten der Arbeiterklasse. Mit der Übergabe der ungeteilten Staatsmacht in die Hände der Sowjets konnte nun der Staat auch seinen Teil als Exekutivorgan der Arbeiterkontrolle über Produktion und Distribution beitragen. Die Fabrikkomitees

konnten ihren Platz als Kontrolleure der Produktion mit voller Unterstützung der Staatsmacht ausfüllen. Seinerseits wiederum legalisierte diese Staatsmacht die Kontrolle der von allen Beschäftigten auf Vollversammlungen gewählten Arbeiterkomitees. Sie gab ihnen das Recht, alle Bücher, Dokumente und Warenlager zu inspizieren. Ihre Entscheidungen waren nun für alle Eigentümer, die noch geblieben waren, verpflichtend.

Der Kampf um die Arbeiterkontrolle war ein unverzichtbarer Bestandteil des Ansturms der russischen ArbeiterInnen gegen den Kapitalismus, gegen das „Recht des Managements, zu verwalten“. Sie lernten, die Industrie zu kontrollieren und Bilanzen für sich selbst zu inspizieren – aus dieser Kontrolle entstanden der Wille und die Fähigkeit, eine neue Gesellschaft mit einer ganz anderen Wirtschaft aufzubauen.

Russland auf dem Weg zum Roten Oktober – Die Juli-Tage

Workers Power, Die Taktiken der Bolschewiki in der Revolution, Kapitel 5, Revolutionärer Marxismus 38, Oktober 2007

Vier Monate nach dem Sturz des Zaren hatten die ArbeiterInnen wenig vorzuweisen. Die Inflation stieg steil an, während die Handelsbilanz und der Wert des Rubels abstürzten. Aus Angst vor dem neuen Selbstvertrauen und der Schlagkraft der Fabrikarbeiter begannen die Unternehmer, die Fabriken zu schließen. Die Metall-Erzeugung fiel um 40%, die Produktion in der Textilindustrie um 20% – obwohl die Unternehmer von ihren ArbeiterInnen noch größere Anstrengungen für den Krieg forderten.

Die Nahrungsmittel wurden knapp – Ende Juni blieben für Petrograd noch Mehlrationen für nur 15 Tage. Am 15. Juli wurden die Butter- und Fleischrationen gekürzt. In ganz Russland fragten sich die Massen: Haben wir dafür den Zaren vertrieben?

Worin bestand die Antwort der Regierung Kerenski? Trotzki beschrieb sie als „organisierte Unentschlossenheit“. Inzwischen sammelte sich auch der Adel, so dass er am 1. Juli imstande war, in Moskau einen „Allrussischen Kongress der Landbesitzer“ zu organisieren.

Auch die Kriegsanstrengungen versagten – die Mehrzahl der Soldaten hatte den Krieg satt. Russland verlor gegenüber Deutschland an Boden.

In striktem Gegensatz zur zaudernden Provisorischen Regierung stand die Macht des Wyborg-Bezirks von Petrograd. In diesem großen Industrieviertel gab es kaum Menschewiki oder Sozialrevolutionäre, die ArbeiterInnen waren entweder Bolschewiki oder unentschieden. In diesem Bezirk lag die Kaserne des 1. Maschinengewehrregiments – mit 10.000 Soldaten und etwa 1.000 MGs. Hier gab es die größte Ungeduld, was die Situation betraf.

Am 18. Juni marschierten 500.000 ArbeiterInnen durch die Straßen Petrograds. Sie waren aufgerufen worden, um zum ersten Allrussischen Sowjetkongress zu kommen. Die Sowjetführer sahen jedoch verblüfft, dass die Menge mehrheitlich bolschewistische Losungen rief: *„Alle Macht den Sowjets! Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!“*

Für Lenin und die Bolschewiki bedeutete die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ nach dem April 1917 nicht einen Aufruf zum Aufstand. Es war eine Losung, die darauf abzielte, die Massen, die damals noch eine Zusammenarbeit von Sowjet und Provisorischer Regierung unterstützte, für die Perspektive der Rätemacht zu gewinnen. Es war eine Aufforderung an die

„sozialistischen“ Minister, ihre Koalition mit den kapitalistischen Politikern zu brechen und eine Arbeiter- und Bauernregierung zu bilden.

Der Brennpunkt dieser Taktik lag im Sowjet selbst. So wie die Dinge standen, tat seine Führung alles, um die Doppelmacht und die Kriegsbemühungen aufrecht zu erhalten. Er wurde von der Mehrheit der Soldaten und Arbeiter als ihre Führung angesehen. Trotz des Verrats seiner Führer repräsentierte er die einzige wirkliche Macht im Land. Deswegen warnten die Bolschewiki, als sie bei den ArbeiterInnen das Verlangen nach dem Aufstand am 18. Juni spürten, vor der Gefahr, isoliert zu werden, Sie forderten die ArbeiterInnen der Putilow-Werke, die für den 21. Juni einen Streik planten, dringend auf, *„ihren berechtigten Unmut zu zügeln“*.

Der Streik wurde vertagt, aber die nächsten zwei Wochen brachten keine Atempause. Die ArbeiterInnen verlangten stürmisch nach einer Antwort. Die Petrograder Garnison war in andauernder Gärung – aber eine Gefahr tauchte auf: Ein Aufstand in Petrograd würde Schritt für Schritt zerschlagen werden, wenn er nicht in der Lage wäre, Unterstützung aus den Provinzen und von der Front heranzuziehen.

In dieser Situation schrieb Lenin: *„Wir verstehen eure Bitterkeit, wir verstehen die Aufgebrachttheit der Petrograder Arbeiter, aber wir sagen zu ihnen: Genossen, ein unmittelbarer Angriff wäre unklug.“*

Die gesamte Baltische Flotte, die in Helsingfors stationiert war, befand sich in Aufruhr. Dort, mehr als sonst irgendwo, erkannten die Bolschewiki die Notwendigkeit, die Flut noch zurückzuhalten. Sie sahen sich jedoch durch die Ereignisse gezwungen, sich auf eine Explosion, für die sich täglich mehr Pulver anhäufte, vorzubereiten.

Der Auslöser für die Eskalation in den Juli-Tagen war der Rücktritt von vier Ministern der Konstitutionellen Demokraten.

Sie fühlten, dass die Regierung nicht genug unternommen hatte, um die wachsende Macht der Massen zu zügeln, und hofften, mit ihrem Rücktritt die „Kompromißler“ innerhalb der Provisorischen Regierung zu einem Zusammenstoß mit den Arbeitern provozieren zu können, um so ihre eigene Lage zu erleichtern.

Diesen hitzigen Moment beschrieb Trotzki so: *„Die Arbeiter und Soldaten waren der Ansicht, dass alle anderen Fragen – die der Löhne, des Brotpreises und ob es notwendig sei, an der Front für wer weiß was zu sterben – von der Frage abhingen, wer das Land in Zukunft regieren sollte, die Bourgeoisie oder ihr eigener Sowjet.“*

Sie konnten sich daran erinnern, dass in der Vergangenheit Aktionen von unten ihnen den Erfolg gesichert hatten.

Am 3. Juli entschied sich das 1. Maschinengewehrregiment für eine bewaffnete Demonstration. Die Anarchisten schürten noch das Feuer. Es war an der Zeit, den „unentschlossenen“ Bolschewiki von unten her einen Anstoß zu versetzen. Die russische Polizei und deutsche Agenten versuchten ebenso, eine Aktion zu provozieren.

Aber weder Provokateure noch die Anarchisten hätten die Julitage verursachen können, wären die fortgeschrittensten ArbeiterInnen nicht vor Ungeduld fast geplatzt. Sie hatten aus den vier Monaten an Entbehrungen gelernt, dass eine Rätemacht notwendig war; sie mussten sich aber die Taktik, die sie – zusammen mit dem Rest der Arbeiterklasse und der Soldaten an der Front – ermöglichen konnte, erst noch aneignen. Die Haltung der MG-Schützen und der radikalisierten Arbeiter wurde von Soldaten des 108. Reserveregiments zum Ausdruck gebracht, als sie einem bolschewistischen Arbeiter entgegen schrieen:

„Schlaft ihr denn im Kschesinkaja-Palast (dem Hauptquartier der Bolschewiki)? Vorwärts, schmeißen wir Kerenski hinaus!“

Die unglaublichsten Szenen folgten. Barrikaden wurden

errichtet. Lastwagen wurden von den Fabriken verlangt, mit Maschinengewehren bestückt und zur Demonstration geschickt. Gewehre und Handgranaten wurden an die verteilt, die keine besaßen. Die Demonstration sollte in einer voll militärischen Weise stattfinden. Ein Arbeiter der Renaud-Fabrik drückte damals seine Gefühle so aus: *„Nach dem Abendessen kam eine Anzahl von Maschinengewehrschützen angerannt mit der Forderung, wir sollten ihnen einige Lastwagen geben. Trotz unserer Gruppe (der Bolschewiki) mußten wir ihnen die Wagen überlassen (...) Sie beluden die Lastwagen sofort mit Maxim-MGs und fuhren mit ihnen zum Newski-Boulevard hinunter. Zu diesem Zeitpunkt konnten wir die Arbeiter nicht mehr zurückhalten (...) Sie stürmten alle, so wie sie in ihren Overalls waren, direkt von den Werkbänken hinaus.“*

Am 4. Juli bekamen die MG-Schützen die Nachricht, dass sie an die Front als Teil der neuen Offensive, die die Entente verlangte, mobilisiert würden. Das war für die MG-Abteilung, die sich dafür entschied, nicht an die Front gegen das deutsche Proletariat, sondern stattdessen gegen ihre eigenen kapitalistischen Minister auszurücken, untragbar. Um 7 Uhr war die Stadt lahm gelegt. Mit jeder Fabrik, die in den Streik trat, stieß auch eine Abteilung bewaffneter Roter Garden zur Demonstration.

Alle DemonstrantInnen waren Arbeiter und Soldaten. Auf ihren Transparenten war zu lesen: *“Alle Macht den Sowjets!“* Alle waren bewaffnet. Überall hielten die Arbeiter Versammlungen ab.

Die Forderungen des Zuges spiegelten das gewachsene Bewusstsein der ArbeiterInnen wider: *„Weg mit den zehn kapitalistischen Ministern!“, „Alle Macht den Sowjets!“, „Einstellung der Kriegsoffensive!“, „Konfiszierung der Druckereien der bürgerlichen Presse!“, „Alles Land in Staatseigentum!“* und *„Staatliche Kontrolle der Produktion!“*.

Bis dahin hatten die Bolschewiki ihr Äußerstes getan, um die

spontane Erhebung zurückzuhalten.

Noch um 3 Uhr Nachts am 4. Juli schickte eine Konferenz der Petrograder Sektionen der Bolschewiki Delegierte aus, um zur „Zurückhaltung“ aufzurufen. Erst, als die Bewegung nicht mehr zu stoppen war, musste das Zentralkomitee seine Linie revidieren, indem es bolschewistische Agitatoren ausschickte, um zu versuchen, den ziellosen Zorn der Soldaten und Streikenden gegen das Exekutivkomitee des Sowjets im Taurischen Palais zu leiten. Die bewaffneten DemonstrantInnen strömten die Hauptverkehrsader der Hauptstadt, den Newski-Prospekt, hinunter.

Dann jedoch gingen regierungstreue Truppen zum Gegenangriff über. Eine Panik brach aus. Allerorten begann die Regierung nach Waffen zu suchen und zu ihrer Verteidigung und der des Exekutivkomitees des Sowjets wurden Kavallerie, Infanterie und Panzerwagen von der Front zurückbeordert, um die Arbeiter niederzuwerfen.

Bei Anbruch der Nacht begannen die ArbeiterInnen, langsam in ihre Bezirke zurückzukehren, obwohl einige Gruppen von pro-bolschewistischen Soldaten noch standzuhalten versuchten. Die Bolschewiki riefen zu einer Beendigung der Aktion auf. Schließlich nahmen Regierungstruppen das bolschewistische Hauptquartier im Kschesinskaja-Palast und die Peter-Paul-Festung, die von den Aufständischen überrannt worden war, ein. Die Juli-Tage endeten in einer Niederlage.

Am nächsten Tag kehrten die ArbeiterInnen wieder an die Arbeit zurück. Sie berichteten, dass ihre Hände vor Aufregung zitterten und ihnen an der Drehbank nicht gehorchten.

Das Ergebnis war ein gewaltiger Umschwung von links nach rechts unter den Arbeitern. Innerhalb weniger Tage füllten sich die Gefängnisse mit politischen Gefangenen. In der Nacht vom 4. zum 5. Juli stürmten Regierungstruppen die Gebäude des bolschewistischen Zentralkomitees und Politbüros, die

Druckpresse, für die die ArbeiterInnen drei Monate lang gesperrt hatten, wurde zerstört und die „Prawda“ geschlossen.

Schließlich wurde fast die gesamte Führungsschicht der Partei während des Monats Juli und des Großteils des August aktionsunfähig gemacht. Jedoch auch die mittleren und unteren Kader litten an einer ernsthaften Erschöpfung. Der Bericht des Politischen Komitees stellte für den Juli fest, dass die Partei kaum dazu imstande sei, Agitation unter den Massen zu betreiben.

Die Regierung begann, jene ArbeiterInnen und militärischen Einheiten, die an der Aktion teilgenommen hatten, zu entwaffnen und führte die Todesstrafe für jeglichen Akt von Befehlsverweigerung an der Front wieder ein – ein Akt von immenser symbolischer Bedeutung für die Arbeiter. Schlimmer als all dies war jedoch die Tatsache, dass das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets jedem dieser Schritte zustimmte!

Warum nahmen die Bolschewiki dann an der Demonstration teil, obwohl sie doch erwartet hatten, dass sie in einer Niederlage endet? Sie argumentierten, dass es korrekt gewesen sei, mitzudemonstrieren – denn, wenn sie behaupteten, die Partei der Massen zu sein, dann hatten sie auch mit ihr zu sein. Die Partei musste den Massen helfen, aus ihren eigenen Aktionen zu lernen und die Opfer dieses Lernprozesses so gering wie möglich zu halten. Wären die Bolschewiki nicht mit dabei gewesen, dann wäre die Führung in die Hände der Anarchisten übergegangen und die Verluste wären noch größer und noch blutiger gewesen.

Warum aber argumentierte die Partei dann gegen die Machtergreifung von dieser Position aus? Trotzki erklärte mit Bezug auf den Oktober: *„Als die Bolschewiki im Oktober sich entschieden hatten, daß ihre Stunde nun gekommen sei, kamen die schwierigsten Tage erst nach der Machtergreifung. Es erfordert die höchste Kräfteanspannung der Arbeiterklasse, um die zahllosen Angriffe des Feindes auszuhalten. Im Juli*

besaßen nicht einmal die Petrograder Arbeiter diese Vorbereitung auf einen endlosen Kampf. Obwohl fähig, die Macht zu ergreifen, boten sie diese dem Exekutivkomitee nichtsdestoweniger an.

Das Proletariat der Hauptstadt, obwohl es in seiner überwältigenden Mehrheit den Bolschewiki zuneigte, hatte noch immer nicht die Nabelschnur des Februars, die es mit den Kompromißlern verband, zerschnitten. Viele hegten noch die Illusion, man könne alles mit Worten und Demonstrationen erreichen, d.h. indem man die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre erschreckte, konnte man sie dazu bringen, mit den Bolschewiki zusammen eine gemeinsame Politik auszuführen. Auch die fortgeschrittenen Sektionen der Klasse besaßen noch keine klare Idee davon, auf welchen Wegen es möglich wäre, zur Macht zu gelangen.“

Wenn schon die Arbeiter unvorbereitet waren, so waren es die Bauern erst recht. Die Soldaten waren ebenfalls weniger radikalisiert als die Arbeiter – nicht verwunderlich, denn die meisten von ihnen stammten aus der Bauernschaft. Dazu kommt noch, dass Moskau diesbezüglich unvergleichlich schwächer war als Petrograd.

Es muss gesagt werden, dass die Regierung versuchte, den Bolschewiki die Schuld an den Juli-Tagen zu geben, indem sie behauptete, dass die Bewegung ein geplanter Aufstandsversuch gewesen sei. Man weiß natürlich, dass dies nicht stimmte; aber diese Lüge wäre viel schwieriger zu widerlegen gewesen, wenn die Militäroffensive gerade zum Zeitpunkt der Ereignisse zusammengebrochen wäre und nicht erst einige Tage später.

Die Bolschewiki hatten recht, zu warten – und sie waren dabei nicht müßig, bis die Führung des Sowjets und die Regierung ihre Führungsschwäche offen vor den Massen bloßgelegt hatten.

Was lernten dann die Bolschewiki daraus? Ein Führer der Konstitutionellen Demokraten bemerkte später: „Als technischer

Versuch war die Erfahrung (des Juli) für sie zweifelsohne von außergewöhnlichem Wert. Es zeigte ihnen, mit welchen Elementen sie es zu tun hatten, wie sie diese Elemente organisieren sollten und schließlich, welcher Widerstand von der Regierung, dem Sowjet und den Militäreinheiten geleistet werden konnte (...) Es war offensichtlich, daß sie, als die Zeit kam, um das Experiment zu wiederholen, sie es systematischer und bewußter durchführen würden.“

Und die ArbeiterInnen? Ein Brief aus den Geschützwerkstätten der Putilow-Werke drückt ihre Gefühle glänzend aus: „Schaut zuversichtlich auf die schwarzen Schornsteine, die aus dem Boden wachsen. Ihnen zu Füßen leidet und stirbt der Menschenschlag, den ihr braucht, in der Sklaverei perfektionierter und erbarmungsloser Ausbeutung. Dort reift langsam das Bewußtsein. In unseren Herzen hat sich der Haß angehäuft, und die freundlichen Bedingungen eines anderen Lebens, für die ganze Menschheit, sind mit Liebe auf die blutige Fahne geschrieben.“

Russland auf dem Weg zum Roten Oktober – Die Bolschewiki: Massenpartei der Arbeiterklasse

Workers Power, Die Taktiken der Bolschewiki in der Revolution,
Kapitel 6, Revolutionärer Marxismus 38, Oktober 2007

Die russischen ArbeiterInnen hatten – v.a. in Petrograd – im Juli eine herbe Niederlage erlitten. Die bolschewistische Führung war in Haft oder im Exil. Die Auflage der Parteipresse

war nach dem Juli halbiert; das Zentralorgan erschien im August nur in einer Auflage von 50.000. Die Stimmung in den Fabriken war schlecht.

Doch im September und Oktober hatte sich das Blatt entschieden zugunsten der Bolschewiki gewendet. Nach Jahren des Exils oder Untergrunds, nach Monaten eines Daseins als unbeugsame linke Minderheit in den Sowjets und nach den Verfolgungen im Juli hatten sich die Bolschewiki schließlich als Partei der russischen Arbeiterklasse bewiesen. Ihre unbestrittene Führerschaft befähigte sie, das spontane Bewusstsein der Arbeiterklasse in eine bewusste politische Kraft umzuformen. Ihre Methoden, die Führung zu erringen und die reformistischen Hindernisse aus dem Weg zu räumen, sind ein kostbares Vermächtnis für heutige RevolutionärInnen.

Unter Kerenskis Regentschaft mobilisierten weiter die Kräfte der bürgerlichen Konterrevolution. Der Druck von Seiten der Armeeführung verstärkte sich. Der Oberbefehlshaber Brusilow forderte von Kerenski: *„Es kann keine Doppelautorität in der Armee geben. Die Armee muß einen Kopf und eine Autorität haben.“* Er forderte die vollständige Wiederherstellung der militärischen Disziplin. Kerenski, dessen eigene Rolle als Mächtegern-Bonaparte auf dem Drahtseilakt zwischen Sowjets und Konterrevolution fußte, wollte Zeit gewinnen, indem er Brusilow entließ und ihn durch Kornilow ersetzte. Kerenski gab diesem Balanceakt Gestalt durch die Einberufung einer „Staatskonferenz“ in Moskau vom 12. bis 15. August. Im Bolschoi-Theater versuchte Kerenski zwischen den gegensätzlichen Kräften – Unternehmern, Offizieren auf der rechten sowie den Sowjetabordnungen von Menschewiki und Sozialrevolutionären auf der linken Seite – den Starken Mann zu geben. Doch der offene Hass und die Angst zwischen den verschiedenen Kräften machte das unmöglich. Letztlich untergrub Kerenski so seine schwache Autorität.

Eine Offensive der Konterrevolution sollte ihm dann den Rest geben. Indem sie sich an Kerenski, Zereteli und Tschernow

orientierte, beging die Konterrevolution einen Riesenfehler. Sie glaubte, in diesen ausgelaugten Bankrotteuren den Kräfteschwund und Bankrott der Arbeiterklasse und Revolution zu erblicken. Dieser Fehler sollte sie aber bald teuer zu stehen kommen.

Vor dem Juli hatten sich die Bolschewiki als Führung in mehreren Kampfeinheiten der Arbeiterklasse mit Schlüsselfunktion etabliert. In den Petrograder Stadtratswahlen vom August verzeichneten sie Mehrheiten in den Arbeitervierteln von Peterhof und Wyborg. Ihr Einfluss in den Fabrikkomitees war angewachsen; 82% der Delegierten auf der allrussischen Fabrikkomitee-Konferenz im August unterstützten ihre Forderung nach Sowjetmacht. Die Bolschewiki führten einen Generalstreik in Moskau gegen die Staatskonferenz. Die versöhnlerische Führung des Moskauer Sowjets war gegen diesen Streik. Eine Resolution von jungen Putilower ArbeiterInnen belegt, dass sie nicht bereit waren, ihren Frieden mit der Bourgeoisie oder der provisorischen Regierung zu schließen: *„Wir, die Jugend, haben aus der Erfahrung unserer Väter gelernt, wie gefährlich es ist, sich mit der Bourgeoisie zu verbrüdern; wir erklären, daß eine furchtbare Stunde kommen wird, wenn wir, die Jugend, uns zur Rettung der Revolution auf die Straße begeben werden, um mit unseren jungen Händen jene Schmarotzer zu zermalmen, die vom Blut und Schweiß der Fronenden leben. (Wir geben) unserer tiefen Verachtung für die Sozialrevolutionäre und Menschewiki (Ausdruck), die weiterhin mit der Bourgeoisie unter einer Decke stecken und sich von Kerenski und Zereteli an der Nase herumführen lassen.“*

Den klassenbewußtesten ArbeiterInnen war offenbar klar, dass weitere Schlachten bevorstanden. Aber nach dem Juli hatten sie gelernt, wie notwendig Disziplin und Organisation sind, dass verfrühte und sporadische Kämpfe zu vermeiden sind. In dieser Situation begann die Bourgeoisie ihre Offensive sowohl gegen die provisorische Regierung wie gegen die Errungenschaften des Proletariats. Die Julitage hatten ihr das Zutrauen eingeflößt,

ihren Angriff durchstehen zu können.

Am 22. Juli wurde der rechte General Kornilow zum Oberbefehlshaber ernannt. Er erklärte, dass er nur „*seinem Gewissen und dem ganzen Volk*“ verantwortlich sei. Auf der Moskauer Staatskonferenz wurde er von Kerenski und den bürgerlichen Ministern als „*erster Soldat der Revolution*“ umschmeichelt. Kornilows Aufstieg fiel zeitlich zusammen mit dem lauter werdenden Geschrei der Unternehmer nach vollständiger Wiederherstellung ihres Rechts auf Einstellung und Entlassung von Personal, worüber die Fabrikkomitees nun verfügten. Es gab ausgeklügelte Pläne zur Errichtung einer Militärdiktatur, um die Ordnung herzustellen, welche die provisorische Regierung offenkundig nicht herbeizuführen vermochte.

Die Schwäche von Kerenskis Regierung trat klar zutage. Er versuchte, der organisierten Arbeiterschaft einen Schlag zu versetzen. Am 24. August verbot er erneut die bolschewistische Presse. Doch zur selben Zeit bereitete sich die Bourgeoisie darauf vor, ihn und seine Regierung des Amtes zu entheben. Nach dem Juli schien es den Unternehmern, dass sie ganz einfach keine Verwendung mehr für die provisorische Regierung hätten. Wie auf Verabredung traten die bürgerlichen Kadetten aus der Regierung zurück, und General Kornilow kündigte einen Marsch zur Wiederherstellung der Ordnung in der Hauptstadt am 27. August an. Die lange tief stehende Aktienbörse stieg steil an, da die Kapitalisten Zuversicht über den Sieg der Konterrevolution ausstrahlten.

Die Voraussagen der Bolschewiki treffen ein

Alles, was die Bolschewiki über die menschenwärtigen Versöhnler und Kerenski vorausgesagt hatten, sollte sich durch den Lauf der Ereignisse bewahrheiten. Diese Arbeiterverräter gaben den Kräften der Konterrevolution Gelegenheit, neue

Energien zu schöpfen und zurückzuschlagen. Die Partei wurde nun einer Prüfung im Kampf gegen die Konterrevolution unterzogen. Kornilows Marsch auf Petrograd erschütterte die Ordnung, die sich nach den Julitagen in den Fabriken etabliert hatte. Auf Zusammenkünften schworen die ArbeiterInnen, die Stadt zu verteidigen und forderten dafür von der Sowjet-Exekutive Waffen. Die Arbeiter der alten Baranowski-Maschinenbau-Fabrik beschlossen:

„Wir fordern, daß der zentrale Exekutivausschuß (TsIK) den Arbeitern Waffen aushändigt. Die Arbeiter werden ihr Leben nicht schonen und wie ein Mann die gerechte Sache der revolutionären Demokratie verteidigen und werden zusammen mit unseren soldatischen Brüdern eine unpassierbare Schranke gegen die Konterrevolution aufrichten und der Schlange, die es gewagt hat, die große russische Revolution mit ihrem tödlichen Biß zu vergiften, die Giftzähne herausbrechen.“

Tausende Petrograder ArbeiterInnen warfen sich in den Kampf, um Kornilow Einhalt zu gebieten. Mindestens 25.000 meldeten sich bei den Roten Garden, die vom revolutionären Militärausschuss der Sowjets aufgestellt wurden. Von Putilow wurden 8.000 entsandt, um Verteidigungs- und Agitationsaufgaben zu übernehmen. Die im Werk Verbliebenen erzielten in drei Tagen einen Produktionsausstoß an Kanonen, zu dem sie sonst drei Wochen benötigten, um die Revolution zu verteidigen!

Kerenski hockte ängstlich hinter der proletarischen Mauer, die das rote Petrograd verteidigte – er hatte keine Alternative. Bolschewistische Führer wurden aus dem Gefängnis entlassen, die bolschewistische Presse wurde wieder zugelassen. Bolschewistische Militante befanden sich in vorderster Linie bei allen Mobilisierungen, um Kornilow aufzuhalten. Das Problem der Bolschewiki war, wie man diese Mobilisierungen zu einer Abkehr der Arbeitermassen von ihrem Vertrauen in die Menschewiki und Kerenski nutzen konnte und wie man die Widersprüche zwischen den Menschewiki und den

Sozialrevolutionären an der Basis und ihren kompromittierten Führern verschärfen konnte.

Für Lenin lag der Schlüssel dazu in einer „indirekten“ Kampagne gegen Kerenski mit der Forderung nach einem immer aktiveren wahrhaft revolutionären Krieg gegen Kornilow. Die aufgebrachtten ArbeiterInnen mussten mobilisiert werden, um Kerenski mit Teilforderungen unter Druck zu setzen, die die Stimmung und das Selbstbewusstsein an der Basis heben sowie die Schwäche und die Schwankungen ihrer Führungen bloßstellen. Ihre Forderungen mussten die Gefangennahme des Kadettenführers Miljukow und des Duma-Vorsitzenden Rodsjanko, die beide Kornilow unterstützten, enthalten. Enthalten waren auch Forderungen nach Landübergabe an die Bauern sowie die Arbeiterkontrolle über die Fabriken und über die Verteilung von Brot.

Die Bolschewiki forderten auch die Bewaffnung der Petrograder Arbeiter und die Verlegung der militanten Kronstädter, Wyborger und Helsinkier Garnisonen nach Petrograd. Die Arbeiter im Kampf für ihre Forderungen in der revolutionären Verteidigung von Petrograd – das war für Lenin das Mittel, sie politisch voranzubringen. Darum beharrte er darauf, die Forderungen nicht nur Kerenski, sondern v.a. auch den ArbeiterInnen, Soldaten und Bauern, die durch den Verlauf des Kampfes gegen Kornilow mitgerissen worden waren, vorzulegen. Indem er Kornilow das Recht zum Sturz Kerenskis bestritt, schaufelte Lenin Kerenski und seinen Kompromißlern das politische Grab.

Dazu Lenin: *„Wir ändern die Form unseres Kampfes gegen Kerenski. Ohne im mindesten in unserer Feindschaft nachzulassen, ohne ein einziges Wort zurückzunehmen, ohne auf die Aufgabe seines Sturzes zu verzichten, sagen wir, daß die gegenwärtige Lage berücksichtigt werden muß. Wir werden Kerenski nicht auf der Stelle stürzen. Wir werden die Aufgabe des Kampfes gegen ihn auf andere Art anpacken.“*

Die Brücke zu den Massen

Diese Kampfmittel gegen Kornilow und Kerenski erwiesen sich als voller Erfolg. Kornilows Vormarsch wurde gestoppt, da seine Armee sich um ihn herum unter dem Druck der bolschewistischen Agitatoren und durch die Sabotage durch die militanten Eisenbahnarbeiter auflöste. Die Lage der Bolschewiki und ihr Einfluss in den Massen verbesserten sich nach der Niederlage Kornilows rasant. Ihre Anwendung der Einheitsfronttaktik, die sich auch an Kerenski und die Menschewiki und nicht nur an die Basis wandte, sicherte den Bolschewiki den Erfolg. Das Ziel war auf die Niederlage Kornilows beschränkt und wurde gerade darum von Tausenden ArbeiterInnen und Soldaten begeistert umgesetzt. Aber durch die Kombination aus Einheit in der Aktion und schonungsloser Kritik an Kerenski und der versöhnlerischen Sowjetführung bewiesen die Bolschewiki den Massen, dass sie die einzige konsequent revolutionäre Kraft waren.

Die Einheitsfront war eine Brücke zu den Massen und eine Waffe gegen die reformistischen Führer. General Kornilows Niederlage durch die Petrograder Arbeiter läutete die letzte Phase der russischen Revolution ein. Die ArbeiterInnen hatten wieder Waffen. Die Roten Garden hatten sich drastisch vergrößert. Ein neuer zuversichtlicher Ton prägte die Fabrikversammlungen überall in der Hauptstadt. Fabrik um Fabrik ersetzte ihre menschewistischen und sozialrevolutionären Sowjetdeputierten durch Bolschewiki. Resolution um Resolution auf den Massenversammlungen Anfang September machte sich die bolschewistische Forderung nach Machtergreifung der Sowjets und die Angriffe auf die Kollaboration der Sowjetführung mit der Kerenski-Regierung zu eigen. Die ArbeiterInnen von Langesiepen brachten dies sehr klar zum Ausdruck: *„Wir vermuten, daß die Kornilow-Revolte euch eure schläfrigen Augen geöffnet hat und nun die Lage überblicken läßt, wie sie wirklich ist. Wir erklären, daß ihr lange für uns gesprochen habt, aber nicht unsere Meinung wiedergegeben habt; wir*

fordern: fangt an, die Sprache des Proletariats zu sprechen, sonst behalten wir uns die Freiheit der Aktion vor.“

Aber Kornilows Putschversuch hatte den Führern der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre nicht die Augen geöffnet, sondern sie sogar noch mehr verkleistert. Kerenski versuchte, seine Macht durch die Einrichtung eines fünfköpfigen Direktoriums zu stärken, aber die Sowjetführung unterstützte ihn weiter für ein Versprechen, ein Vorparlament einzuberufen.

Die Spannung zwischen den Ansprüchen der proletarischen Massen und den Absichten derjenigen, die sie einst als ihre Vertreter delegiert hatten, wuchs dramatisch. Im September nahm der Petrograder Sowjet zum ersten Mal eine eindeutig bolschewistische EntschlieÙung für eine Regierung der „*revolutionären Arbeiter- und Bauernschaft*“ an. Der menschewistische Gegenantrag zugunsten der provisorischen Regierung konnte nur 15 von 1.000 Delegiertenstimmen auf sich vereinen! Der Moskauer Sowjet verabschiedete vier Tage später eine bolschewistische EntschlieÙung.

Menschewistische Spaltungen und Instabilität

Die anderen Konkurrenten um die proletarische Führung schrumpften oder waren, wie die Menschewiki, im Niedergang. Die Partei der Sozialrevolutionäre (SR) spaltete sich; ihr linker Flügel unterstützte die Forderung nach Sowjetmacht gegen ihre ehemaligen Führer. Die Mehrheit der Petrograder SR-Organisation stand hinter den Linken, die die Stimmung des roten Petrograd widerspiegeln. Dieser bedeutsame Stimmungsumschwung im Proletariat war geprägt durch die wachsende Identifizierung der aktivsten ArbeiterInnen mit der bolschewistischen Partei.

Die nimmermüde Agitation und Propaganda zur Aufdeckung des Verrats der Sowjetführung begann nun zu fruchten. In Petrograd zählten die Bolschewiki 43.000 Mitglieder, darunter 28.250

ArbeiterInnen und 5.800 Soldaten. Die überwiegende Mehrheit der Partei war proletarisch. Das Gros der Intellektuellen jedoch ließ das Banner der Arbeiterklasse im Stich, je näher die Stunde der Entscheidung heranrückte. Jene Intellektuellen, die zur Arbeiterklasse hielten, gehörten zur Parteiintelligenz. Ihre Talente stellten sie in den Dienst der proletarischen Partei.

Der rasante Aufstieg der Bolschewiki

Der proletarische Kern der Partei wurde von der Mehrheit der ArbeiterInnen als ihre Vertretung in den Sowjets und Fabrikkomitees gewählt. Die Roten Garden bestanden im Oktober zu 44 % aus Mitgliedern der bolschewistischen Partei. Lenins Vorhutpartei umfasste nun die Massenavantgarde des russischen Proletariats. Der kometengleiche Aufstieg der Partei festigte sich im September und Oktober. Bei den Moskauer Duma-Wahlen holten die Bolschewiki 52 %, während die Menschewiki praktisch ins Nichts abstürzten. Im Oktober hatten die Bolschewiki im Moskauer Sowjet eine Mehrheit von 68 %, Menschewiki und SR kamen nur auf 16 bzw. 4 %. Die Bolschewiki waren zu einer nationalen Partei der gesamten russischen Arbeiterklasse geworden. Im September erlangten sie in Saratow die Mehrheit, in den folgenden Wochen auch in anderen Industriezentren.

Diese Tatsachen, die von bürgerlichen Historikern niemals widerlegt werden konnten, entlarven den Vorwurf, die Bolschewiki hätten als Minderheit über einen Putsch die Macht errungen, als Lüge und Verleumdung. Im Gegenteil: als Mehrheit leiteten sie eine Massenrevolution.

Die Bolschewiki hatten jene Schicht von ArbeiterInnen gewonnen, von der der Großteil des russischen Proletariats die Führung in ihren Kämpfen erwartete. Im Anschluss daran war es Aufgabe der Partei, diese Führungsposition zu nutzen, um zum Schlussangriff überzugehen gegen die Provisorische Regierung und die versöhnlerischen Arbeiterführer, die es sich in den Sesseln der Sowjet-Exekutiven bequem gemacht hatten.

Für jene ArbeiterInnen, die sich in die Partei eingereiht hatten, war es keine Frage, dass die sich verschärfende Krise nur durch die Machtergreifung der Sowjets gelöst werden konnte. Doch selbst nach dem Kornilow-Putsch lehnten die reformistischen Spitzen der Sowjets Lenins Angebot zur loyalen Opposition in den Sowjets im Falle ihrer Machtübernahme ab. So konnte die Machtübernahme durch die Sowjets nur noch in der Form einer von den Bolschewiki organisierten und geführten Machteroberung stattfinden. Eingedenk der Inbesitznahme von Land durch die armen Bauern, der Handlungsunfähigkeit der Kerenski-Regierung und angesichts der veränderten Stimmungslage in den Sowjets beschloß die 3. Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki Anfang Oktober, dass der entscheidende Augenblick zum Handeln gekommen war. Die versammelten Abgeordneten der Arbeiterführung des roten Petrograd erklärten: *„All diese Umstände machen klar, dass der Augenblick für die letzte Entscheidungsschlacht, die über das Schicksal nicht nur der russischen, sondern sogar der Weltrevolution bestimmen muß, da ist.“*

Erinnerungen an den Juli

Zwischen der bolschewistischen Vorhut und der Masse der ArbeiterInnen bestand eine letzte Differenz. Die Mehrheit war für Sowjetmacht. In Petrograd stimmte lediglich eine einzige Fabrik-Massenversammlung gegen die Forderung, daß der bevorstehende 2. Allrussische Sowjetdeputierten-Kongress die Macht übernehmen solle. Dieser Streit war entschieden.

Aber noch war nur eine Minderheit der ArbeiterInnen, vornehmlich jüngere, bereit zu einem „offenen Vorgehen,“ um das Ziel zu erreichen. Die Erinnerung an den Juli war noch lebendig. Ein Rotgardist aus der Petrograder Rohrfabrik beschrieb seine böse Vorahnung, als sein Kommando die letzte Nacht vor der Revolution in der Fabrik zubrachte: *„Aber mir war nicht nach Schlafen zumute. Viele Gedanken schwirrten mir im Kopf herum; vieles, was jetzt so klar ist, verstand ich*

noch nicht. Die Julitage standen mir noch zu lebhaft vor Augen. Das Gezisch der kleinbürgerlichen Menge erschütterte meine Gewißheit.“

Seit Juli hatte aber eine einschneidende Verschiebung im Kräfteverhältnis der Klassen stattgefunden. In den anderen Industriezentren herrschte inzwischen auch die Stimmung von Petrograd vor. Auch die Bauernschaft regte sich. Die Bolschewiki erkannten dies und waren bereit, jetzt den entscheidenden den Kampf um die Macht zu führen. Alle Bedingungen für die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse waren vorhanden.

In dieser Situation konnte nur ein entschiedener Vorstoß der Vorhut den Massen die von der Mehrheit ersehnte entscheidende Auseinandersetzung herbeiführen, auch wenn viele davor zurückschreckten. Lazis, der Organisator des Wyborg-Bezirks, drückte dies treffend aus: *„Der organisierte Apparat muß beim Vorstoß die vorderste Linie bilden; die Massen werden folgen. Es ist ganz anders als früher.“*

Die Bolschewiki hatten im Juli gelernt, dass der Aufstand nicht nach dem Muster der bürgerlichen Revolution von 1789 in Frankreich ablaufen konnte, wo sich die große Masse des Volkes wie ein Mann gegen das alte Regime erhob. In der modernen kapitalistischen Gesellschaft bedarf die Kunst des Aufstands einer überaus sorgfältigen Planung. Die technische Vorbereitung muss sich an die politische Vorbereitung anschließen. Mit der Eroberung der Massen waren die Bolschewiki verpflichtet, die zum Sieg im Aufstand nötige geheime Vorbereitungsarbeit aufzunehmen. Die Partei musste die Waffen für den Aufstand schmieden. Trotzki bemerkte dazu: *„Genau wie ein Schmied nicht das glühende Eisen mit der bloßen Hand ergreifen kann, so kann das Proletariat nicht direkt die Macht ergreifen; es muß über eine Organisation verfügen, die dieser Aufgabe angemessen ist. Die Koordination des Massenaufstands mit der Verschwörung zum Aufstand sowie die Organisation der Aufstände durch die Verschwörung bilden jenen*

vielschichtigen und verantwortungsvollen Teil revolutionärer Politik, den Marx und Engels ‚die Kunst des Aufstands‘ nannten. Sie setzt eine korrekte allgemeine Führung der Massen, eine wendige Orientierung unter sich wandelnden Bedingungen, einen durchdachten Angriffsplan, Vorsicht bei der technischen Vorbereitung und einen wagemutigen Schlag voraus.“

Die Führung des Proletariats hatten die Bolschewiki errungen – nun bereiteten sie sich darauf vor, diesen „wagemutigen Schlag“ zu führen und die Staatsmacht für die Sowjets zu erobern. Am 22. Oktober kamen die Petrograder ArbeiterInnen auf einer Reihe von Veranstaltungen zusammen, um den „Tag des Petrograder Sowjets“ zu feiern. Arbeiter aus der Partei sprachen auf Versammlungen in Fabrikhallen, um Provokation und Konfrontation zu vermeiden. 30.000 wohnten einer Veranstaltung im zentralen Volkshaus bei, auf der Trotzki die Zuhörerschaft mit der Forderung, die Revolution bis zum Ende zu führen, elektrisierte. Ein Sozialrevolutionär beschrieb, dass auf Fabrikversammlungen jener Zeit *„unsere Reden zum Scheitern verurteilt schienen.“* Der Menschewist Suchanow verließ das Volkshaus ganz benommen: *„Außergewöhnlich schweren Herzens beobachtete ich diese wahrhaft majestätische Szenerie. In ganz Petrograd spielte sich dasselbe ab. Überall letzte Rückblicke und Schwüre. Streng genommen war das schon der Aufstand. Er hatte bereits begonnen.“*

Diejenigen, die die Brücken, Postämter und Bahnhöfe einnehmen und die die Provisorische Regierung gefangen nehmen sollten, wussten: die Masse der ArbeiterInnen stand hinter ihnen. Dies flößte den Bolschewiki das Vertrauen und den Mut zum Handeln und die Siegesgewissheit ein.